Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 72 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] · Nr 488 FREITAG, 16. OKTOBER 1931 MORGEN-AUSGABE

Heute zweite Kanzlerrede

Die Abstimmung in den Abendstunden

Der Beginn der heutigen Plenarsitzung des Reichstages ist auf 12 Uhr mittags festgesetzt worden. Die Rednerliste erschöpfte sich rascher als erwartet wurde. Als Kuriosum sei erwähnt, daß gestern abend schon die zweite Garnitur an die Reihe kam, ehe die erste vollzählig passiert war. Das hängt mit den Verhandlungen zwischen der Regierung und den Gruppen der gemäßigten Rechten zusammen. Der Sprecher der Wirtschaftspartei wird erst heute zu Worte kommen und unmittelbar nach ihm wird der Reichskanzler in die Debatte eingreifen, um sich mit seinen Kritikern auf der äußersten Rechten, vom Landvolk und der Deutschen Volkspartei, auseinanderzusetzen.

Die Abstimmung über die eingebrachten Mißtrauensanträge ist für die ersten Abendstunden vorgesehen. Wie immer, wenn wichtige Entscheidungen von wenigen Stimmen abhängen, ist auch gestern hinter den Kulissen ununterbrochen verhandelt worden. Bayrische Volkspartei, Deutscher Bauernbund, Wirtschaftspartei lösten einander in immer sich erneuernden Besprechungen mit dem Kanzler ab. Alle Viertelstunden wurden über die Chancen des Kabinetts Brüning neue Bulletins ausgegeben. Von den drei Gruppen der gemäßigten Rechten hat das Landvolk sich bereits unzweideutig erklärt, und zwar gegen die Regierung. Aber das bedeutet keineswegs, daß die Fraktion geschlossen für die Mißtrauensanträge votieren wird, einige Abgeordnete des Landvolks werden an der Abstimmung voraussichtlich nicht teilnehmen. Die Deutsche Volkspartei hat sich darauf festgelegt, daß sie das Kabinett Brüning nicht mehr unterstützen wolle, aber ob sie positiv gegen die Regierung stimmen oder Stimmenthaltung üben wird, das hat Dingeldey am Schluß seiner gestrigen Rede noch offen gelassen. Vor der heutigen Plenarsitzung wird die Fraktion noch einmal zusammentreten. Dort sind die Gegensätze am stärksten. Gegen den schwerindustriellen Flügel, der auf den Sturz des Kabinetts Brüning hinarbeitet, setzt sich eine Gruppe, die grade die besten Namen der Deutschen Volkspartei umfaßt, energisch zur Wehr. Dingeldey möchte ein einheitliches Votum der Fraktion erreichen, aber das wäre nur möglich für Stimmenthaltung. Fraktionszwang, für die Mißtrauensanträge zu stimmen, würde zur Sprengung der Fraktion und zum Austritt einer größeren Zahl von Abgeordneten führen.

Die Wirtschaftspartei läßt zwei Versionen verbreiten, nach der einen will sie für, nach der anderen gegen die Regierung stimmen. Sie gefällt sich in der Rolle der Sphinx, die nicht zu enträtseln ist, und möchte am liebsten, wie die Deutschnationalen bei der Dawes-Abstimmung im August 1924, bis zum letzten Augenblick ihre Karten zugedeckt halten. Es wird zweifellos eine spannende Abstimmung werden, schon weil von vornherein sicher ist, daß wenige Stimmen den Ausschlag geben werden. Der Chronist hat zu registrieren, daß auch gestern in den späten Abendstunden in allen Lagern mit einem, wenn auch knappen, Sieg des Kabinetts Brüning gerechnet wird.

*

Den Bericht über die gestrige Reichstagssitzung bringen wir auf Seite 3.

Isolierung hilft nichts mehr!

Erklärung Lavals vor der Abreise nach Amerika

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 15. OKTOBER

Ministerpräsident Laval hat heute abend vor dem Antritt seiner Washingtoner Reise folgende Erklärung an die Oeffentlichkeit gerichtet, die auch durch Rundfunk verbreitet wurde:

„Eine ernste Krise erschüttert die Welt. Die Regierungen sind bestrebt, das sich stets ausdehnende Uebel einzudämmen mit Mitteln, die sich bis heute als unzulänglich erwiesen haben. Die Länder Zentraleuropas, Deutschland und England, sind am härtesten betroffen. Frankreich ist gesund geblieben. Es verdankt diese privilegierte Lage seiner Arbeit und seinem Sparsinn.

In unserer Epoche kann man die Isolierung nicht als ein genügendes Präventivmittel betrachten. Die Interessen der Nationen sind derart miteinander verflochten, daß keine von ihnen vollständig vor den Gefahren geschützt ist, welche die anderen bedrohen.

Frankreich hat seine Traditionen. Es weiß, wenn es not tut, andere Entschlüsse zu fassen als solche egoistischen Charakters. Wir haben im Monat Juli auf den Vorschlag des Präsidenten Hoover geantwortet. Bei den Besprechungen in Paris, London und Berlin haben wir unter Wahrung unserer wesentlichen Interessen Anteil an der internationalen Zusammenarbeit genommen, die notwendiger ist als jemals.

Die Reise, welche ich unternehmen werde zum Zwecke einer sich immer enger gestaltenden Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich hat große Hoffnungen erweckt. Hüten wir uns vor Illusionen! Wenn persönliche Besprechungen, freimütige Auseinandersetzungen zwischen den Regierungschefs als die sicherste Methode erscheinen, die Regeln einer normalen Wirtschaft wieder zu finden, so wäre es übertrieben, davon endgültige Lösung zu erwarten.

Eine ungeordnete Produktion, monetäre Wirren, ein übertriebenes Vertrauen in die Spekulation hatten die Arbeitslosigkeit und das Elend zur Folge. Das Uebel liegt tief, denn es findet seine Ursache in den Fortschritten einer zu rapide entwickelten Zivilisation.

Wir werden in Washington nicht in vier Tagen die normale Weltlage wiederherstellen können. Wir werden unsere Gedanken austauschen. Ich werde dem Präsidenten Hoover sagen, was mein Land denkt, was es wünscht und was es tun kann. Die französische Regierung hat bereits ihren Willen zum Handeln bekundet. Bei meiner Rückkehr werde ich dem Parlament Bericht erstatten. Es wird sich über diese Aktion aussprechen, welche das Ziel verfolgt, unter den heutigen Umständen die französischen Bestrebungen mit denjenigen der großen amerikanischen Demokratie inniger zugestalten zum Wohle der Allgemeinheit und für die Konsolidierung des Friedens.“

New York kämpft um sein Gold

Die großen Goldabzüge von New York, hauptsächlich für Pariser Rechnung, die innerhalb der letzten vier Wochen rd. 2½ Milliarden Mark betragen haben, gaben der Federal Reserve Bank Veranlassung, ihren Diskontsatz noch einmal um 1 auf 3½ v. H. heraufzusetzen. Aller Augen blicken gespannt nach Frankreich, wo allein die Entscheidung darüber fallen kann, ob der Kampf Amerikas um seine Goldvorräte von Erfolg gekrönt sein kann oder durch eine Wiederholung der unverständlichen Pariser Gegenmaßnahmen illusorisch gemacht wird.

(Einzelheiten siehe Finanz- und Handelsblatt.)

O.-S.-Schiedsspruch verbindlich

Der Schiedsspruch für den Oberschlesischen Steinkohlenbergbau, in dem eine Lohnsenkung von 7 v. H. und eine Verlängerung des Arbeitszeitabkommens vorgesehen war, ist vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Politisches Kriegsspiel

Dr. Eduard Dingeldey, Abgeordneter des Wahlkreises Hessen-Darmstadt, nominieller Führer der Deutschen Volkspartei, legt Wert auf ein gepflegtes Aeußeres und eine gepflegte Form der Rede. Der Ton, in dem er dem Reichskanzler mitteilte, daß die Deutsche Volkspartei sein Kabinett fernerhin nicht unterstützen wolle, ließ an Artigkeit und Verbindlichkeit nichts zu wünschen übrig. Man würde es gerne sehen, daß er allgemeine Nachahmung in einem Parlament findet, dem man, wie einst Hermann Sudermann den Repräsenten, „Verrohung der Kritik“ vorwerfen muß. Von Beruf ist Dr. Dingeldey Rechtsanwalt. Sicherlich haben seine Klienten alle Ursache, mit der Vertretung ihrer Interessen vor Gericht durch ihn zufrieden zu sein. Als Vertreter seiner Partei vor dem Reichstag, in dem Prozeß, den er gegen die Regierung Brüning angestrengt hat, ist er gestern alles eher denn glücklich gewesen. Selten hat ein Anwalt so gegen sich selbst plädiert wie Dr. Dingeldey. Welche Handlungen des Reichskanzlers stellt er unter Anklage? Keine! Er bezeugt seine Hochachtung und Verehrung vor dem vaterländischen Willen, dem sittlichen Ernst und den hervorragenden Fähigkeiten Dr. Brünings. Was die Regierung bis zur Schwenkung der Deutschen Volkspartei in die Opposition getan hat, findet Gnade vor den Augen des Epigonen Stresemanns. Aber die Regierung hat manches nicht getan, was sie hätte tun müssen, findet Dr. Dingeldey. Welcher Unterlassungssünden hat sich das Kabinett schuldig gemacht? Darauf ist der Rechtsanwalt aus Darmstadt dem Reichstage die Antwort buchstäblich schuldig geblieben. Er sprach z. B. von der Bankenkrisis im Juli, als ein wilder Pessimismus im Volke herrschte. Damals wäre der Augenblick gewesen, wo eine in sich geschlossene Reichsregierung Maßnahmen von ganz weitem Ausmaße hätte treffen müssen. Aus dem Parterre tönt zur Rednertribüne die Frage hinauf: „Welche denn?“ Darauf kommt von Dr. Dingeldey die Zusage zurück: „Darüber werde ich mich nachher äußern!“ In einem anderen Zusammenhang wirft er der Regierung vor, daß sie es unterlassen habe, eine Parole auszugeben. Erneute Fragen: „Welche?“ Antwort: „Ich werde Ihnen nachher meine Parole sagen!“ Wenn die Leser dieses Blattes aus dem Bericht über die Rede Dingeldeys nicht haben entnehmen können, welche Maßnahmen Dr. Dingeldey getroffen, welche Parole er verkündet hätte, dann ist es nicht unsere Schuld. Sie werden auch in dem stenografischen Protokoll der gestrigen Reichstags-Sitzung vergeblich danach suchen. Dr. Dingeldey hat das Geheimnis für sich behalten. Oder es sind eben nur Nebensarien gewesen.

*

Die Notverordnungen der Regierung Brüning haben Anlaß genug zu Kritik geboten; die in diesem Blatt auch nicht gescheut worden ist. Aber was gestern mit dem Anschein der Sachlichkeit von den Sprechern der Deutschen Volkspartei und auch des Landvolks vorgetragen wurde, war doch nur eine Maskierung der eigentlichen Motive ihres Abmarsches aus dem Regierungslager. Dr. Dingeldey hat schon während des Sommers den Reichskanzler gedrängt, ein „Nationales Konzentrationskabinett“ mit Einbeziehung der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen zu bilden. Glaubt der Führer der Deutschen Volkspartei ernstlich an die Möglichkeit eines solchen Konzentrations-Kabinetts? Nein! Es ist ihm nur um ein taktisches Spiel zu tun, durch das festgestellt werden soll, wen die Verantwortung für das Scheitern dieser Idee trifft. Das ist eine Art politisches Kriegsspiel, das die Deutsche Volkspartei mit Leidenschaft betreibt, obgleich sie es nicht grade meisterlich beherrscht. Dieses Manövrieren, Intrigieren und Jonglieren, bis es glücklich soweit ist, daß einer anderen Partei die Verantwortung für den negativen Ausgang einer Kombination zugeschoben werden kann, hat in früheren Jahren Kabinettsbildungen unnötig und übermäßig erschwert. Nicht zum geringsten dadurch hat die Autorität des Reichstages gelitten, obgleich das parlamentarische System dafür, daß es mißbraucht wird, so wenig verantwortlich gemacht werden kann, wie die medizinische Wissenschaft für das Treiben von Kurpfuschern. Aber was in früheren Jahren die parlamentarische Idee schädigte, könnte heute das Reich gefährden. Was soll denn bei dem Kabinetts-Kriegsspiel 1931 herauskommen? Für Dr. Dingeldey ist es nach seiner gestrigen Rede selbstverständlich, daß die Voraussetzung für irgendeine positive Zusammenarbeit mit der sogenannten nationalen Opposition die „Verständigung über ein eindeutiges, klares, sachliches Programm“ sein muß, und daß die Zusammenarbeit auch nur unter gegenseitiger Achtung geschehen könne. Wir verstehen diese zarte Anspielung auf die wenig freundlichen Erfahrungen in Harzburg und die Brüs-

klerung des Stahlhelms durch die nationalsozialistischen Führer. Aber ist sich Dr. Dingeldey immer noch nicht darüber klar, daß es zwischen der Deutschen Volkspartei und der nationalen Opposition über ein Regierungsprogramm keine Verständigung gibt? Sollte er, der Vielgeschäftige, noch keine Frage an Hugenberg gestellt haben? Oder hat Dr. Dingeldey diese Sätze nur gesprochen, weil Hugenberg auf eine Frage die Antwort geweigert und keinen Anlaß gesehen hat, über seine späteren Pläne dem Führer einer Partei Rede zu stehen, die ihm nicht sehr viel nützen kann, wenn das Zentrum sich versagt und nicht sehr wichtig ist, wenn von Hugenbergs (allerdings trügerischer) Perspektive aus gesehen, eine Verständigung mit dem Zentrum gelingt?

*

Wenn es nach dem Willen der Deutschen Volkspartei und des Landbundes ginge, und das Kabinett Brüning heute gestürzt würde: was ergäbe sich daraus? Würde Hugenberg vom Reichspräsidenten betraut werden? Vielleicht! Würde er Kanzler werden? Sicherlich nicht! Wenn etwas in der Erklärung, die Dr. Frick im Reichstage für die Nationalsozialisten verlas, Beachtung verdiente, dann war es jener Satz, in dem er die Führung einer Regierung im „Dritten Reich" für seine Partei in Anspruch nahm. Hugenberg hat geglaubt, die Nationalsozialisten würden durch eine unfreiwillige Mimikry allmählich seine Farbe annehmen, wenn er mit ihnen nur enge Nachbarschaft hielte. Wir wissen nicht, ob er seit Harzburg von diesem Aberglauben geheilt ist. Aber gewiß ist, daß die Nationalsozialisten, wenn es soweit käme, die Macht für sich und für sich allein begehren werden. Dann werden sie alle Masken und alle Rücksichten fallen lassen, dann wird die wirkliche Struktur dieser Partei offenbar werden. Und da in diesem Reichstag keine verfassungsmäßige Basis für eine von den Nationalsozialisten geführte Regierung denkbar ist, stünde man nach einem beunruhigenden Interregnum vor zwei Eventualitäten: Neuwahl oder drittes Kabinett Brüning. Aus Neuwahlen würden die Rechtsradikalen zweifellos stärker wiederkehren auf Kosten der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und des Landvolks, das heißt der gemäßigten Rechten, die gar nicht oder nur noch als unansehnliche Rudimente zurückkommen würde. Aber eine Mehrheit für die nationale Opposition ist auch in einem neuen Reichstag nicht zu erwarten. Das Parlament würde etwa das Bild der neuen Hamburger Bürgerschaft zeigen. Bei einer Wiederkehr der Regierung Brüning würde die gemäßigte Rechte aus der Oppositionsstellung wieder in den Regierungsgräben klettern. Sie hätte dann nur die Ausrede, daß das nationale Konzentrationskabinett sich als unmöglich erwiesen habe, und daß dafür die „nationale Opposition" die Verantwortung trage. Warum aber soviel Aufwand, um etwas zu beweisen, was eines Beweises gar nicht bedarf?

*

Mit solchen ausgetüftelten Finessen und komplizierten Manövern macht man auf die großen Massen keinen Eindruck. „Geben Sie dem Volke Arbeit und Brot!" hat Dr. Dingeldey gestern den Regierungsparteien zugerufen, nachdem er alle, auch die offenbaren Sünden der Privatwirtschaft geleugnet und einem Eindruch in das Tarifrecht das Wort geredet hatte. Wir möchten ihm das Rezept wiedergeben, damit er es selbst befolgt. Die wirtschaftliche Krise mildert man aber nicht dadurch, daß man ihr noch politische Krisen dazugesellt, Beunruhigung im Innern, neues Mißtrauen im Auslande erregt. Dr. Dingeldey mag die Befähigung zum Generalstäbler in sich fühlen. Die eigene Partei hat er auch schon glücklich auseinander manövriert. Aber die Reichsregierung „ist kein Spielzeug nicht", schon gar nicht in solch harten Zeiten, in denen ein Volk um sein Dasein ringt.

M. R.

Konstituierung der französischen Wirtschaftssektion

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 15. OKTOBER

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich, die während der Berliner Verhandlungen Lavals und Briands mit der Schaffung eines gemeinsamen Arbeitskomitees organisiert worden war, soll nun in die Aera der praktischen Verwirklichung treten. Die französische Sektion des deutsch-französischen Komitees hat heute im Innenministerium in Paris ihre erste konstituierende Sitzung abgehalten.

Der Vorsitzende, Unterstaatssekretär Ignoux, hieß die Kommissionsmitglieder willkommen. Der Ministerialdirektor im Unterstaatssekretariat für die Nationalwirtschaft, Hoschiller, der gleichzeitig das Amt des Sekretärs für die französische Sektion versieht, hielt eine kurze Ansprache über das Arbeitsprogramm und die Arbeitsmethoden. Dann teilte sich die französische Sektion sofort in fünf Unterkommissionen auf.

Wie in Paris verlautet, werden die Verhandlungen mit der deutschen Sektion schon in der nächsten Woche beginnen. Die deutschen Vertreter werden in den ersten Tagen der kommenden Woche in Paris eintreffen.

Krupp feiert Silber-Hochzeit

Die Inhaber der Kruppschen Werke, Herr und Frau Krupp von Bohlen und Halbach, feiern silberne Hochzeit. Die Familie hat für den Invalidenfonds der Kruppschen Arbeiterstiftung eine Million Mark zur Verfügung gestellt.

Sparditktatur in Bremen

Der Bremer Senat wird einen Nachtragshaushalt für 1931 mit weiteren scharfen Sparbestimmungen vorlegen müssen, weil sich gegenüber dem ursprünglichen Voranschlag ein Defizit von rund 16 Millionen ergibt.

Japan beginnt einzulenken

Rückziehung von Truppen aus der chinesischen Zone

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENF, 15. OKTOBER

Nach einer japanischen Mitteilung scheinen die Japaner bereits langsam einzulenken. Sie berichten von der Zurückziehung von 1800 Mann japanischer Truppen aus der Chinesenstadt von Mukden, die teils außerhalb der Chinesenstadt, teilweise in der Eisenbahnzone untergebracht worden seien, so daß nur noch 400 Mann in dem Chinesenviertel von Mukden und 250 Mann im japanischen Teil von Mukden verblieben seien.

Die Militärbehörden haben beschlossen, heißt es in der Mitteilung weiter, „die Polizeigewalt im Chinesenviertel der chinesischen Gendarmerie und den Polizeimannschaften zu übergeben. Infolgedessen sei der Stab des 77. Infanterie-Regiments, das in der offenen Stadt Quartier genommen hatte, in das Gebäude des früheren Eisenbahnspitals innerhalb der Südmandschurei, also in die japanische Zone, verlegt und auch der Stab des 78. Infanterie-Regiments außerhalb des Gebiets der Chinesenstadt verlegt worden.

*

Die japanische Antwortnote auf die Anfrage des Völkerbundrats wegen der Einladung der Vereinigten Staaten zur Teilnahme an den Verhandlungen über den mandschurischen Konflikt wirft die formelle Frage auf, auf Grund welcher Bestimmungen der Völkerbundsfassung die Hinzuziehung der Regierung eines Nichtmitgliedstaats zu den Verhandlungen des Völkerbundrats erfolgen kann.

Die Mitglieder des Völkerbundrates, die eben zu einer geheimen Sitzung zusammentraten, sind sich bereits darüber einig, die japanische Frage dahin zu beantworten, daß Japan selbst zu der Mitarbeit der Washingtoner Regierung bei der Regelung des mandschurischen Konflikts seine Zustimmung gegeben hat. Die Teilnahme eines Vertreters dieser Regierung an den Verhandlungen des Rates bedeute nur eine Vereinfachung der Methode dieser Mitarbeit.

Völkerbundsrat ladet Amerika ein

GENF, 15. OKTOBER

Der Völkerbundrat hat heute abend nach einer zweieinhalbstündigen geheimen und sehr bewegten Sitzung mit 13 gegen eine Stimme prinzipiell beschlossen, die Vereinigten Staaten zu den Verhandlungen des Rates über den chinesisch-japanischen Konflikt einzuladen. Die Absendung der Einladung und die Formulierung des Einladungsschreibens wird in einer für morgen vormittag einberufenen Sitzung erfolgen.

Der Vertreter Japans stellte sich auf den Standpunkt, daß für die Einladung ein einstimmiger Ratsbeschluß notwendig sei. Diesem Einwand hat sich jedoch der Völkerbundrat nicht zu eigen gemacht.

WASHINGTON, 15. OKTOBER

Im Staatsdepartement wartet man die weitere Entwicklung der mandschurischen Angelegenheit ab. Man betont, das einzige Interesse Amerikas bestehe darin, daß ein Krieg zwischen China und Japan vermieden werde, und erklärt, daß Nachrichten, deren Ursprung man zur Zeit nicht preisgeben könne, in einem gewissen Grade dazu berechtigen, optimistische Auffassungen über eine friedliche Beilegung zu hegen.

Man legt auch keinen besonderen Wert auf eine offizielle Beteiligung des amerikanischen Konsuls Gilbert an den Beratungen des Völkerbundrats, und zwar erstens deswegen, weil schon seit Tagen dauernd inoffizielle Besprechungen geführt werden, und weil zweitens eine Teilnahme an der offiziellen Völkerbundsitzung in gewissen hiesigen Kreisen einen scharfen Protest dagegen hervorrief, daß Amerika offenbar „durch eine Hintertür" dem Völkerbund beitrete.

Militärrevolte in Ecuador

Gefangennahme der Führer

Wie „Associated Preß" aus Guayaquil (Ecuador) meldet, brach in der Hauptstadt Quito eine Militärrevolte aus, die aber von Regierungskräften unterdrückt wurde und die Festnahme des ehemaligen Kriegsministers Guerrero und des Präsidenten des Abgeordnetenhauses Navarro zur Folge hatte. Präsident Alba und das Kabinett verließen den Präsidentenpalast und fanden vorläufig Zuflucht in einer Kaserne.

Nach einer weiteren hier eingetroffenen Meldung hat die Regierung in einem Communiqué erklärt, daß sie die Situation vollständig beherrsche.

Lloyd George warnt vor Zollpolitik

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 15. OKTOBER

Von seinem Arbeitszimmer in seinem Landsitz, wo er sich von seiner letzten schweren Krankheit erholt, richtete Lloyd George heute abend im Rundfunk einen Appell an das englische Volk, nicht von der Freihandelspolitik abzugehen. Damit hat Lloyd George zum ersten Male in den englischen Wahlkampf eingegriffen.

Er sprach sich scharf gegen jede Veranstaltung von Neuwahlen in dieser Krisenzeit aus, weil sie doch nur eine Kräftezersplitterung bedeuten. Die Neuwahlen seien von der konservativen Partei nur veranstaltet worden, um sie für Parteizwecke auszunutzen. Welche Entschuldigung habe die Regierung für diese Neuwahlen, so fuhr Lloyd George fort, nur um England zu einem protektionistischen Lande wie Deutschland zu machen, wo in den Einfuhrhäfen alle Waren hoch verzollt werden müssen, auch die Nahrungsmittel für das Volk? Das Beispiel Deutschlands und Amerikas sei eine Warnung vor solcher Zollpolitik.

Trotz der Entwertung des Sterling brauche England keine Katastrophe zu befürchten. Es sei noch immer das größte Schiffahrtszentrum und das größte Gläubigerland der Welt, nicht einmal Amerika ausgenommen. Die Regierung verlange durch die Wahl nur freie Hand, um durch Lohn- und Gehaltsabbau der unteren Volksschichten eine weitere Verteuerung der Lebenskosten herbeizuführen.

Die Frage, die der Wähler zu beantworten habe, laute: Wünscht England einem Parlament zur Macht zu verhelfen, dessen erste Aufgabe darin bestehen wird, auf alle Waren hohe Abgaben zu erheben und dadurch den englischen internationalen Handel schwer zu schädigen.

Haag für Litauen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

KOWNO, 15. OKTOBER

Nach einer Meldung der Litauischen Telegrafen-Agentur hat heute nachmittag um 18 Uhr der Haager Gerichtshof den Spruch in der litauisch-polnischen Transit-Angelegenheit auf der Strecke Kolchedary—Lanbwarowo gefällt. Der Haager Gerichtshof stellte sich auf den litauischen Standpunkt, daß die Oeffnung der Eisenbahnlinie zu dem politischen Problem Wilna gehöre, und Litauen daher nicht gezwungen sei „in den gegenwärtigen Verhältnissen die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Verkehr oder die verschiedenen Kategorien des Verkehrs auf der Strecke Kolchedary—Landwarowo zu öffnen".

In der Begründung stellt der Gerichtshof fest, daß die erwähnte Eisenbahnlinie unterbrochen wurde, nachdem der polnische General Zeligowski am 9. Oktober 1920 Wilna besetzt hatte. Der Gerichtshof unterstreicht weiter den Standpunkt der litauischen Regierung, die allgemeinen Beziehungen zu Polen solange nicht aufzunehmen, bis die Frage der Staatszugehörigkeit von Wilna durch Schiedsgericht, gegenseitige Vereinbarung oder durch den Haager Gerichtshof entschieden wird.

Abreise des spanischen Nuntius

MADRID, 15. OKTOBER

Der päpstliche Nuntius Tedeschini soll beabsichtigen, Spanien zu verlassen. Der Nuntius hat heute nachmittag mit Mitgliedern der Regierung verhandelt und später erklärt, er habe dem Ministerpräsidenten einen vertraulichen, nicht offiziellen, Besuch Vatikan gesprochen. Die Kirche, sagte der Nuntius, könne auf abgestattet und jedenfalls nicht mit ihm über die Beziehungen zum Grund der letzten Geschehnisse sich verletzt fühlen, aber sie nehme niemals eine feindselige Haltung ein.

Nach einer Erklärung des spanischen Ministerpräsidenten hat es sich bei dem Besuch des Nuntius um eine reine Förmlichkeit gehandelt. Der Nuntius habe als Doyen des Diplomatischen Korps dem neuen Ministerpräsidenten seine Aufwartung gemacht.

Der Ministerrat beschloß heute, mit dem Abbau des Budgets für Kult und Klerus sofort zu beginnen. Für die Kirche sollen keinerlei Zuwendungen mehr gemacht und der hohen Geistlichkeit 50 v. H. ihrer Bezüge gekürzt werden. Die 66 Millionen der staatlichen Zuwendungen an die Kirche werden nach Ablauf zweier Jahre abgebaut sein. Der Ministerrat beschloß ferner die Schulgebäude derjenigen religiösen Orden zu beschlagnahmen, die den Schulunterricht einstellen bevor der Staat neue Schulen organisiert hat.

Wo hat Matuschka gewohnt?

Nachforschungen in Caputh

Auf Grund der Aussagen, die Sylvester Matuschka beim Verhör in Wien über seinen Aufenthalt in Caputh gemacht hat, unternahm gestern die Berliner Kriminalpolizei unter Leitung von Kommissar Dr. Wächter dort umfangreiche Nachforschungen. Die Ermittlungen erstreckten sich besonders auf die Ringstraße, wo sowohl der irische Offizier Carnell als auch die einzige in Caputh wohnende gebürtige Wienerin, Frau Schneider, ein Haus besitzt. Ueber das Ergebnis der Nachforschungen wird amtlich mitgeteilt:

„Ein Dr. Bergmann, angeblich in Caputh wohnhaft gewesen, hat keinerlei Verbindung mit Matuschka gehabt, ebenso auch nicht eine zum Teil in der Presse erwähnte Wiener Dame aus Caputh. Da Matuschka bei seinen bisherigen Vernehmungen den Ort Caputh noch nicht direkt genannt hat, besteht die Möglichkeit, daß das von ihm beschriebene Gartenhaus auch in einem anderen Ort als Caputh in der Nähe von Potsdam liegen kann. Die Ermittlungen nach dem Gartenhaus werden weiter fortgesetzt."

Neurath wieder in London

Der deutsche Botschafter für London, Freiherr von Neurath, ist nach längerem Sommerurlaub wieder in London eingetroffen.

Der zweite Tag der Aussprache

Eine scharfe Rede Aufhäusers

Die gestrige Reichstagsaussprache, deren erster Teil mit der Ankündigung Dingeldeys abschloß, daß die Volkspartei „nicht in der Lage sei, das Kabinett Brüning zu unterstützen", wurde von dem Führer der Bayrischen Volkspartei, Prälat **Leicht** festgesetzt, der u. a. ausführte: **Der Grund dafür, daß das Vertrauen zu Deutschland nicht noch tiefer gesunken ist, ist zurückzuführen auf die Person und den Namen Brüning.** Notwendig ist in dieser schweren Zeit die schleunige Inangriffnahme der Winterhilfe. Wenn man freilich eine Winterhilfe organisiert nur für diejenigen, die das Hakenkreuz oder das Stahlhelm-Abzeichen tragen, so hat das mit christlicher Nächstenliebe nichts zu tun. Wir erstreben die Verständigung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Dieser Verständigung wird aber nicht dadurch gedient, daß die Unternehmerverbände vorher mit einem Programm in Form eines Ultimatums kommen, dem dann die Gewerkschaften ein Ultimatum entgegensetzen. Die Notverordnungen dürfen nicht benutzt werden, um in allen möglichen Fragen die Länderhoheit zu verletzen.

Wir begrüßen vor allem die entschiedene Ablehnung aller Inflationspläne durch den Reichskanzler. Eine Regierung, die nochmals eine Inflation herbeiführen wollte, würde mit Recht vom Volke weggefegt werden. **Es brennt im deutschen Vaterland. Der Reichskanzler hat uns alle zum Löschen aufgerufen. Da sollten wir in christlicher Liebe zusammenarbeiten und da müssen wir uns gegen diejenigen wenden, die bei dem Rettungswerk die Schläuche zerschneiden wollen.** (Beifall.)

Abg. Dr. **Weber** (D. Stp.): Die Debatte hat gezeigt, wie dringend notwendig es ist, den Deutschen Reichstag öfter und in kürzeren Abständen zusammenzuberufen. Diese parlamentarischen Verhandlungen nötigen die Radikalen, das, was sie in Volksversammlungen vor ihren Wählern verzapfen, auch einmal vor aller Oeffentlichkeit zu vertreten. Wie peinlich das den Deutschnationalen und Nationalisten ist, das zeigen sie mit ihrem Verschwinden aus dem Saal.

Zur Harzburger Schacht-Rede kann ich nur sagen: Wer Herrn Schacht wie ich seit vielen Jahren kennt, der hat sich gefragt, wie ein früherer Reichsbankpräsident so etwas verantworten will. Herr Schacht hat etwas Aehnliches schon am 3. Juni d. J. im „Weißen Hirsch" in Dresden gemacht. Damals, vier Wochen vor dem Zusammenbruch der Danat-Bank, hat er gesagt, er habe noch keine Bank gesehen, die in schlechten Zeiten sofort ihre Verbindlichkeiten erfüllen könne, wenn etwas passiert, was bei uns zu erwarten sei. Dieser Hinweis war so deutlich, daß er im Ausland sofort verstanden wurde und zur Zurückziehung der Auslandskredite von den deutschen Banken führte. (Lebh. Hört! Hört!) Herr Schacht versucht mit allen Mitteln, sich eine Position zu schaffen bei den Leuten, die ihn vorher bis aufs Messer bekämpft haben. Ich kann die Harzburger Rede von Dr. Schacht nur als leichtfertig bezeichnen. (Lebh. Zustimmung.)

Die Rechtsopposition kann nicht bestreiten, daß ihre Harzburger Reden bereits zu einer Erschütterung des Vertrauens der Sparer geführt haben. Der Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Dingeldey hat in seiner Rede fortwährend eine Parole angekündigt, aber hat sie nicht verkündet. Er hat wesentlich zur Verschärfung der Krise beigetragen, als er im Juli den Antrag stellte, den Reichstag einzuberufen, um den Reichskanzler zu stürzen. Die vorgestrige Rede des Reichskanzlers haben wir begrüßt. Sehr erfreut sind wir darüber, daß das Zentrum jetzt endgültig es abgelehnt hat, das Experiment mit einer Rechtsregierung zuzulassen. Die Deutsche Republik hat sich bisher von diesen Leuten rechts viel zu viel gefallen lassen. Von der Reichsregierung erwarten wir, daß sie mit größerer Energie als bisher auf eine Preissenkung hinwirkt, indem sie auf die Kartelle den entsprechenden Druck übt und auch in der Agrarpolitik andere Wege einschlägt. Wir werden den Reichskanzler unterstützen in dem gemeinsamen Streben, den bevorstehenden Winter gut zu überwinden.

Abg. **Döbrich** (Landv.): Wir können die Uebereinstimmung vieler Punkte der Regierungserklärung mit unseren Wünschen anerkennen. Aber es erfüllt uns mit Bedenken, daß der Kanzler immer wieder auf die Solidarität der Völker baut; er hätte vielmehr in die eigene Kraft unseres Volkes Vertrauen setzen müssen. Sehr erfreut sind wir darüber, daß der neue Wirtschaftsminister die Landwirtschaftsverhältnisse genau kennt. Wir wünschen, daß auch die Behandlung der Ostfragen in sachverständigere Hände gelegt würde. Es wäre undankbar und geschichtlich unwahrhaftig, nicht anzuerkennen, daß Minister Schiele seine ganze Kraft für die Erfüllung seiner Aufgaben eingesetzt hat. Allerdings konnte Minister Schiele nur Teilerfolge erzielen. Aber auch diese Teilerfolge litten unter so starken Hemmungen, daß der Osten und die Landwirtschaft nicht gerettet werden konnten und der Verelendung verfielen. Die Schuld liegt am Reichstag, aber auch am Kabinett, **das von der Ermächtigung nur Anpassung der Zölle an die Preisentwicklung nicht den pflichtgemäßen Gebrauch machte. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß für den Kanzler die Fragen der Landwirtschaft Fragen zweiten Ranges gewesen sind. Wir haben auch nicht das Vertrauen, daß die Regierung ihre Aufgaben zur Rettung des Bauernstandes lösen wird, und befürchten, daß auch die weiteren Maßnahmen nur teilweise angegriffen werden. Wir wollen den Weg für neue Verhandlungen und eine nach unserer Auffassung mögliche Regierungsbildung freimachen, die der Schwere der Lage entspricht. Deshalb stimmen wir den Mißtrauensanträgen zu.**

Abg. Ziegler (Soz. Arbeiterpartei) erörtert die politischen Gründe, die seine Freunde zur Trennung von der S.-P. D. bewogen haben. Die Tolerierung der Brüning-Regierung, die Bewilligung der Panzerkreuzer-Bauten und ähnliche Maßnahmen seien mit sozialdemokratischen Prinzipien nicht vereinbar. Nach einer scharfen Kritik der Politik der Brüning-Regierung erklärt der Redner, seine Freunde würden gegen diese Regierung stimmen.

Abg. **Aufhäuser** (Soz.) bezeichnet die Harzburger Tagung als die Vorbereitung des Kampfes gegen die Arbeiter, Angestellten und sonstigen Werktätigen. Sozialreaktion und Faschismus hätten sich in Harzburg vereinigt zur Entlastungs-Offensive für den aufs äußerste Kapitalismus. Die jetzige Krise ist in der Hauptsache verschuldet worden durch denselben Dr. Schacht, der jetzt den Ankläger spielen möchte. In der Zeit, als die deutsche private und öffentliche Wirtschaft nach langfristige Kredite bekommen konnte, die ihr schon zugesagt waren, da hat Dr. Schacht das verhindert, so daß statt der langfristigen kurzfristige Kredite genommen werden mußten. **Das System der kurzfristigen Auslandskredite ist aber als Ursache der deutschen Krise allgemein anerkannt.** Herr Hugenberg hat noch weniger Anlaß zu Vorwürfen, er hat den Zusammenbruch der Landbank verschuldet und dabei und bei den Transaktionen seines Deutschen Kreditvereins Geschäft und Politik vermischt. Die Aktienrechtsreform genügt uns in der jetzigen Form nicht; aber es ist bezeichnend, daß schon dieser bescheidene Ansatz, in das Dunkel der kapitalistischen Wirtschaft hineinzuleuchten, Herrn Dingeldey zur Offensive gegen Dr. Brüning veranlaßt hat. Die Brücke zwischen Dingeldey und den Nationalsozialisten und Deutschnationalen ist die Inflation. Trotz aller Ableugnungsversuche wollen diese Harzburger Teilnehmer die Inflation, wenn sie ihr auch andere Namen geben.

Wir warnen die Opposition und wir warnen auch die Regierung, etwa gegen das Tarifrecht kämpfen zu wollen. Es ist kein Zufall, daß die Gewerkschaften aller Richtungen, einschließlich des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes sich in einer Einheitsfront gegen solche Bestrebungen zusammengefunden haben. Wir stehen jetzt vor der Entscheidung über die letzte parlamentarisch gebundene Regierung. Die Kommunisten werden sich für oder gegen Hugenberg entscheiden müssen. Bisher sind sie für die Hugenberg-Parole. Wir werden für die Aufrechterhaltung des parlamentarischen Regimes eintreten. Die deutsche Arbeiterschaft besitzt in ihren gewerkschaftlichen Organisationen eine Kampfeswaffe, die sie, wenn es sein muß, auch im außerparlamentarischen Kampf anzuwenden wissen wird. Wir predigen nicht den Bürgerkrieg, aber wer unsere Organisationen angreift, den schlagen wir.

Abg. **Heckert** (Komm.) erklärt, die Kommunisten würden der sozialdemokratischen Lockung für Brüning nicht folgen. Die falsche Meldung des „8-Uhr-Abendblattes" von kommunistischen Abkommandierungen habe die Fraktion veranlaßt, alle abwesenden — selbst die im Ausland weilenden — Mitglieder telegrafisch herbeizurufen, damit sie an der Abstimmung gegen Brüning teilnehmen können.

Gegen 7½ Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag, 12 Uhr, vertagt.

Oppositionsreden im Landtag

In der großen politischen Aussprache im Landtag führte zunächst die Opposition das Wort. Der volksparteiliche Abgeordnete **Stendel** begründete die Zustimmung seiner Partei zu den Mißtrauensanträgen gegen das Kabinett vor allem mit der Personalpolitik der Regierung und ihre Stellungnahme gegenüber den Beamten, die am Volksentscheid teilgenommen haben. Bei der Notverordnung verlangt er die Beseitigung der Härten, besonders in den Besoldungskürzungen für die Lehrerschaft. Auch die Reichsreformvorschläge Höpker-Aschoffs mußten noch einmal als Angriffsobjekt herhalten.

Abg. **Riedel** von der Staatspartei wies die unachliche Kritik an Höpker-Aschoff scharf zurück. Im übrigen kennzeichnet er treffend die unehrliche Politik der „nationalen Opposition", die im Reich wie in Preußen in einer Front mit den Kommunisten steht.

Als Ergebnis der Debatte läßt sich feststellen, daß die Mißtrauensanträge nur von den Regierungsparteien abgelehnt werden. Auch der christlich-soziale Volksdienst ließ durch den Abgeordneten **Kliesch** erklären, daß er die Opposition unterstützen werde. Dabei verstieg sich der Redner zu der Behauptung, daß in Preußen eine Vorherrschaft der Katholiken in unerträglichem Maße vorhanden sei. Weite Teile des evangelischen Volksteils fühlen sich in Preußen als Staatsbürger zweiter Klasse.

Große Lärmszenen gab es bei der Rede des deutschnationalen Abgeordneten **Borck**, der vor allem das Verhalten des Innenministers und dessen Maßnahmen gegen rechtsgerichtete Polizeioffiziere kritisierte. Offensichtlich suchte er die Polizeimannschaften und Offiziere gegen die Person des Ministers aufzuhetzen, indem er ihm mangelnde Fürsorge für die aus der Polizeitruppe Ausscheidenden vorwarf und auf die Reichswehr hinwies, wo in dieser Beziehung viel mehr getan werde. Heute soll die allgemeine politische Aussprache zu Ende gehen.

Die Lüneburger Haussuchungen

Zu unserer Meldung über rechtsradikale Umtriebe in Lüneburg teilt uns die dortige Regierung mit, daß keine Haussuchungen bei dem dortigen Stahlhelm vorgenommen worden sind. Die Haussuchungen zu denen sich die Polizei veranlaßt sah, wurden bei zwei Personen vorgenommen, die beschuldigt werden, die Verbindung der verdächtigten Beamten mit der Nationalsozialistischen Partei vermittelt zu haben. Sie gehören zwar dem Stahlhelm an, doch hat der Stahlhelm als Organisation nichts mit diesen Vorgängen zu tun.

Mütter in Not

Das biologische Kapital

Zu der gleichen Zeit, in der die Ausstellung „Frauen in Not" die Gemüter erschüttert, befaßte sich die Berliner Medizinische Gesellschaft mit dem gleichen Thema. Der Berliner Frauenarzt Dr. Max Hirsch, der seit vielen Jahren bemüht ist, die Wechselwirkungen von Umwelt und Fortpflanzungsleistung zu studieren, sprach über die Not der Mutterschaft. Das Resultat seiner sozial-gynäkologischen Untersuchungen faßt er in folgenden Sätzen zusammen:

Die Mutterschaft, das Mutterwerden und Muttersein ist in Not geraten. Nicht nur wie früher die unehliche Mutterschaft, sondern mehr noch die eheliche. Außerhäusliche Erwerbsarbeit und Mutterschaft sind unvereinbare Gegensätze. Mutter und Kind sind eine biologische und soziologische Einheit, weit über den Vorgang der Geburt hinaus. Die Ueberwindung der außerhäuslichen Lohnarbeit der verheirateten Frau in Industrie, Handel und Landwirtschaft liegt im Interesse einer gesunden Fortpflanzung des Menschengeschlechtes. Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett sind Zustände erhöhter Gefahr für Leben und Gesundheit. Schwangerschaftsbeschwerden sind als Krankheit im Sinne der Reichsversicherungsordnung zu betrachten. Geburt und Wochenbett der erwerbstätigen Frau haben als Krankheiten im versicherungstechnischen Sinne zu gelten. Mutterschaft ist eine Leistung der Frau an die Allgemeinheit, an Volksgemeinschaft und Staat. Ihre Lasten sind, wo es die Not erfordert, in voller Höhe auf die Schultern der Allgemeinheit zu nehmen.

Ein Staat, der seine schwangeren Bürgerinnen und seine Mütter in Not läßt, begibt sich des Rechts, die Fruchtabtreibung zu bestrafen, Empfängnisverhütung und Geburtenrückgang zu bekämpfen. Dieses Recht erwächst ihm erst aus der lückenlosen Fürsorge, welche jeder hilfsbedürftigen Mutter und ihrem Kind zuteil wird. Diese muß mit um so größerem Eifer geübt werden, je schwerer politische und wirtschaftliche Sorgen auf Volk und Vaterland lasten, denn sie verwaltet das wertvollste Gut des volkswirtschaftlichen Betriebes: das biologische Kapital. Deshalb schlägt Hirsch eine Entschließung vor, in der die Medizinische Gesellschaft sich gegen einen Abbau der Schwangeren- und Säuglingsfürsorge auf das entschiedenste ausspricht. Ueber diese Entschließung kann satzungsgemäß erst in einer späteren Sitzung der Gesellschaft abgestimmt werden.

In derselben Sitzung sprach Professor Richard Mühsam, der Direktor der chirurgischen Abteilung am Rudolf-Virchow-Krankenhaus, über die Klinik und Behandlung des perforierten Magengeschwürs auf Grund seiner Erfahrungen an 240 Kranken, die er in den letzten Jahren operiert hat. Nur die möglichst frühzeitige Operation vermag den Kranken zu retten, da sonst eine tödliche Bauchfellentzündung die Folge ist. Eingehend besprach Mühsam die Krankheitssymptome, die nach einer längeren Magenerkrankung in einem plötzlich auftretenden heftigen Magenschmerz, brettharter Spannung der Bauchdecken, verfallenem Aussehen der Kranken, Ansteigen der Temperatur und des Pulses und Vermehrung der Zahl der weißen Blutkörperchen bestehen. Verwechslungen mit Gallenblasenerkrankungen, Blinddarmentzündung und Entzündung der Bauchspeicheldrüse sind möglich. Die Hauptsache ist beim Verdacht eines Geschwürsdurchbruches die frühzeitige Operation. Von 120 in den ersten zwölf Stunden operierten Kranken konnten 80 geheilt werden. Drei Operationsverfahren kommen in Anwendung. Sache des Operateurs ist es, zu erkennen, welche Fälle für das eingelne Operationsverfahren geeignet sind. Li.

Berliner Schauspielschule. Die Nachfolge der Staatlichen Schauspielschule, die auf Beschluß des Preußischen Landtags geschlossen werden mußte, übernimmt nunmehr die Schulstelle des Deutschen Bühnenvereins und der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger. Damit bleibt die Idee der unabhängigen Schauspielschule, die nach den wichtigsten pädagogischen Prinzipien der beiden Theaterverbände geführt wird, erhalten. Die Leitung behält Professor Leopold Jeßner, auch sonst wird sich die Berliner Schauspielschule auf den Lehrerkreis der früheren Staatlichen Schule stützen können. Die Aufnahmeprüfungen finden am 26. und 27. Oktober statt. Anmeldungen bis zum 24. Oktober an das Sekretariat: Berlin W 62, Keithstraße 11, das auch nähere Auskünfte erteilt.

*

Eine erfreuliche Nachricht! Entweder ist es wahr, daß einige Machthaber des Preußischen Landtags die Staatliche Schauspielschule zugrunde gehen ließen, weil ihnen Leopold Jeßners Naje nicht gefiel — dann belehrt sie die Neugründung, daß diese Art Personalpolitik zwecklos sei. Oder es ist wahr, daß der Staat in seiner Finanznot den geringen Zuschuß nicht aufbringen konnte. Dann bedeutet das Vorgehen der Theaterverbände ein Vorbild der Selbsthilfe, und die Bühnenleute sind unter allen Bittstellern, deren Hilferufe den Behörden um die Ohren gellen, Männer der Tat.

Rundfunk: An die Jugend. Zur Einleitung einer neuen Reihe, in der bekannte Schriftsteller sprechen werden, richtete Walter von Molo kameradschaftliche Worte des Fünfzigjährigen, der es verstanden hat, mit Jungen zu fühlen. Er redete ihnen zu, den Körper kräftig zu halten, nicht nur durch Sport, sondern auch durch — Schlaf, und zu lesen, viel und gut zu lesen — und hoffentlich hilft's! rel.

Der Dichter und die Zeit. In einem Vortrag über „die Aufgabe des Dichters in unserer Zeit" im Lugauklub zeigte Dr. Mario Krammer, wie wir heute zu der seelischen Einstellung des Mittelalters zurückkehren, wie ein außerhalb des Ratio liegender Mittelpunkt gesucht wird, um den wir uns gruppieren können, wie es in der vorbürgerlichen Zeit die Kirche war. Selbst während der Herrschaft der bürgerlichen Gesellschaft, deren Wirkungsspanne Dr. Krammer vom 13. Jahrhundert bis zum Weltkrieg zieht, hat es in Deutschland immer Dichter gegeben, die abseits vom Diesseitigen, Nüchternen, Zweckvollen standen. Deutlich zeichnet sich die Linie ab, die über Klopstock, Jean Paul, Wilhelm Raabe zu Hermann Stehr führt. Berlin, das Zentrum deutschen Geisteslebens, war niemals das Zentrum der deutschen Seele. Berlin war nie Deutschland. So hat Klages in seinem Buch „Seele gegen Geist", hat Thomas Mann (freilich im entgegengesetzten Sinne) die Wandlung der seelischen Struktur Deutschlands klarzulegen versucht. Dem Dichter erwächst heute die Aufgabe, Mittler zu sein zwischen dem Rationalen und Irrationalen, Wegweiser zu neuer Religiosität (nicht Kirchlichkeit), Künder eines neuen Menschheits-Ideals. M. C.

Huxley-Medaille für Professor Thilenius. Dem Leiter des Hamburger Völkerkunde-Museums, Professor Georg Thilenius, wurde vom englischen Anthropologischen Institut die Huxley-Medaille verliehen. Die Medaille wurde im Jahre 1900 zur Erinnerung an den berühmten englischen Gelehrten gestiftet. 1911 erhielt sie Felix v. Luschan. Die Auszeichnung wurde dem Hamburger Gelehrten nach einem Vortrag in London überreicht.

Kein Kompromiß!

Von

ABR. FROWEIN,

Stellvertretendem Vorsitzenden des Reichsverbandes der Deutschen Industrie

Professor Ferdinand Tönnies hat, getreu der großen Tradition der deutschen Wirtschaftswissenschaft, in dem Kampf um die Erhaltung der Sozialpolitik durch einen Artikel in der „Vossischen Zeitung" vom 8. Oktober eingegriffen. Der nachfolgende „offene Brief" an den Gelehrten enthält neben polemischen Ausführungen so viel Positives, daß man die Hoffnung hegen darf, die Aussprache werde der notwendigen Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Wirtschaftsbeirat der Regierung förderlich sein.

Offener Brief an Professor Ferdinand Tönnies

Berlin, den 15. Oktober 1931

Hochverehrter Herr Professor!

Sie haben in der „Vossischen Zeitung" vom 8. Oktober unter der Ueberschrift: „Kein Kompromiß?" Ihre Auffassung zu dem Manifest der Wirtschaftsverbände so aufrichtig dargelegt, ohne auch vor sehr harten Urteilen zurückzuscheuen, daß ich es für meine Pflicht halte, Ihnen ebenso aufrichtig zu antworten. Wenn ich dazu — zum erstenmal in meinem Leben — die Form eines „offenen Briefes" wähle, so tue ich das, weil Sie selbst in aller Oeffentlichkeit den Unterzeichnern des Manifestes eine Anzahl Motive unterstellen, die nach meiner Auffassung das Manifest in ein ganz falsches Licht rücken. Sie stehen in Ihrer Darstellung unserer Motive gewiß nicht allein, aber grade bei der Wertschätzung, die Sie als Altmeister der Soziologie auch in nicht-akademischen Kreisen genießen, halte ich es für richtig, meine Ausführungen in die Form des direkten Briefes an Sie kleiden.

Sie mögen, sehr verehrter Herr Professor, in bezug auf die notwendige Gestaltung der deutschen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik anderer Ansicht sein als die Vertreter der Wirtschaft selbst, aber Sie tun dem Kreis der Unterzeichner, die hier ganz unabhängig von ihrer parteipolitischen Einstellung ihr Votum abgeben, doch entschieden unrecht, wenn Sie den Repräsentanten der Millionen-Front von kleinen und großen Gewerbetreibenden, von Handwerkern, Industriellen und Händlern, von Angehörigen des Bankgewerbes, des Versicherungsgewerbes, des Verkehrsgewerbes und des Hausbesitzes einfach die beiden Vorwürfe entgegenschleudern, daß der Inhalt der gemeinschaftlichen Erklärung von „ausschließlich kapitalistischen Interessen" diktiert sei und, jedenfalls in bezug auf die Sozialversicherung, „unzweifelhaft negative Absichten" verrate.

Sie werden zugeben, daß diese Dialektik, aus einem Munde wie dem Ihrigen, ungewöhnlich prononciert ist. Sie mögen, wie es den Anschein hat, aus Ihrer Weltanschauung oder aus der Fülle Ihres soziologischen Wissens heraus die Unternehmer von vornherein für eine Schicht halten, für die es nur kapitalistische Interessen gibt, und der in keinem Fall positive Absichten in bezug auf die sozialen Fragen zuzutrauen wären. Bei aller Ehrerbietung, Herr Professor, glaube ich, Millionen von Wirtschaftlern aus dem Herzen zu sprechen, wenn ich die darin liegende Unterstellung auf das entschiedenste zurückweise.

Sie sprechen von der „Fülle der sozialreformerischen Erwägungen und Lehren seit acht Jahrzehnten" — ich erlaube mir, Sie demgegenüber auf die Tatsache hinzuweisen, daß sich Deutschland gegenwärtig in einer Krise befindet, die für die Gesamtheit der Nation einige andere Sorgen heraufbeschwört, als einen gelehrten Streit über die soziologischen Auswirkungen dieser oder jener sozialreformerischen Maßnahmen. Ihr Hinweis auf die Tätigkeit der „Gesellschaft für soziale Reform" scheint mir völlig an der Tatsache vorüber zu gehen, daß die Arbeiten dieser Gesellschaft in weitesten Kreisen der Wirtschaft durchaus anerkannt werden. Zufällig fällt mir in diesen Tagen die Nummer 17 der „Mitteilungen der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände" vom 30. September in die Hände. Sie finden dort — nicht etwa als bezahlte Annonce, sondern als redaktionelle Notiz! — die Ankündigung einer demnächst erscheinenden Sammelschrift der Gesellschaft für soziale Reform: „Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik", und es wird in der Notiz nicht nur auf eine verbbiligte Bezugsmöglichkeit hingewiesen, sondern einleitend ausdrücklich gesagt, daß der Inhalt des Werkes im Hinblick auf die gegenwärtige Krise von „besonderer Aktualität" ist.

Weshalb halten es denn die Verbände der Wirtschaft für unumgänglich notwendig, daß die Sozialversicherung unverzüglich mit den wirtschaftlichen Kräften unseres Volkes in Einklang gebracht wird? Doch nur, weil der harte Zwang ökonomischer Tatsachen es einfach nicht zuläßt, in einem so verarmten Volk wie dem deutschen ein soziales Budget aufrechtzuerhalten, wie es in einem wohlhabenden Volke möglich wäre! Ich darf Sie auf die große Denkschrift des Reichsverbands der Deutschen Industrie vom Dezember 1925: „Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik" hinweisen, wo es in den Vorschlägen auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge ausdrücklich heißt, daß wir „eine wirksame soziale Fürsorge befürworten", allerdings unter der Voraussetzung, daß sich die soziale Belastung der Wirtschaft" der tatsächlichen Leistungsfähigkeit anpaßt", und daß sich „die Leistungen an die Empfänger in solchen Grenzen halten, daß die Empfindung der eigenen Verantwortung des einzelnen für sich und seine Familie nicht zerstört wird". Man kann über die Anwendung dieser Grundsätze im einzelnen gewiß streiten, aber es geht nicht an, der Wirtschaft in ihrer Gesamtheit a priori eine „unsoziale" Einstellung zu unterstellen. Wenn heute, was die Wirtschaft selbst nur bedauern kann, die Sozialversicherung ernsthafter bedroht ist, als sie es jemals in der Zeit der Inflation war, so kann die Wirtschaft unbestreitbar für sich in Anspruch nehmen, daß die jetzige Bedrohung der Sozialversicherung niemals dies Ausmaß angenommen hätte, wenn rechtzeitig die sozialreformerischen Vorschläge der Wirtschaft anerkannt und durchgeführt worden wären. Darf ich mir die Frage erlauben, ob Sie Ihre Worte von den „unzweifelhaft negativen Absichten" auch auf den Satz in der offiziellen Regierungserklärung des Reichskanzlers vom 13. Oktober anwenden: „Die Sozialpolitik muß allerdings derartig gestaltet und gehandhabt werden, daß sie sich den finanziellen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten einfügt?"

Sie halten es für anmaßend, jede Kompromißmöglichkeit zwischen „sozialistischen und kapitalistischen Wirtschaftsmethoden" abzustreiten. Sie haben sehr Recht, Herr Professor, daß es solche „Kompromisse" gibt! Die Wirtschaftsgeschichte Deutschlands in den letzten Jahren ist in der Tat ein Beweis in Ihrem Sinne, daß es solchen Kompromiß gibt, aber die Politik, die zu diesem Kompromiß geführt hat — Sie bezeichnen das selbst als „Infusion sozialistischen Blutes in die hinfällig gewordene kapitalistische Wirtschaft" — hat eben nach unserer Auffassung zum Verderben geführt und ist zu einem großen Teil mitverantwortlich für die jetzige Not zu machen. Wir sind keine Wissenschaftler, deren Lebenswerk darin besteht, sozialökonomische Theorien bis in ihre letzten Auswirkungen zu studieren. Aber was wir Vertreter der führenden Wirtschaftsverbände für uns in Anspruch nehmen können, ist doch wohl dies, daß wir in bezug auf die harten Realitäten der wirtschaftlichen Entwicklung einige Erfahrungen besitzen, die es nicht unbescheiden erscheinen lassen, wenn wir in derartigen Zeiten der Not unsere Ansicht offen und deutlich aussprechen.

Zum Schluß noch eine Bemerkung! Es ist eine völlige Verkennung des Zustandekommens und des Charakters eines solchen Manifestes, wenn Sie einzelne Formulierungen einem „vermutlich jungen Manne" zuschieben. Ganz abgesehen davon, daß ja schließlich das Alter nicht immer die Weisheit gepachtet hat, und daß ich wohl annehmen darf, daß auch Sie schon in Ihrer Jugend über ungewöhnliche geistige Fähigkeiten verfügt haben, entspricht Ihre Annahme wirklich nicht den Tatsachen. Das Manifest ist in vielstündigen sehr ernsten Beratungen recht maßgebender Leute, die einen ganz verschiedenen Werdegang hinter sich haben und zum Teil viele Jahre an führenden öffentlichen Stellen oder auch an Universitäten gewirkt haben, in seinen Formulierungen festgelegt worden. Ich glaube, hochverehrter Herr Professor, daß Sie auch mit dieser Bemerkung ein Werturteil gefällt haben, das weder dem Ernst der Erklärung noch dem nationalen Verantwortungsgefühl der dahinterstehenden Wirtschaftskreise gerecht wird.

Mit dem Ausdruck meiner besonderen Hochschätzung bin ich

Ihr Ihnen sehr ergebener

gez. Abr. Frowein,

Zweiter Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Matrosenstreik greift auf Danzig über

Kommunistische Wühlarbeit im Hamburger Hafen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

HAMBURG, 15. OKTOBER

Der Streik deutscher Seeleute in russischen Häfen hat eine reichlich gespannte Situation schon allein dadurch geschaffen, daß diese Zwischenfälle im engsten Zusammenhang stehen mit dem Schiedsspruch für die Seeschiffahrt, wonach alle Heuer um durchschnittlich 13½ vom Hundert gesenkt worden sind. Die Kommunisten haben die deutschen Seeleute in den russischen Häfen, und zwar hauptsächlich in Leningrad, zum Streik veranlaßt, und obwohl der deutsche Reedereiverband ernste Anstrengungen zur Beilegung dieses Streikausbruches unternommen hat, ist ein Resultat dieser Bestrebungen bis jetzt noch nicht aufzuweisen.

In Danzig ist es neuerdings zu ähnlichen Zwischenfällen gekommen. Die im Danziger Hafen in den Streik getretenen deutschen Seeleute erklären ausdrücklich, nicht mit den streikenden Danziger Hafenarbeitern solidarisch zu sein, sondern nur gegen den Schiedsspruch für die deutsche Seeschiffahrt zu protestieren.

Man hat jetzt auf einem deutschen Dampfer deutsche Ersatzmannschaften nach Leningrad geschickt, um die durch den Streik am Auslaufen verhinderten deutschen Schiffe zurückzuholen. Es scheinen aber Anhaltspunkte dafür zu bestehen, wonach es bei diesem Vorgehen zu Schwierigkeiten kommen wird, da ja, wie schon die Anbahnung diplomatischer Verhandlungen mit den Sowjet-Vertretungen in Deutschland andeutet, die russischen Behörden an den Vorgängen nicht ganz unbeteiligt zu sein scheinen.

In den deutschen Häfen wickeln sich Arbeit und Verkehr reibungslos ab, wenn auch immerhin eine sehr starke kommunistische Propaganda für Aufsehung gegen den Schiedsspruch spürbar ist. Wie man hört, sind Vorkehrungen dafür getroffen worden, die Agitatoren nach Möglichkeit in ihrer Tätigkeit zu behindern. Es besteht aber sichtliche Nervosität, und wenn auch niemand den Ausbruch eines organisierten Streiks in der Schiffahrt erwartet, werden doch weitere störende Einflüsse befürchtet.

Weitere Strafunterbrechung für Bullerjahn

Fortschritt im Wiederaufnahmeverfahren

In der Wiederaufnahmesache für den wegen angeblichen Landesverrats zu einer Zuchthausstrafe von 15 Jahren verurteilten Oberlagerverwalter Walter Bullerjahn von den Berlin-Karlsruher Industriewerken hat der Strafsenat des Reichsgerichts unter Vorsitz des früheren sächsischen Justizministers, jetzigen Senatspräsidenten Dr. Bünger eine bedeutsame Entscheidung gefällt:

Der Senat hat eine weitere Strafunterbrechung für Bullerjahn angeordnet. Eine Strafunterbrechung hat bei dem Stand des Wiederaufnahmeverfahrens angemessen und solle solange andauern, bis über die Wiederaufnahmeanträge sachlich entschieden worden sei.

Während Bullerjahn bisher nur wegen Krankheit aus der Strafhaft vorläufig beurlaubt war, ist die formelle Strafunterbrechung durch den Senat des Reichsgerichts ein Anzeichen dafür, daß die Wiederaufnahmeanträge eine sehr berechtigte Grundlage haben. Bereits in den nächsten Tagen wird die Berneymung des Schriftstellers Berthold Jacob und des Notars Dr. Oskar Lohn stattfinden. Der Senat des Reichsgerichts will, wie schon kurz mitgeteilt wurde, von ihnen unter Eid wissen, ob der ehemalige französische Leutnant Jost von der interalliierten Kommission diesen beiden Zeugen gegenüber erklärt hat, daß Bullerjahn im Gegensatz zu der Annahme des angefochtenen reichsgerichtlichen Urteils überhaupt nichts mit der interalliierten Kommission zu tun gehabt habe, und ein Verrat von Waffen durch ihn niemals erfolgt sein könne.

Kürzere Fristen bei Volksbegehren

Der Verfassungsausschuß des Landtages beriet am Donnerstag Anträge der Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei, der Nationalsozialisten und der Staatspartei auf Aenderung des Gesetzes über das Verfahren bei Volksbegehren und Volksentscheid. Die vorgesehenen Fristen sollen begrenzt werden, um eine allzulange Hinausziehung der Erledigung von Volksbegehren und Volksentscheid zu vermeiden. Angenommen wurde der Vorschlag der Staatspartei, wonach die Fristen gekürzt werden sollen, und wonach ferner die Volksbegehrensliste über die Regierungspräsidenten dem Landeswahlleiter zugeleitet werden sollen.

Journalisten für Weltabrüstung

Die zur Eröffnung des Ehrengerichtshofs für Journalisten im Haag tagende Internationale Journalisten-Föderation hat beschlossen, sich hinter die große Unterschriftensammlung auf der ganzen Welt zu stellen, die den Willen von Millionen von Männern und Frauen zur Weltabrüstung auf der Abrüstungskonferenz 1932 beweisen will.

Bauernstützung in Dänemark

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

KOPENHAGEN, 15. OKTOBER

Der dänische Reichstag nahm eine Krisengesetzvorlage der Regierung an, die wesentlich auf eine Stützungsaktion für die bedrängte Landwirtschaft abzielt, deren Durchführung die Regierung jedoch gleichzeitig von der Bewilligung außerordentlicher Arbeitslosenunterstützungen abhängig gemacht hatte. Hiernach wurden für bedrängte Landwirte Darlehen von insgesamt 30 Millionen Kronen bewilligt, die nach Ablauf einer Reihe von Jahren zurückgezahlt werden sollen, vorausgesetzt, daß bis zu der Zeit die Verkaufspreise für Butter und Speck um 25 v. H. gestiegen sind. Weiter wurden 11 Millionen Kronen für Arbeitslosenunterstützung bewilligt.

Diese 41 Millionen Kronen sollen durch eine Sondereinkommensteuer, Vermögenssteuer, Benzin- und Biersteuer, Ersparnisse am Wehrbudget, Erhöhung des Seidenzolls sowie durch Zoll auf gewisse Obst- und Gemüsesorten beschafft werden.

Es ist bemerkenswert, daß diese Krisengesetzvorlage der demokratisch-sozialistischen Regierung mit Hilfe der konservativen Partei durchgeführt werden konnte.

Die dänische Landwirtschaft, die über die billigen Futtermittel des Weltmarktes ohne Zollbelastung verfügt, lebt von drei Produkten: Milch, Schweinen und Eiern. Die Minderung der Kaufkraft ihrer Hauptabnehmer, Englands und Deutschlands, durch die Weltwirtschaftskrise hat den dänischen Bauern trotz ihrer vorbildlichen Organisation und der Elastizität ihres Produktionsapparates in der letzten Zeit erhebliche Verluste gebracht. Dazu kommt, daß überall in der Welt unverkäufliches Korn in den Tiermagen wandert und so die Ueberproduktion an Getreide auch eine solche von animalischen Produkten zur Folge hat. Für die dänischen Bauern hat sich die Solidarität der Weltwirtschaft sehr deutlich gezeigt und sie wissen heute, daß nur die Wiederherstellung der internationalen Kaufkraft ihnen den alten Wohlstand zurückbringen kann.

Hierzu zwei Beilagen

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Berlin

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweimal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugsgeldes — Täglich: „Unterhaltungsblatt" — „Finanz- und Handelsblatt" — Wöchentlich einmal: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" — „Literarische Umschau" — „Reise und Wanderung" — „Recht und Leben"

Für Rücksendung unverlangter Manuskripte Porto beifügen

VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G., BERLIN

Berlin kurbelt den Wohnungsbau an

Städtische 15-Millionen-Bürgschaft für Neubauten

Zu Beginn der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung brachte der Oberbürgermeister folgende Dringlichkeitsvorlage ein:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ist mit der Uebernahme selbstschuldnerischer Bürgschaften für zweitstellige Hypotheken in Teilabschnitten bis zum Gesamtbetrage von 15 Millionen Mark — gegebenenfalls Goldmark oder Kilogramm Feingold — zur weiteren Finanzierung der Wohnungsneubautätigkeit im Zusammenhang mit Hauszinssteuermitteln einverstanden. Soweit eine Zinsverbilligung für diese Hypotheken erfolgt, sind die erforderlichen Beträge für die Dauer der Zinsherabsetzung aus Rückflüssen der begebenen Hauszinssteuerhypotheken sicherzustellen. Außerdem ist aus Rückflüssen und Hauszinssteuermitteln ein Bürgschaftssicherungsfonds in Höhe von mindestens 10 v. H. der verbürgten Beträge zu bilden.“

Diese Dringlichkeitsvorlage, die bereits vom Magistrat genehmigt worden ist, ist durch die eigenartige Haltung des Reiches gegenüber der Stadt Berlin erforderlich geworden. Die Stadtverordnetenversammlung hatte sich bereits im Juli damit einverstanden erklärt, daß für die Finanzierung des Wohnungsneubaues Reichsbürgschaften bis zum Gesamtbetrage von 15 Millionen Mark in Anspruch genommen würden, und daß die Stadt dem Reich gegenüber sich zu einer Bereitstellung von Mitteln aus den Rückflüssen der bereits ausgegebenen Hauszinssteuerhypotheken für den Fall der Inanspruchnahme des Reiches aus den Bürgschaften bereit stand.

Die zur Durchführung dieses Beschlusses an die Aufsichtsbehörden gerichteten Anträge haben erst Ende September zu einer Besprechung im Wohlfahrtsministerium geführt, in der gewisse Schwierigkeiten, die sich nach Ansicht der Aufsichtsbehörden aus der Formulierung der Beschlüsse der städtischen Körperschaften ergeben, bereinigt werden sollten.

In diesen Verhandlungen erklärten die Vertreter des Reiches völlig überraschend für die städtischen Vertreter, daß das Reich sich an Bürgschaften für den Wohnungsbau überhaupt nicht mehr zu beteiligen beabsichtige, wenigstens nicht für solche Gemeinden, die, wie Berlin, sich selbst helfen könnten. Die Vertreter des Reiches beriefen sich auf die Ausführungsbestimmungen, die eine solche Bürgschaftsübernahme nur für kleinere, leistungsschwache Gemeinden vorsahen.

Angesichts der strikt ablehnenden Erklärung der Vertreter des Reiches ist nach Wegen gesucht worden, um die dadurch entstandene Lücke auszufüllen, und den Wohnungsbauantrag an der Hauszinssteuer zu strecken, um damit einen größeren Bauerfolg zu erzielen. Die zweitstelligen Hypotheken — es handelt sich um sogenannte Ib-Hypotheken — sollen zur Finanzierung des Wohnungsneubaus im Rahmen der auch jetzt noch zur Verfügung stehenden Hauszinssteuermittel aus dem Landesausgleichsfonds aufgenommen werden. Sie sind auch bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage jedenfalls für den Berliner Markt tatsächlich noch erhältlich, zumal bindende Erklärungen von Hypothekeninstituten vorliegen.

Der Ausgleich für die entstehende Verteuerung der Zinslasten ist entsprechend der früheren Vorlagen unverändert durch Gewährung von Zinszuschüssen geplant, die aus den Rückflüssen, hauptsächlich Zinsen der bereits ausgegebenen Hauszinssteuerhypotheken, zur Verfügung stehen. Nachdem verschiedene Versuche gescheitert sind, die von den Hypothekeninstituten verlangte zusätzliche Versicherung anderweit bereitzustellen, bleibt nur noch der Weg, an Stelle der ursprünglich in Aussicht genommenen mittelbaren Bürgschaft gegenüber dem Reich nunmehr eine unmittelbare selbstschuldnerische Bürgschaft der Stadt gegenüber den Hypothekengläubigern zu gewähren.

Das Risiko der Stadt aus der Bürgschaftsübernahme wird als erträglich bezeichnet, da ihr für den Fall etwaiger Inanspruchnahme aus der Bürgschaft auch hier durch die Rückflüsse aus den bereits ausgegebenen Hauszinssteuerhypotheken aller Voraussicht nach in genügender Höhe zur Verfügung stehen werden, soweit nicht der Bürgschaftssicherungsfonds schon zur Abdeckung etwaiger Inanspruchnahme ausreicht.

Die Dringlichkeitsvorlage wurde sofort ohne Debatte an den Haushaltsausschuß überwiesen, der sich schon in den nächsten Tagen mit der Vorlage beschäftigen wird, so daß man hoffen kann, daß die Bürgschaft durch Beschluß der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung durchgeführt wird.

(Den Bericht über die gestrige Stadtverordnetenversammlung finden unsere Leser auf der Umseite dieser Beilage.)

Blutiger Abend in Neukölln

Kommunistischer Feuerüberfall auf S.A.-Lokal in der Richardstraße

In der Zeit von 5 Uhr nachmittags bis in die späten Abendstunden hinein haben die Kommunisten gestern in den verschiedensten Stadtteilen Berlins schwere Unruhen verursacht. Obwohl es der Polizei im allgemeinen gelang, Demonstrationszüge schnell aufzulösen und die Tumulte im Keim zu ersticken, haben die kommunistischen Ausschreitungen in zwei Fällen Blut gefordert. In der Stettiner Straße wurden ein Polizeibeamter und ein Kommunist schwer verletzt, und in Neukölln verübten die Kommunisten einen Feuerüberfall auf ein Nazilokal, bei dem vier Personen von Kugeln getroffen und verwundet wurden. Für die Aufklärung der Bluttat hat die Polizei eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt.

Der Ueberfall wurde auf das nationalsozialistische Verkehrslokal im Hause Richardstraße 35 in Neukölln verübt und erinnert in seinen Einzelheiten stark an die blutigen Vorgänge, die sich seinerzeit in Rüntgental abgespielt haben. Kurz vor 37 Uhr, als sich in dem Lokal etwa fünfzehn Personen befanden, wurden von draußen durch die Fensterscheiben mehrere Schuß-Salven abgegeben. Der Wirt des Lokals, Bowe, sein Schwiegersohn Mattschat und der S.-A.-Mann Vorreiter brachen von Kugeln getroffen zusammen. Einer der übrigen Nationalsozialisten wurde leichter verletzt. Bowe, Mattschat und Vorreiter mußten ins Urban-Krankenhaus gebracht werden. Am schwersten sind die Verletzungen Vorreiters, der einen Lungenschuß erhalten hat. Die politische Polizei nahm unter Leitung ihres Chefs, Regierungsdirektors Göhrke, sofort die Ermittlungen am Tatort auf.

Das nationalsozialistische Lokal war schon seit Monaten das Ziel besonderer Angriffe der kommunistischen Presse. Am Donnerstag nachmittag befanden sich im Schankraum acht S.-A.-Leute und sieben weitere Personen. Gegen 37 Uhr stürzte ein Radfahrer in das Lokal und teilte dem Wirt voller Erregung mit, daß sich in der Umgebung verdächtige Gestalten gesammelt hätten. Der Mann hatte kaum sein Rad im Korridor untergestellt, als auch schon von der Straße her Schüsse krachten. Wie später durch Zeugen festgestellt werden konnte, waren drei junge Burschen vor dem Lokal erschienen, hatten ihre Revolver blitzschnell gezogen, durch die Fensterscheiben gefeuert und dann die Flucht ergriffen.

Insgesamt sind 15 bis 20 Schuß abgegeben worden, und zwar nach den bisherigen polizeilichen Feststellungen aus Pistolen des Kalibers 0,8 und 7,6. Ein S.-A.-Mann, der die Verfolgung der Täter aufgenommen hatte, mußte die Jagd nach ihnen schleunigst wieder aufgeben, da die Flüchtlinge im Laufen auf ihn mehrere Schüsse abgaben.

Nach den bisherigen Ermittlungen der politischen Polizei handelt es sich um ein planmäßiges Attentat, das im Rahmen der übrigen kommunistischen Störungsversuche in Berlin zur Ausführung kam.

Es hat überhaupt den Anschein, als ob die Kommunisten, die die für den vergangenen Dienstag nachmittag angesagten Kravalle infolge des starken Polizeischutzes nicht verwirklichen konnten, das „Versäumte“ gestern nachholen wollten. Kurz nach 5 Uhr nachmittags begannen sich zunächst in der Turmstraße in Moabit Demonstrationszüge zu bilden, die jedoch von der Polizei schnell aufgelöst werden konnten. Zu ähnlichen Vorfällen kam es dann in den verschiedensten Stadtteilen, so in der Gegend des Görlitzer Hochbahnhofs, in der Hermannstraße in Neukölln und auch im Westen, an der Ecke Wilmersdorfer und Bismarckstraße.

Polizeibeamter schwer verwundet

Den schwersten Stand hatte die Polizei beim Auflösen eines Demonstrationszuges in der Badstraße im Norden Berlins. Hier hatte sich ein kommunistischer Demonstrationszug von etwa 100 Teilnehmern gebildet, die gegen eine Doppelstreife der Polizei sofort tätlich vorgingen. Ein Polizeiwachtmeister wurde mit einem Schlagring zu Boden geschlagen und so schwer verletzt, daß er später ins Staatskrankenhaus gebracht werden mußte. Als die Kommunisten Miene machten, den verwundeten Beamten zu mißhandeln, zog der andere Polizeibeamte, um seinen Kameraden zu schützen, seinen Dienstrevolver und streckte einen der Angreifer, den 20jährigen Kaufmann Otto Gaide aus der Puttbusser Straße durch einen Bauchschuß nieder. Erst jetzt ergriffen die Demonstranten die Flucht. Als die Polizei dann die Straße mit verstärkten Kräften säuberte, konnten fünf der Demonstranten festgenommen werden. Gaide wurde als Polizeigefangener ins Virchow-Krankenhaus transportiert.

Nach diesem schweren Zusammenstoß kam es zu weiteren Tumulten in der Großgörschenstraße, Danziger, Ecke Dunckerstraße, vor allem aber in der Umgebung der Kreuzung Potsdamer und Pallasstraße. An dieser Stelle hatten sich Demonstranten zusammengerottet, die, wie auch bei den anderen Demonstrationen unter den Rufen „Gebt uns Brot“ und „Nieder mit den Faschisten“ die Straße entlang zogen, vier Fensterscheiben des nationalsozialistischen Lokals Wilhelma durch Steinwürfe zertrümmerten. Das Ueberfallkommando, dem es erst nach längerer Zeit gelang, die Demonstranten zu zerstreuen und Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, nahm hier fünf Sistierungen vor. Insgesamt wurden über 20 Personen zwangsgestellt und der Abteilung 1 A im Polizeipräsidium eingeliefert.

Gleichzeitig mit den kommunistischen Ausschreitungen erfolgten in Berlin zahlreiche Lebensmittelplünderungen. Unter anderm brach eine Rotte junger Burschen in das Lebensmittelgeschäft im Hause Scharnstraße 32 ein, wo sie raubten, was ihnen in die Hände kam. In der Bornholmer Straße 80 drangen fünf junge Burschen mit vorgehaltenen Waffen in eine Butterhandlung ein, hielten die Angestellten mit den Pistolen in Schach und raubten aus der Ladenkasse 60 Mark. Auf der Flucht wurde einer der Täter von Passanten festgehalten, doch bald wieder von seinen Helfershelfern befreit, so daß alle fünf entkommen konnten.

*

Wie verlautet, ist es der politischen Polizei gelungen, den Schützen zu ermitteln, dem am Sonnabend in Lichtenberg der frühere Nationalsozialist Kurt Nowak zum Opfer gefallen ist.

Favag-Prozeß vertagt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

FRANKFURT A. M., 15. OKTOBER

Im Prozeß gegen die Schuldigen am Zusammenbruch der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs A.-G. (Favag), über dessen Beginn wir im gestrigen Abendblatt berichteten, stritten die Angeklagten jede strafrechtlich erfaßbare Schuld am Zusammenbruch der Favag ab. Lediglich der Direktor der zum Favag-Konzern gehörigen Südwestdeutschen Bank, Sauerbrey, gab zu, daß er sich in einer Reihe von Fällen, welche die Anklageschrift aufführt, schuldig fühle.

Der Syndikus der Favag, Dr. Kirschbaum, erklärte, er sei nur als Sündenbock in den Vordergrund geschoben worden. Die öffentliche Meinung sei von den wirklichen Ursachen des Zusammenbruchs abgelenkt worden. Er, Kirschbaum, könne an einer Reihe von Fällen aus der Nachkriegszeit beweisen, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe Bagatellen seien im Vergleich zu Vorgängen in andern Wirtschaftskreisen, in denen kein Mensch eine Untreue erblickt habe.

Die Verhandlung wird darauf bis zum nächsten Montag vertagt.

Was ich noch sagen wollte...

Arme Jugend

In einer Stadt Mitteldeutschlands überfielen Untertertianer einen Klassengenossen und verprügelten ihn so, daß er an den Folgen der Prügelei starb. Es war eine wohlüberlegte und wohlvorbereitete Züchtigung, die die Jungens ihrem Kameraden angedeihen ließen, weil er, man höre, ein besseres Zeugnis als sie es vorzuweisen hatten, nach Haus brachte.

Dem unglücklichen Jungen haben sie eine „Abreibung“ geben wollen, wie der Volksmund sagt, denn daß sie von vornherein die Absicht hatten, ihn „umzulegen“, ist nicht wahrscheinlich.

Aber „umlegen“ und „Abreibung“ sind parteiideologische Wendungen, die der Jugend geläufig sind und die sie von den Erwachsenen gelernt haben, von den Erwachsenen, die schuld sind an allem, was die Jugend angeht und an diesem Mord am Klassenkameraden.

Nicht um eine Prügelei, wie wir sie in unserer Jugend auch hatten, handelt es sich hier. Ein Gefühl kommt hier in Frage, das wir in diesem Ausmaß früher gar nicht kannten. Es ist Haß. Abgrundtiefer, leidenschaftlicher, besessener, verbohrter Haß.

Wir sind so recht mittendrin im gegenseitigen Hassen aus politischen Gründen, was wir denken, tun, reden, ist Haß. Und das alles vor den Kindern. Sie sehen in unsere Augen, was spricht aus ihnen? Haß!

Zu Haus hören die Kinder nur noch von den „andern“ als von Lumpen und Banditen sprechen, die man am besten am nächsten Baum aufhängen sollte, da sie doch schuld an allem Elend seien, und die es unschädlich zu machen gilt.

Ja, so reden wir. Weil es uns schlecht geht. Weil wir im Unglück geneigt sind, jede Haltung zu verlieren. Wir besitzen nicht mehr genug Kontrolle über uns selbst und lassen den Haß in uns wüten. Wir nähren ihn noch, ja, wir pflegen ihn, weil uns das guttut, und verderben damit unsere Kinder.

Ja, viele mißbrauchen die Jugend sogar. Schicken sie auf die Straße, damit sie schreie. So lehren wir sie es noch, zu hassen. Abscheulich zu sein und gemein zu werden, verächtlich und niedrig von dem Gegner zu denken.

Wer weiß, wie viele Jungen sich noch gegenseitig totschlagen werden. Arme Jugend, man kann sie nur bedauern. Schuld sind wir Erwachsenen.

hull

Alt-Landsberg verhängt Winterhilfssteuer. Die Stadtverordneten von Alt-Landsberg haben beschlossen, alle Einkommen über 400 Mark monatlich mit einer zehnprozentigen Sondersteuer zugunsten der Winterhilfe zu belegen. So begrüßenswert auch die Absicht ist, so gibt der Beschluß der Stadtverordneten, der nur mit einer Stimme Mehrheit angenommen wurde, doch zu starken Bedenken Anlaß. Das letzte Wort in dieser Sache werden wohl die staatlichen Aufsichtsbehörden zu sprechen haben.

Stillegung des Wasserwerks Teufelssee. Die Stadt Berlin hatte sich, wie berichtet, geweigert, das Wasserwerk Teufelssee stillzulegen, während die Charlottenburger Wasser- und Industriewerke A.-G. auf Grund der Vertragsverhältnisse diese Maßnahme zum 4. Oktober dieses Jahres verlangte. Nunmehr hat die Charlottenburger Wasser- und Industriewerke A.-G. eine einstweilige Verfügung auf Stillegung dieses Wasserwerkes erwirkt.

Dreifacher Raubmord auf der Landstraße. Zwei polnische Geschäftsleute, die mit einem Fuhrmann aus Krakau zurückkehrten, wurden auf der Landstraße zwischen Krakau und Zarnowice von Räubern überfallen, die sie mit einem Kugelregen überschütteten. Sie waren sofort tot, während der Fuhrmann erst nach heftigem Kampf von den Banditen überwältigt und getötet wurde. Die Mörder beraubten die Toten ihrer Barschaft und fuhren mit dem Wagen davon. Auf Grund der bisherigen Ermittlungen der Polizei sind 16 Personen als der Tat verdächtig verhaftet worden.

Der Bürgermeister von Köpenick

Lehren aus dem Sklarek-Skandal

Wer soll lernen aus dem Skandal um die Brüder Sklarek? Vielleicht brauchen wir uns nicht hochmütig auszuschließen; vielleicht gibt es für uns alle bei dieser Gelegenheit etwas zu lernen.

Aus dem Riesenkomplex der Anklage kommen zur Sprache die Verluste der K. W. G., will sagen der Kleiderverwertungsgesellschaft, aus der Zeit, da dieses sogenannte Unternehmen noch nicht an die Brüder Sklarek abgeschoben worden war. In den Jahren, die hier eine Rolle spielen, besaß die Stadt sämtliche Anteile der G. m. b. H., es gab Geschäftsführer oder Direktoren, die der Magistrat ernannte, und es gab einen Aufsichtsrat, in den man entweder vom Magistrat oder von der Stadtverordnetenversammlung delegiert wurde, unter der juristischen Form einer Wahl durch die Gesellschafter-Versammlung. Der Aufsichtsrat wählte sich seinen Vorsitzenden, und das war in den Jahren, die hier eine Rolle spielen, der Mitangeklagte Kohl.

Die K. W. G. kaufte hauptsächlich bei den Sklareks. Sie kaufte, behauptet die Anklage, weit über ihren Bedarf. Sie kaufte, um den Brüdern Sklarek Aufträge zuzuwenden und mit Hilfe dieser Aufträge ihnen unter dem Namen von Krediten und Vorauszahlungen unerhört hohe Summen von seiten der Stadt Berlin zu verschaffen. Und sie tat dies, weil ihr Aufsichtsratsvorsitzender Kohl von den Brüdern Sklarek bestochen war. So behauptet die Anklage.

Der Angeklagte Kohl soll sich äußern, und es entspinnt sich folgendes Gespräch:

Vors.: Wußten Sie, daß die Firma Sklarek Zahlungen erhielt, bevor sie Ware geliefert hatte?

Angekl. Kohl: Um die Vorauszahlungen habe ich mich nicht gekümmert.

Vors.: Aber Sie waren doch Vorsitzender des Aufsichtsrats.

Angekl.: Ich habe mich auf die Geschäftsführer verlassen.

Vors.: Aber einer der Geschäftsführer mußte doch bald danach wegen Unregelmäßigkeiten hinausgeworfen werden.

Angekl.: Ich hielt ihn für vertrauenswürdig.

Vors.: Worauf stützten Sie Ihr Vertrauen?

Angekl.: Es kamen doch die Organe der Stadtrechnungskammer und prüften nach. Monita wurden nicht erhoben. Ich kann mich doch nicht selbst um die Bücher kümmern.“

Vors.: „Wollen Sie sagen, Sie waren anderweitig zu sehr beschäftigt?“

Angekl.: „Mehr kümmern sich doch andere Aufsichtsratsvorsitzende auch nicht.

Vors.: Wußten Sie, daß mit Verlust gearbeitet wurde?

Angekl.: Ich wußte es erst zum Schluß.

Vors.: Aber schon die Bilanz für 1925 weist ein Defizit von 700 000 Mark auf. Worauf beruht denn das Ihrer Meinung nach?

Angekl.: Ich nahm an: auf dem schlechten Geschäftsgang.

Vors.: Kümmerten sie sich um Einzelheiten der Bilanz?

Angekl.: Jawohl. Zum Beispiel wurden die Abschreibungen besprochen.

Vors.: Warum machten Sie Abschreibungen?

Angekl.: Das ist doch überall so.

Vors.: Kümmerten Sie sich um den Einkauf?

Angekl.: Größere Einkäufe wurden mit mir besprochen.

Vors.: Verstanden Sie denn etwas davon?

Angekl.: Ich konnte doch die Preise beurteilen. Wir haben sehr billig eingekauft.

Vors.: Aber trotzdem mußten Sie die Ware unter dem Einkaufspreis loschlagen. Kommt es denn nicht auf den Bedarf an?

Angekl.: Wir wollten ja grade den Bedarf durch billige Preise heben.

Vors.: Sind Sie die Ware denn losgeworden?“

Angekl.: Das nehme ich doch an.

Vor Gericht wird niemand den Eindruck gewonnen haben, daß der Kandidat Kohl die Eignungsprüfung für den Posten eines Aufsichtsratsvorsitzenden der K. W. G. bestanden habe. Wieso konnte er das Examen vor der Stadt Berlin bestehen? Wer ist denn dieser Herr Kohl eigentlich?

Nun, nicht irgend jemand; sondern einer, der 1923 zum Bürgermeister von Köpenick ernannt wurde. Vorher war er unbesoldeter Stadtrat. Und noch früher reiste er in Weißwaren. Er war Agent.

Nichts gegen den ehrenwerten, fleißigen und tüchtigen Stand der Agenten. Aber vielleicht wäre unser Herr Kohl Agent geblieben, wenn auch er sich dabei als fleißig und tüchtig erwiesen hätte. Statt dessen ging er in die Politik. Er wurde Stadtverordneter, und als er es so weit gebracht hatte, wurde er auch bald Stadtrat und Aufsichtsratsvorsitzender. Das heißt, er stand an der Spitze eines Unternehmens, das Millionen umsetzte. Welche kaufmännische Tüchtigkeit hätte er beweisen müssen, um es als Agent ebenso weit zu bringen!

Wie kommen solche Leute auf solche Posten? Weil Sie, verehrter Leser, sich um die Angelegenheiten Ihrer Stadt nicht kümmern. Weil Sie Ihr eigenes Geschäft betreiben und sich für die Geschäfte der Stadt zu schade sind. Schön. Aber dann dürfen Sie sich nicht beklagen, daß die Stadt Geschäfte von denjenigen besorgen läßt, die sie haben kann, und nicht erst lange fragt, ob sie auch dazu taugen.

Dies zum Beispiel gibt es bei Gelegenheit des Sklarek-Skandals zu lernen.

Inquit.

Ständiger Magistratsvertreter beim Sklarek-Prozeß

Zu den Beschuldigungen, die gestern im Sklarekprozeß gegen verschiedene städtische Beamte und Angestellte erhoben worden sind, hat der Oberbürgermeister in folgender Erklärung Stellung genommen:

„In der gestrigen Verhandlung des Sklarek-Prozesses sind gegen verschiedene städtische Beamte, die sich teilweise noch im Amt, teilweise nicht mehr im Amt befinden, schwere Anschuldigungen erhoben worden. Der Oberbürgermeister der Stadt Berlin hat deshalb mit Zustimmung des Vorsitzenden des Gerichts den Obermagistratsrat Dr. Liebredt als offiziellen Beobachter entsandt, der ihn zunächst laufend und dann später in einem zusammenfassenden Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen unterrichten soll.

Mit Rücksicht darauf, daß der Oberbürgermeister nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen kann, sieht er auch bis auf weiteres davon ab, zu den Beschuldigungen, die gegen die verschiedenen städtischen Beamten und Angestellten, sei es, daß sie sich noch im Amt oder nicht mehr im Amt befinden, erhoben werden, öffentlich Stellung zu nehmen.

Es ist anzunehmen, daß die angeschuldigten Beamten und Angestellten im Lauf des Prozesses als Zeugen zu den gegen sie erhobenen Angriffen selbst Stellung nehmen werden. Der Oberbürgermeister behält sich die Prüfung des Ergebnisses des Prozesses vor und wird, soweit die städtische Verwaltung in Betracht kommt, erst dann pflichtgemäß Stellung nehmen, sobald sich aus der Urteilsbegründung oder aus dem Bericht des von ihm offiziell entsandten Beobachters die Notwendigkeit zum weiteren Einschreiten ergeben sollte.“

Kürzung der Stadtverordneten-Diäten

Durch Beschluß des Stadtparlaments

Die gestrige Sitzung der Berliner Stadtverordneten verlief weit ruhiger als man nach der Tagesordnung ursprünglich angenommen hatte. Die wichtigen Punkte wurden fast durchweg abgesetzt und über die zur Verhandlung stehenden Themen wurde derartig lange debattiert, daß nicht sehr viel erledigt werden konnte. **Der wichtigste Beschluß ist die Herabsetzung der Diäten der Stadtverordneten und Bezirksverordneten. Nach diesem Beschluß wird in Zukunft der Stadtverordnetenvorsteher eine Aufwandsentschädigung von 471 Mark monatlich erhalten; die Stadtverordneten werden für jede Plenarberatung und für jede Sitzung des Stadtgemeindeausschusses statt 12 Mark in Zukunft 9,50 Mark bekommen. Für Sitzungen der Ausschüsse und Deputationen sind statt 6,— nur noch 4,80 Mark angesetzt worden. Für die Sitzungen der Bezirksversammlungen erhalten die Bezirksverordneten in Zukunft 3,80 M, für Sitzungen der Ausschüsse und Deputationen der Bezirksversammlungen 2,30 Mark.**

Ueber diese an sich nicht sehr wichtige Angelegenheit wurde weit über zwei Stunden debattiert. Im Verlauf dieser Diskussion trat der Staatsparteiliche Abgeordnete Zobel den Angriffen der Nationalsozialisten und Kommunisten gegen den Ausschußantrag sehr wirkungsvoll entgegen. Wenn die Kommunisten, so führte er aus, immer wieder erklärten, daß ein Teil der Diäten in die Parteikasse abgeführt werden, so müsse er es als einen unerhörten Zustand bezeichnen, daß aus öffentlichen Mitteln Parteikassen gespeist werden. Die nationalsozialistische Demagogie beweise am besten die Tatsache ihres Verhaltens im Reichstag, wo sie sich bereit erklärt hätten, den Erwerbslosen die Diäten zur Verfügung zu stellen, die sie längst abgeboben hatten.

Die Deutschnationalen verlangten durch den Stadtverordneten Steiniger die völlige Streichung der Aufwandsentschädigung für den Stadtverordnetenvorsteher. Sie fanden jedoch mit diesem Antrag ebenso wie andere Parteien mit weitergehenden Anträgen keine Mehrheit.

Zu Beginn der Sitzung wurde eine deutschnationale Anfrage über einen Studienrat Werner vom Weißenseer Gymnasium verhandelt, in der Studienrat Werner die Beteiligung an hochverräterischen Bestrebungen in den Jahren 1918 und 1919 zum Vorwurf gemacht wurden. Der deutschnationale Stadtverordnete Merkel verlas zur Begründung der Anfrage eine Broschüre, in der Studienrat Werner beschuldigt wurde, gegen Ende des Krieges Neutomischel an die Polen verraten zu haben. Dies soll er getan haben, obwohl er sich damals nationalistisch und antisemitisch gebärdete. Auch heute sei er offenbar wieder nationalistisch eingestellt.

Stadtschulrat Ardahl erklärte daraufhin, das Provinzialschulkollegium habe sich trotz mehrfacher Untersuchungen zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens bisher nicht entschließen können. Auf Grund der jetzt vorgebrachten Behauptungen werde erneut festgestellt werden müssen, ob es notwendig sei, Maßnahmen gegen Studienrat Werner zu treffen.

Die Auseinandersetzungen der Stadt mit den Gemeinden Wußmannsdorf, Tasdorf und Selchow anläßlich der Auflösung der entsprechenden Gutsbezirke wurden einstimmig genehmigt. Schließlich kamen noch die Vorlagen und Anträge zur Beratung, die sich mit der Abwicklung der Volksbühnebetriebe beschäftigen. Nach längerer Diskussion wurde die Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Dann gab es noch eine Debatte über Grundstückskäufe, die alle beschlossen wurden mit Ausnahme des Kaufes des Oberlyzeum-Grundstücks in Schöneberg, worüber der Grundstücks-Ausschuß nochmals beraten soll.

Eine nicht sehr bedeutsame Abänderung der Bierstreuerordnung wurde zum Schluß mit 74 gegen 73 Stimmen angenommen.

Die wichtigsten Fragen des Calmette-Prozesses

LÜBECK, 15. OKTOBER

Gegen Schluß der Nachmittagssitzung, nachdem es wiederum zu schweren Zusammenstößen zwischen den Rechtsanwälten und dem Vorsitzenden gekommen war, holte der zweite Staatsanwalt, Freiherr von Beust, zu einem entscheidenden Schlag aus. Einleitend bemerkte er, er wolle dem Angeklagten Dr. Altstaedt jetzt einige Fragen vorlegen, die er für die wichtigsten des ganzen Prozesses halte. Die Fragen lauten: 1. **„Warum hat der Angeklagte die Bevölkerung nicht restlos über das Calmette-Präparat aufgeklärt?“**

Dr. Altstaedt: Wir wollten unter allen Umständen das Wort Impfung vermeiden, weil dieser Ausdruck die Bevölkerung scheu gemacht hätte. **Wir haben dafür das Wort Fütterung gesetzt.** Im übrigen ist aber auch in der Presse ein großer aufklärender Artikel über das Calmette-Präparat erschienen.

Auf die Bemerkung des Staatsanwalts, daß in dem betreffenden Artikel immer von „unschädlich gemachten Bazillen“ die Rede war, während es sich in Wirklichkeit um lebende Tuberkelbazillen handelte, erwidert Altstaedt, **er habe den Ausdruck „unschädlich gemachte Bazillen“ für eine genügende Aufklärung gehalten.**

2. Warum hat der Angeklagte in dem Artikel nicht auch gesagt, daß eine gesetzliche Einführung des Calmette-Verfahrens in Deutschland nicht geplant werde?“

Altstaedt antwortet ausweichend.

Rechtsanwalt Wittern weist darauf hin, daß **in der Calmette-Propaganda des Lübecker Gesundheitsamts weder das Wort „Impfung“ noch das Wort „Schutzfütterung“** vorkomme. Von Schutzfütterung ist nur in dem Formular die Rede, das die Eltern unterschreiben mußten, und in dem ihnen die ganze Verantwortung für die Folgen der Anwendung auferlegt wird. „Verschweig man diese beiden Worte Impfung und Schutzfütterung, um die Bevölkerung im Dunkeln zu lassen?“

Altstaedt: „Die Propaganda ist ohne jede Nebenabsicht den Calmetteschen Propagandazetteln nachgebildet.“

Oberstaatsanwalt: „Bei Calmette aber steht das Wort Impfung mehrmals.“

Staatsanwalt Beust: „So! Das genügt mir.“

Damit wird die heutige Verhandlung geschlossen.

Straßenräuber durch Zufall überführt. Zwei Kassenboten des Finanzamts Nord wurden gestern mittag auf offener Straße von zwei Männern überfallen. Einer von ihnen wurde durch einen Schuß verletzt; als er stolperte, entrissen ihm die Räuber seine Aktentasche mit 23 625 Mark Inhalt und flüchteten in einem bereitstehenden Auto. Der zweite Bote alarmierte sofort die Polizei. Kurz darauf fiel einer Dame in einer Nebenstraße ein Mann auf, der mit einem Handkoffer aus einem Kraftwagen in ein Haus eile. Obwohl sie von dem Raub nicht unterrichtet war, machte sie das auf seiner Fahrt zum Tatort vorüberkommende Auto des Ueberfallkommandos auf den Mann aufmerksam. Dadurch konnte der Räuber, ein 27jähriger Landwirt, verhaftet werden; das Geld fand sich vollzählig im Hausflur versteckt vor. Der Mittäter ist entkommen.

„Kreuzbild-Rätsel.“ Neuartige, lustige Rätsel-Bilder von heute an im „Tempo“.

Von kleinen und großen Arbeitslosen. Abgebaut, arbeitslos, auf die Straße gesetzt, ein Schicksal, von dem heute Millionen von Volksgenossen schuldlos betroffen sind. Von den körperlichen und seelischen Qualen eines Menschen, der längere Zeit diesem Heer der Arbeitslosen angehört, sprach Karl Conrad in einer Versammlung der Liga für Menschenrechte. Das Thema hieß: Fürstenabfindung, Großpensionen und Erwerbslose. Die Unterstützungssumme ist selbst in der höchsten Stufe äußerst gering; aber schlimmer noch als die materielle Not ist die ungeheure seelische Depression, die den Arbeitslosen nach kurzer Zeit befällt. Die fürchterliche Langeweile eines unausgefüllten Daseins, der ewige Druck, unter dem er lebt, die Angst, seine Kenntnisse zu verlieren und das Arbeiten zu verlernen, das stundenlange Schlangestehen beim Abheben seiner Unterstützung, die Demütigungen, denen er oft ausgesetzt ist, machen ihm das Leben zur Hölle. Auch unter den Wohlfahrtsbeamten gibt es Himmelstöße, und ein solcher Qualgeist versündigt sich mehr an der Seele der Arbeitslosen, als tausend humane und wohlgesinnte Beamte gutmachen können. Ist die Zeit der Arbeitslosenunterstützung abgelaufen, kommt die Krisenfürsorge, und schließlich fällt man der Wohlfahrt anheim. Es ist ein langer Leidensweg, der immer tiefer und tiefer bergab führt. Manch einer, der es sich nicht hat träumen lassen, kommt unter die Räder der Justiz und endet im Gefängnis. Und dieses Heer der Arbeitslosen wächst mit jedem Tag. Fünf Millionen sind es jetzt, d. h. mehr als die Bevölkerung Berlins beträgt, mehr als im Freistaat Thüringen wohnen. Angesichts dieser Not begreift das Volk nicht, daß Geld dafür da ist, um den alten Beamten, Generalen und Admiralen des kaiserlichen Deutschlands Pensionen zu zahlen, die sich zwischen 12 000 und 17 000 Mark pro Kopf bewegen, und noch weniger versteht es, daß man auch heute noch an die ehemaligen Fürstenhäuser Abfindungen von Hunderten von Millionen zahlt. Es ist dem Arbeitslosen, der in Not und Elend dahinsiecht, auch völlig gleichgültig, daß diese Pensionen wohlerworbene Rechte sind, die durch Artikel 129 der Reichsverfassung geschützt sind. Er meint, daß auch sein Recht auf Arbeit, auch sein Recht auf ein menschenwürdiges Dasein wohlerworben und schützenswert ist. Es ist ein furchtbares Feuer, das in den Herzen von Millionen Erwerbslosen glüht und brennt, ein Feuer, an dem die radikalen Parteien sich ihre Süppchen wärmen. Es mag nicht alles zutreffen, was Arthur Holitscher und Karl Emonts vom Bankbeamtenverein, der eine mit hinreißendem Temperament, der andere mit kühler, ironischer Sachlichkeit, ausführten. Es mag manches übertrieben, manches schief dargestellt sein; aber die nüchternen Zahlen, die Dr. Woelter aus dem Material des Reichstags verlas, sprechen eine deutliche Sprache für jeden, der Ohren hat, zu hören. Die Fürsorge für die Arbeitslosen ist eines der schwersten Probleme, die die bürgerliche Gesellschaft zu lösen hat, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will.

e. cz.

Zuchthausurteil im Friedenauer Gattenmordprozeß. Der 50jährige Tischler Paul Basche, der, wie berichtet, seine Ehefrau im Streit durch Hammerschläge auf den Kopf getötet hat, wurde vom Schwurgericht des Landgerichts II zu sechs Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Kaiser Friedrich und Ludwig Bamberger. Im Demokratischen Klub, Wittoriastraße 24, spricht am heutigen Freitag, abends 8 Uhr, Dr. Ernst Feder über: Kaiser Friedrich und Ludwig Bamberger. Auf Grund der bisher unveröffentlichten Tagebücher Ludwig Bambergers bringt der Vortragende vollkommen neues Material. Gäste willkommen.

Absturz nach dem Prüfungsflug. Auf dem Segelflugschulgelände am Dörnberg bei Kassel löste sich in etwa 50 Meter Höhe eine Tragfläche des Segelflugzeuges des Jungfliegers Völkert aus Hildburghausen. Das Flugzeug stürzte ab. Der Führer der Maschine wurde mit schweren Verletzungen in ein Kasseler Krankenhaus gebracht.

Vereine, Vorträge, Veranstaltungen. Heute, Freitag: Demokratischer Klub, 8 Uhr, im Demokratischen Klub, Wittoriastraße 24, Rechtsanwalt Dr. Ernst Feder über „Kaiser Friedrich und Ludwig Bamberger“. — Sozialrepublikaner, Gruppe Norden, Sportpalastwirt, Cantianstraße, 20¾ Uhr, Redner: Dr. Herrmann „Wirtschaftspolitik“. Dr. Gillow „Politische Lage“. — Cercle franco-allemand, 20¾ Uhr, Restaurant Bahnen, Mollendorfplatz 1, Mme. Naudini „Les Français et le Canada“. — Centro Hispania, Kurfürstendamm 18-19, Kaffee des Westens, 21 Uhr, Conferencia del Sr. Frowein „Berbenos“. — English Conversational Club 8 p. m. Café König, Leipziger Straße Nr. 117-118. Lecturer: Miß Ballerstedt on: „The Aim of Life“.

Grippe
SODENER Pastillen beugen vor

SPORT / SPIEL UND TURNEN

SCHRIFTLEITER: DR. WILLY MEISL, BERLIN

Holland besinnt sich

Doch noch Olympia-Expedition nach U. S. A.

In Holland dämmert nach und nach die Erkenntnis, daß der Beschluß des Olympischen Komitees, die Olympischen Spiele 1932 in Amerika nicht zu beschicken, voreilig und unklug war. Der Eindruck in Amerika — und auch in allen anderen Sportländern — ist naturgemäß recht peinlich gewesen, und die Holländer befürchten, daß man ihnen ihren Beschluß sehr übelnehmen wird, zumal man die Begründung — finanzielle Schwierigkeiten nicht versteht.

Es regen sich deshalb in Holland in der Presse und in der wirtschaftlich an Amerika interessierten Oeffentlichkeit immer zahlreicher die Stimmen, die eine Rückgängigmachung der Absage befürworten. Holland sei durchaus in der Lage, auch wenn die Regierung keine finanzielle Unterstützung gewähre, eine kleine Expedition aussichtsreicher Wettkämpfer, wenn nicht nach Lake Placid so doch nach Los Angeles zu den Hauptspielen, zu schicken. Der Springer Berger, der Dreispringer Peters, die vorzüglichen Reiter, und namentlich die holländischen Schwimmerinnen, würden zusammen eine Mannschaft ergeben, die Holland würdig repräsentieren könne. In den Niederlanden ist also noch nicht das letzte Wort gesprochen, zumal der Verkauf der Lose für die olympische Lotterie ganz gute Anfangsergebnisse gezeitigt hat.

Die D. T. sorgt für Klarheit

Richtlinien für die Hallen-Sportfeste

Der Oberturnwart der Deutschen Turnerschaft hat vor Beginn der neuen Hallen-Sportsaison Richtlinien herausgegeben, an die sich die Wettkämpfer der D. T. zu halten haben. Zunächst wird als selbstverständlich angesehen, daß sich die Turner in erster Linie an Hallensportfesten der D. T. beteiligen. Darüber hinaus kann der Oberturnwart der D. T. jedem Wettkämpfer die Teilnahme an vier Hallensportfesten der D. S. B. genehmigen. Der betreffende Wettkämpfer kann sich diese Feste selbst auswählen. Die Genehmigung wird jedoch nicht erteilt, wenn er für den gleichen Tag zu einem Hallensportfest der D. T. eingeladen worden ist.

Oesterreichs Ultimatum an Ungarn

Die bedauerlichen Vorfälle anläßlich des Fußball-Länderspieles Ungarn—Oesterreich am 4. Oktober in Budapest, bei denen es auch zu Angriffen gegen den deutschen Schiedsrichter Dr. Baumes-Köln kam, haben den Oesterreichischen Fußball-Bund zu einem offiziellen Schreiben veranlaßt, in welchem er den Ungarn erklärt, Oesterreich müsse es ablehnen, seine Nationalmannschaft noch einmal einer Stellungnahme der Budapester Zuschauermassen auszusetzen, die jeden regulären Spielverlauf unmöglich gestalte. In dem Sportverkehr mit Ungarn müsse zunächst eine Pause eintreten, bis für ausreichende Sicherungen der Sportplätze in Budapest gesorgt sei. Zur Zeit sei es infolge dieser unzureichenden Sportplätze den leidenschaftlichen Publikum leicht, Spiele in einer Weise zu beeinflussen, die eine Gastmannschaft verhindere, anzutreten. Die ganze Angelegenheit wird einen der Tagungspunkte der Mitropacup-Konferenz bilden, die am 12. und 12. November in Wien stattfindet.

Spichernring bringt Hampacher

Der Tscheche kämpft gegen Hartkopp

Im Spichernring wird heute wieder eine der sich alle zwei Wochen wiederholenden Kampfabende abrollen. Das Programm bietet zwar nichts Außergewöhnliches, aber es übertrifft den kümmerlichen Rahmen der letzten Sportpalast-Pleite doch erheblich. Mit dem Halbschwergewichtskampf zwischen Helmuth Hartkopp, der sich vor 1½ Jahren im Fight mit Heuser die Kinnlade brach, und dem tschechischen Doppelmeister Josef Hampacher ist sogar eine sehr interessante Paarung geglückt. Hartkopp nähert sich langsam wieder seiner besten Form und ist technisch vielseitiger, aber der Tscheche ist härter, größer, hat internationale Ringpraxis, überlegene Reichweite, und — den Wunsch, nach Berlin zu übersiedeln. Das müßte schon ein ganz großer Hartkopp sein, der da Hampacher zu schlagen vermag.

Wie sich Sabotte-Berlin mit dem unverwüstlichen Koblenzer Heser, besonders mit dessen Rechtsauslage, abfinden wird, bleibt abzuwarten. Als drittes Halbschwergewichtspaar stellen sich Völtner-Berlin und Nielsen-Hamburg vor, wobei der technisch bessere Berliner nach Punkten liegen müßte. Harry Stein muß den Schiefer Kaletta auspunkten können, wenn er nicht wieder vorzeitig „abbaut" und für Kohler kann es — gegen den Debutanten Hennig-Spandau — ebenfalls einmal langen.

Ein Kuriosum: „Heros" stellt hier fünf Mann. Kohler, Stein, Völtner, Hartkopp und Sabotte lernten im schwarz-grünen Dreß. Den Amateurvereinen geht es schlecht. Vielleicht geht man später einmal dazu über, ihnen einen geringen Prozentsatz der Börse — etwa 10 Prozent — zu überlassen. Das wäre für die Mühe der Ausbildung schöner Lohn. Beginn 20¼ Uhr.

Finale im Mitropacup. Das Schlußspiel um den Mitropacup ist zu einer reinen Wiener Angelegenheit geworden, da sich die Venna und der W. A. C. dafür qualifizierten. Die Termine für das Finale sind jetzt festgelegt worden. Das erste Schlußspiel kommt am 7. November auf dem W. A. C.-Platz zur Durchführung, das Rückspiel wird am 12. November auf der Hohen Warte in Wien ausgetragen.

Heluan versagte

Vigor Sieger im Großen Preis von Grunewald

Das war ein schwacher Auftakt zum Tag des Großen Preises der Republik. Obwohl sportlich ganz Gutes geboten wurde, fiel der Besuch verhältnismäßig schlecht aus. Dem Hindernis-Sport auf der Grunewald-Bahn wird von jeher unverständlicherweise wenig Interesse entgegengebracht.

Der Große Preis von Grunewald, mit 8000 Mark ausgestattet und von zehn älteren Steeplern bestritten, endete, wie im Vorjahre, mit einer Ueberraschung. Der Favorit Heluan galoppierte von Beginn an unwillig und verlor unter der Peitsche derart die Lust, daß er angehalten werden mußte. Um die Führung machte sich bis zum Bogen Gulbrand verdient. Hinter dem Hengst, der dann fix und fertig war, marschierte die hervorragend springende Meute. Aber auch ihr Können reichte nur bis zum Beginn des Einlaufs. Dann zog Bigor in Front, heftig angegriffen von Helgoländer, der jedoch knapp, aber sicher abgefertigt wurde. Der Sieger gehört dem einstigen Herrenreiter-Champion Adrian v. Borcke und wird auch von diesem trainiert. Der Große Preis stellte also eine hübsche Gabe zu der unmittelbar bevorstehenden Hochzeit des jetzigen erfolgreichen Trainers dar.

Der Totalisator bezahlte Vigors Sieg mit der hübschen Summe von 100 : 10. Die „tägliche Doppelwette", zum ersten Male auf einer Berliner Hindernisbahn angewandt, erbrachte auf Vigor plus Priester eine Quote von 226.

Eine zweite noch größere Ueberraschung bedeutete der Sieg des Dreijährigen Felek über so hoch erprobte alte Gefährten wie Thüringen und Markgräfin. Im übrigen gab es eine Reihe von Favoriten-Siegen mit verhältnismäßig geringen Quoten, die von geringen Wettumsätzen Zeugnis ablegten.

Bernstein-Jagdrennen (2300 M. 3400 Met.): 1. Gest. Ebbesloh's Paroli (Kusserow); 2. Lanaletta (Ackermann); 3. Vorgia (Wolff). F.: Kermaf. Gigiane XVI. Eminenz. Kit Bif. Autos. Monte Carlo. Kill. 10 bis 8 Lg. Tot.: 25, Pl. 16, 16, 24. — *Savoyard-Jagdrennen* (2300 M. 3600 Met.): 1. Verbands Deutscher Herrenreiter Redberg (Lt. v. Wadenfels); 2. Tell (Gr. Ruppredt); 3. Rheinart (Frhr. v. Imhof). F.: Mecku II, Lohland, Markolf, Korina. 10—15 Lg. Tot.: 20, Pl. 14, 21, 21. — *Oper-Hürdenrennen* (2300 M. 3000 Met.): 1. F. Wriedts Priester (Hauser); 2. Gallia (Kufulies); 3. Prinzessin (Ahr). F.: Ruch einer, Reichenbach, Eilstag, Landjunker, Blauer Vogel. 2½—6 Lg. Tot.: 18, Pl. 13, 17, 34. — *Lokal-Flachrennen* (2800 M. 1800 Met.): 1. A. Schumanns Immerfort (Dr. Liebrecht); 2. Liebhaberei (Lt. v. Fiebrstein); 3. Lystas (Lt. v. Holten). F.: Gassenjunge, Mibgard, Malatetta, Aurelian. 1—1 Lg. Tot.: 24, Pl.: 13, 22, 22. — *Großer Preis von Grunewald* (Ehrpr. u. 8000 M. 4000 Met.): 1. A. v. Borckes Bigor (Unterholzner); 2. Helgoländer (W. Haufer); 3. Dorn II (W. Schmidt). F.: Heluan, Utamaro, Meute, Liebesquäler, Frundsberg, Siesta, Gulbrand. 1—1½ Lg. Tot.: 100, Pl. 27, 35, 34. — *Doppelwette* Priester-Bigor: 226. — *Dorn 11. Jagdrennen* (3000 M. 3000 Met.): 1. A. Daubs Felek (Anhle); 2. Thüringen (Buschke); 3. Markgräfin (Hartwich). F.: Sichle, Atlantic, Oceanus Lacerta, Hochwald. 5—½ Lg. Tot.: 160, Pl. 27, 16, 14. — *Parsifal-Hürdenrennen* (2300 M. 3000 Met.): 1. Dr. E. Thomsens Martonius (Kufulies); 2. Lodum (Blume); 3. Postmeister (Wolff). F.: Spala, Pelina. 2—6 Lg. Tot.: 27, Pl. 19, 21.

Billige KaDeWe-Lebensmittel

Hirschblatt braten . Pfd. 0.65 an . Pfd. 0.95 an | Hasen gestreift und ausgeworfen Pfd. 0.90 | Rehkeulen, -rücken Pfd. 1.45 an | Suppenhühner Pfd. 0.78

Rebhühner Stck. 0.98 an | Fasanen Stück 2.25 an | Oderbrucher Mastgänse Pfd. 0.84 an | Junge Enten Pfd. 0.78 an

Obst / Gemüse

Mus-Aepfel, groß 3 Pfd. 0.20
Reinetten . . . . Pfd. 0.18
Gold-Parmänen . Pfd. 0.15
Kochbirnen . . . 3 Pfd. 0.18
Grumkower . . . 2 Pfd. 0.25
Bergamotten . . 3 Pfd. 0.20
Preißelbeeren . . 5 Pfd. 0.78
Zitronen . . . . Dtz. 0.28
Ananas . . . . Pfd. 0.60 an
Weintrauben . Pfd. 0.30, 0.18
Blatt-Spinat . . . Pfd. 0.10
Blumenkohl . . Kopf 0.15 an
Sellerieknollen . 3 Pfd. 0.20
Kohlrabi . . . 2 Mdl. 0.35
Märk. Rübchen . 3 Pfd. 0.20

Fische, Räucherwaren

Grüne Heringe . 3 Pfd. 0.46
Dorsch . . . . . Pfd. 0.12
Kabeljau ohne Kopf, im Ganzen . Pfd. 0.18
Seelachs, Rotbars . Pfd. 0.18
Schellfisch mit Kopf im Ganzen . Pfd. 0.16
Schollen I . . . . Pfd. 0.25
Filet vom Kabeljau Pfd. 0.30
Lachs, gefr., I. Gz. Pfd. 0.45
Leb. Spiegelkarpf. Pfd. 0.78 an
Leb. Hechte . . Pfd. 0.95 an
Fettbücklinge . Pfd. 0.30 an
Räucherflundern . Pfd. 0.40
Lachs, ger., in Stck. Pfd. 1.50
Fettheringe I. Tomat. Dose 0.50
Fischmarinaden Literdose . . 0.75

Frisches Fleisch

Kalbskamm ohne Beilage . Pfd. 0.62
Kalbsrücken oder Brust . Pfd. 0.70
Kalbskeule bis 9 Pfd. schwer . Pfd. 0.80
Kalbsschnitzel . Pfd. 1.60 an
Rückenfett brattertig Pfd. 0.76
Schweinebauch ohne Beilage Pfd. 0.72
Schweineschinken mit Bein Pfd. 0.76
Schweinekamm oder Schaft Pfd. 0.78
Schweinekotelett Pfd. 0.88 an
Kassler, mild . . Pfd. 0.76 an
Suppenfleisch . . Pfd. 0.64
Schmorfleisch ohne Knoch. Pfd. 0.90 an

Wurstwaren

Rot-, Leberw. Konsum Pfd. 0.65
Fleischwurst . . . Pfd. 0.88
Jagdwurst . . . . Pfd. 1.08
Mettwurst (Braunschw. Art) Pfd. 1.04
Wiener 1.08, Dampfw. 0.88
Hausmacher-Leberwurst . Pfd. 0.98
Speck, fett 0.95, mager 1.15
Schinkenpolnische . Pfd. 1.18
Feine Leberwurst . Pfd. 1.25
Zervelat und Salami Pfd. 1.35
Fettdarmwurst . . Pfd. 1.38
Gek. Schinken . ¾ Pfd. 0.38

Kolonialwaren

Bruch-Reis . . . Pfd. 0.13
Tafel-Reis . . . Pfd. 0.20, 0.16
Viktoria-Erbsen . . Pfd. 0.20
Linsen, neue . . . 2 Pfd. 0.25
Haferflocken . . . Pfd. 0.22
Auszugmehl . . . Pfd. 0.27
Bruch-Makkaroni . Pfd. 0.44
Eier-Bandnudeln . Pfd. 0.46
Kalif. Pflaumen . Pfd. 0.28
Kalif. Aprikosen . Pfd. 0.58

Weine / Spirituosen

Preise ohne Glas — ⅕ Flasche

1928 Rheinpf. Tischwein 0.60
1926 St. Estephe Bordeaux 1.10
1926 St. Emilion Bordeaux 1.20
1920 Côte de Nuits Burgund 2.00
Rhpfälzer. Weißwein Ltr. 0.75
Deutsch. Weinbrand Ltr. 4.60

Konfitüren

Borken-Schokolade ½ Pf. 0.50
Dessert-Kugeln . ½ Pfd. 0.65
Relief-Schok. gefüllt ½ Pfd. 0.65
Bensdorp-Kakao . Pfd. 0.75
Nürnb.-Pfefferkuch. Pfd. 0.80
Sand-Gebäck . . . Pfd. 0.90
Haushalt-Schok.-Block 500 g 0.95

Konserven ¹/₁ Dose

Karotten geschnitten . 0.40
Jg. Brechbohnen la . . 0.60
Jg. Erbsen, mittelfein . 0.80
Jg. Erbsen, sehr fein . 1.25
Gem. Gemüse, fein . 1.40
Stangenspargel, stark . 2.10
Pflaumen mit Stein . . 0.68
Span. Aprikos., ½ Frucht 0.95
Birnen ½ Frucht . . . 1.00
Kirschen rot mit Stein 0.95
Erdbeeren 1.25
Ananas, 8 Scheiben . . 1.20

Butter / Käse

Molkereibutter . . Pfd. 1.14
Tafelbutter . . . . Pfd. 1.44
Allerf. Markenbutter Pfd. 1.44
Margarine, Cocosfett 2 Pfd. 0.75
Palmenbutter 100 Proz. garantiert Pfd. 0.34
Camembert, vollfett, Schachtel . . 0.20
Delik.-Käse, vollfett, 6/6-Schachtel . 0.58
Emmenthaler ganz Schachtel . 0.68
Norw. Schweizer 30% Pfd. 0.72
Tilsiter, vollfett . . Pfd. 0.72
Briekäse vollfett . . . 0.72
Steinbuscher, vollfett Pfd. 0.68
Edamer, Gouda, vollfett Pfd. 0.78
Bayr. Schweizer I Pfd. 1.30 an

Hausseifen

Schmerseife grün, 10 Pfd. excl. Eimer . 2.25
Salmiak-Terpentin oder Alabaster-Seife, inkl. Dose 2 Pfd. 0.70
Schnitzel-Kernseife Beutel, ca. 1 Pfd. 0.50
Flockenwunder Beutel 0.70
„Lux" Seifenflocken . . . . Paket 0.50 u. 0.30
Cirine flüssiges Bohnerwachs, Blechflasche 2.00, 1.40
Scheuertücher Stück 0.50, 0.33
Silberputztücher . 0.50, 0.25

Preise Freitag und Sonnabend. Verkauf soweit Vorrat. Mengenabgabe vorbehalten. Fleisch sowie leicht verderbliche Waren sind vom Versand ausgeschlossen. Zustellung der Lebensmittel bei Einkauf von 3.— an

4 Kadewe-Angebote, die überraschen!

WERTHEIM

Billige Lebensmittel

Zusendung von 5 M an. Obst, Gemüse u. leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt

Soweit Vorrat:

Obst u. Gemüse

Eß- u. Kochäpfel	Pfd. 0.09	Rot-Weiß-Wirsingkohl	Pfd. 0.05
Goldparmänen	Pfund 0.15	Möhren gewaschen	3 Pfund 0.10
Kochbirnen	3 Pfund 0.18	Märk. Rübchen	3 Pfund 0.20
Eßbirnen	Pfund 0.10	Sellerie	3 Pfund 0.25
Zitronen	Dtzd. 0.28	Blattspinat	3 Pfund 0.28
Weintrauben	2 Pfund 0.36	Rosenkohl	2 Pfund 0.25
Fr. Ananas gz. Früchte, Pfd. an	0.60	Blumenkohl	Kopf von an 0.10

Käse u. Fett

Camembert vollfett, 6 Portionen 0.48, Schachtel	0.28	Holländer u. Edamer vollf. Pfd.	0.78
Ramadou halbfett	Stück 0.22	Schweizer bayr., vollfett Pfund von an	1.30
Harzerkäse ca. 1-Pfd.-Paket	0.35	Margarine	2 Pfund 0.75
Limburger halb- fett	0.48 Pfd. 0.84	Talg ausgelassen, 1-Pfd.-Pak.	0.36
Blockkäse (Tilsiter Art), halbf.	0.60	Molkereibutter Pfund 1.36	1.14
Tilsiter vollfett	1 Pfund 0.72	Markenbutter	1.40
Briekäse vollfett	1 Pfund 0.72	Dänische Butter	1 Pfund 1.46

Frisch. Fleisch

Sonderangebot in prima Ochsenfleisch

Suppenfleisch	Pfund 0.62	Schweinebauch	Pfund 0.72
Fehlrippe	Pfund 0.65	Bratfertiges Fett	Pfund 0.76
Roastbeef mit Knoch.,	Pfund 0.74	Kalbskamm	Pfund 0.62
Gulasch	Pfund 0.78	Kalbsbrust-, Rücken u. Blatt	0.70
Roulade	Pfund 0.98	Kalbskeule	Pfund 0.80
Gehacktes	Pfund 0.60	Schweineköpfe frische, Pfd.	0.35
Roher Talg	Pfund 0.30	Euter Pfd. 0.34 Herzen Pfd.	0.52
		Kaßler mild gesalzen, v. an	0.76

Ochsenschmorfl. ohne Knochen Pfund **90 Pf.**

Hirschfleisch Pfund von an Ragout Blatt Rück. Keule **35, 65, 78, 95 Pf.**

Mastgänse Oderbrucher Pfund von an **84 Pf.**

Schellfisch Pfund von an 0.16
Rolbars o. Kopf
Seelachs ganze Fische
Kabeljau Pfd. v. **18 Pf.**

Geflügel, Wild

Hühner	Pfund von an 0.78	Hasen gestreift u. ausgeworfen	Pfund von an 0.90
Enten	Pfund von an 0.78	Fasanen	Stück von an 2.25
Gänsestückenfleisch	Pfd. v. 0.90	Rehblätter	Pfund von an 1.18

Fische

Dorsch	Pfund von an 0.12	Hechte u. Schleie lebend, Pfd. v. an	0.98
Fischfilet	Pfund von an 0.35	geräuchert	
Grüne Heringe	3 Pfd. v. an 0.46	Fettbücklinge	Pfund von an 0.28
Leb. Spiegelkarpfen	Pfd. v. 0.78	Schellfische	Pfund von an 0.34
		Seelachs Rolbars Makrelen	Pfund von an **40 Pf.**

Wurstwaren

Speck- u. Sülzwurst	Pfund 0.85	Landleberwurst	Pfund 1.15 0.95
Dampf- u. Fleischwurst	0.88	Breslauer Brühwurst	Pfd. 0.98
Landleberwurst	Pfund 1.15 0.95	Jagdwurst	Pfund 1.08
Breslauer Brühwurst	Pfd. 0.98	Mettwurst (Braunschw. Art)	1.08
Jagdwurst	Pfund 1.08	Feine Leberwurst	Pfd. 1.45 1.25
Mettwurst (Braunschw. Art)	1.08	Zervelat u. Salami	Pfund 1.35
Feine Leberwurst	Pfd. 1.45 1.25	Teewurst feine u. Filetwurst	1.38
Zervelat u. Salami	Pfund 1.35	Speck fett	0.95 mager v. an 1.15
Teewurst feine u. Filetwurst	1.38	Schinkenspeck	1-Pfd.-Stck. 1.45
Speck fett	0.95 mager v. an 1.15		
Schinkenspeck	1-Pfd.-Stck. 1.45		

Freitag, 16. Oktober
Staatsoper
Unter den Linden
40. Abonnements-Vorstellung
Rigoletto
Anfang 8 Uhr Ende gegen 10½

Freitag, 16. 10. Staatliches **Schauspielhaus** Am Gendarmenmarkt 40. Abonn.-Vorst. Anfang 8 Uhr **Florian Geyer** Ende nach 10½

Freitag, 16. 10. Staatliches **Schiller-Th.** Charlottenburg Grolmanstraße 70 Anfang 8 Uhr **Die Heirat** Ende 10½ Uhr

Städt. Oper Charlottenburg Bismarckstr. 34 Turnus IV Anfang 7½ Uhr **Hoffmanns Erzählungen** Ende geg. 10½ Uhr

Komische Oper Friedrichstr. 104 Heute 7½ Uhr **Uraufführung Zur gold'nen Liebe** 4 Bild. m. Mus. v. Benatzky, Wolff, Zickel. Waldmüller, Westermeier, Eister, Lilien, Fels, Steponek, Burg, W. Kahle.

Th. des Westens Kantstraße 9 Täglich 8¼ Neueinstudiert Das **Dreimäderlhaus** Musik v. Schubert Preise v. 50 Pf. an

4/20 OPEL Cupee-Limo., f. 3P., tadell. Zust., Berlinerfirm. 70. Banf. 0266

Lessing-Th. 8½ Uhr. Dir. Dr. Rob. Klein Friedrich-Karl-Ufer 1 Weidend. 0846, 2787 **Der letzte Equipagew** Komödie, Brauzewetter, Sandrock, Falkenstein, Faber, Kupfer, Adams.

Th. a. Nollendorfplatz Tägl. 8½ Uhr **Max Adalbert Der beschleunigte Personenzug** mit Emmy Sturm Stgs. 4 Uhr, mit Max Adalbert zu halb. Preis.

Lustspielhaus Friedrichstr. 236 Täglich 8½ **Casanovas Sohn** mit Hansi Arnstädt Gute Plätze von 1.- an

Rose-Theater Gr. Frankf. Str. 132 T. Weichs. E 7 3422 8½ Uhr **Frühling im Wienerwald**

Deutsches Theat. Schumannstr. 13a 8 Uhr **Kabale und Liebe** von Schiller / Regie: Max Reinhardt

Die Komödie. Kurfürstendamm 206 8½ Uhr: **Rückkehr** Komödie von Donald Stewart Regie: Gustaf Gründgens

Kurfürstend.-Th. Kurfürstend. 209 Bismarck 468. 8¼ Uhr: **Die schöne Helena** von Offenbach / Regie: Max Reinhardt

Deutsches Künstler-Theater Nürnberger Str. 70 / Direkt. Victor Barnowsky 8¼ Uhr: **Die Rosenbraut** Margarete Melzer. H. A. v. Schlettow Sonntag, nachm. 4 Uhr: **Felix Bressart-Konto X** Preise: 0.50 bis 6.- M.

Theater i. d. Behrenstraße Dir. R. A. Roberts 8¼ **Das verfl... Geld!** Lustspiel in 3 Akten von Carl Rössler. Preise 1-12 M. Montag volkstüml. Pr. 0.50-6 M

Volksbühne Th. a. Bülowpl. Dl Nord 2946 8½ Uhr: Zum 1. Male: **Das vierte Gebot** Volksst. v. Anzengruber Regie: K. H. Martin Forster, Kamnoers, Niese, Körber, Werberzik.

Metropol-Theat. Unter den Linden 55 Tägl. 8½ Uhr, Stg. 4 u. 8½ Der Sensationserfolg **Die Blume von Hawai** mit pers. Ltg. d. Komp. Prof. Abraham. Preise 0.50—14.90

Th. i. d. Stresemannst. Dir. Meinhard-Bernauer Tägl. 8¼ Uhr **Ich weiß etwas, was du nicht weißt...** Lustsp. v. P. Osborn Valetti, Rahn, Viking, Valentin, Stahl-Nachbaur Preise M 1—7.-

Komödienhaus Schiffbauerdamm 25 Tägl. 8¼ Uhr **Fritz Schulz in Liebling Adieu** Musik v. Willy Rosen Wohlbrück, Carlsen, Natzler, Morgan, Paulig. Preise M 1.—6.-

Internationales Th. (Kleines Theater) Unt. d. Linden 44 Heute 7½ Premiere Ind. Monts. a. Freitg. 8 **The Two Virtues** von Alfr. Sutro Regie: Dr. Fk. Manning Ab morgen 8¼ **Flucht vor Michaël**

Ausschneiden! **Zentral-Theat.** Alte Jakobstr. 30-32 Tgl. 8½, Stg. auch 5¼ **Schwarzwaldmädel** Jessnt. Orig. pers. Betsch. Park. Fam. 0.50 Sonnab. 4: Fridolin im Märchenland

GROSSES SCHAUSPIELHAUS Im weißen Rössl
Sonnabend, 17. Oktober, 8 Uhr **Jubiläumsvorstellung** zum **300 ×**
Sonntag nachm. 3 Uhr Originalbestz. Billige Preise.
Regie: Erik Charell

Neues Th. am Zoo Stpl. 9625. Tgl. 8¼ **Alles für euch, schöne Frau'n** Stg. u. Mittw. 4: **Rotkäppchen** Rundfunkh. halbe Pr.

Theater im Admiralspalast Täglich 8¼ Der Sensationserfolg **Die Dubarry** mit **Gitta Alpar** Preise d. Pl. v. 50 Pf. an

Wallner-Theat. Wallner-Theater-Straße 35 Alex. K 4 4550/53 Sonntags 4 Uhr **Max und Moritz** Täglich 8¼ **Der Raub der Sabinerinnen** Der große Schwankerfolg

8¼ Theater in d. Klosterstraße (unmittelbar a. U-Bahnhof) Noch 3 Mal! **Die Hose** Für Jugendliche verboten. Sonnabend 4, Sonntag 3 U. **Hänsel u. Gretel 5 U. Rotkäppchen**

Berlin's grosse Sensation!
Tägl. abends 7.45 Uhr Sonnabend und Sonntag auch 3 Uhr nachmittags
Nur noch kurze Zeit
KRONE
Kartenbest. Tel. BArw. 1919 u. 6969
Zirkus ist gut geheizt

Regie: W. S. van Dyke
mit Harry Carey / Edwina Booth
Duncan Renaldo / Mutia Omoolu
Uraufführung: Heute 7⁰⁰ 9¹⁵
Ufa-Palast am Zoo
Wegen anderweitiger Verpflichtungen läuft Trader Horn ab 23. Oktober im Ufa-Pavillon.

TRADER HORN
Ein Metro Goldwyn Mayer Film in deutscher Sprache

CIRCUS BUSCH
Bahnh. Börse. Tel. Weidendamm 3840
Täglich 4½ und 8½ Uhr
Heute vollst. Programmwechsel
14 Königs-Tiger
Tiger als Reiter auf dem Elefanten das größte Dressurwunder der Welt
außerdem 10 Circusschlager
Sonntags 3 Vorstell.: 2, 5, 8½ Uhr. 2½ Uhr —1.50 Mk. 5 Uhr —2.50 " 8½ Uhr **30 Pf.** —3.00 "

Reichshallen-Th. Leipziger Str. 77 Abds. 8½, Sg. am. 4½ Das neue Progr. d. **Stettiner** Die drei Komiker Pittiton rauer Turnsensation Machm. ornäß. Pr.

Ofen-Herde größte Auswahl Teilzahlung Reparaturen **Sommer & Dieyberg** Dresdener Str. 98/99

Markenflügel 675, 775, 875, 975, Pianos 275, 375, gebraucht. **Potsdamer Straße 74.**

Tafeläpfel

Goldparmänen	Ztr. 10.— M	Ausstellung jeder Posten, auch 9-Pfd.-Pakete geg. Nachnahme. Auf Wunsch Probejemdg.	
Oberelsberger Kalville	Ztr. 12.— M		
Gerbavis Reinetten	Ztr. 13.— M		
Roter Kalville	Ztr. 15.— M		
Weihnachtsäpfel	Ztr. 15.— M		

Rittergut Lüttgenjian
Post Coburg-Land, Bez. Magdeburg.

Unterrichts-Anzeigen

Pädagogium Thie
Charlottenburg
Leibnizstraße 15.
Alle Klassen. — Auch Abendkurse.

Pädagogium Traub
Frankfurt/Oder 10.
Sexta bis Abitur. Kl. Klassen. Schülerheim. Gute Verpflegung. Tägl. Arbeitsstunden. Ringelt. Schulhaus im Naturgrün. **Nichtversetzte holen versäumte Zeit ein.** Drucksachen frei.

BALLENSTEDT - HARZ
Städt. (Weltorstoff) Gymn. u. Realschule in Umw. z. Reformrealgymn., verb. mit Städt. Alumnat f. Knaben. — Eig. Abitur., Sportpflege, Erziehg z. Kameradsch., Gemeinschaftsinn, Arbeit, - Höhenluft, kräft. Kemähr., frdl. Stuben, Zentralheizung. Die Schule nimmt auch Mädchen auf, f. d. gute Pens. vorhanden. — Prospekt frei.

MUSIK
Die reichsamtlich genehmigte Stelle, die staatlich zugelassen, fachmännisch durchgebildete Lehrkräfte aller Instrumente, Gesang, Theorie, Komposition nachweist, ist die Unterrichtsvermittlung des Berliner Tonkünstler-Vereins E. V. (Reichsverband Deutscher Tonkünstler u. Musiklehrer E. V.), W 57, Zietenstr. 27, Kurfürst. 9285. Sprechzeit Dienstag u. Freitag ½10—13 Uhr, Donnerstag 16—19 Uhr. Vermittlung kostenlos.

Tanzschule Kleinschmidt
Berlin W 50, Augsburger Straße 23.
Kurse u. Einzelstunden. Bavaria 4845.

Tanzschule Glaw
Gute Gesellschaftskreise
— Neue Kurse Anfang Oktober. —
Vornehmer Tanzstil. Einzelunterricht u. Kurse im Schillertheater, Landwehr-Kasino, Philharmonie, Haus Gesellschaft der Freunde, Potsdamer Str. u. Hackescher Hof.
Prospekt kostenlos.
Sekretariat Berlin-Gatow, Villa Glaw, C7 Spandau 2053

Oefen Herde Zechlin (Alexanderwerk)

Vermietungen

8 Zimm. a. Tiergarten 2 Bläm. p. Bhf. Tiergart., Klopstockstraße 50. Tel.: Clive 957

Grundstücks-Ankäufe

Kaufe Haus wenn billig und gut gehalten, nur kleines Obj. m. Mittelwohn. Barzahlg. 5599 H. Ø. Allstein-Hilferdinck, Rochstr. 22-26.

Stellenmarkt

Perfekte Köchin zum 1. November für Villenhaushalt gesucht. Langjährige Zeugnisse. Dr. Sanitätsr. Dahlem, Griesgrtr. 37, Brabant 3196.

Suche f. meinen Schofför dringl. Stellung weg. Einstell. d. Wag., 19/120 Stuß. Absolut zuverlässig, ehrl. u. nüchtern, gel. Motormechl., 12 J. im Fach. Gute Umgangsform., Nebenarbeit wird übernommen. **Kurzmann u. Co., Poetzer Plan 1. Jäger 6766.**

Für mein gewandtes Hausmädchen 23 J., in jeder Beziehung zu empf., ehrlich, sauber, **suche** neg. Verkleinerg. u. Dauerstelle **gute Stellung. Ang. 1147.**

Perfekte Köchin für meine langjährige, sehr zuverlässige Hausangestellte **suche ich zum 1. November Stellung als Köchin** oder Wirtschafterin. **Frau Geheimrat H., Steinplatz 1012.**

Waschstellen sucht laufend ehrl. Frau. Stunde 45 Pf. Fahrgld. **Wilmersdorf, Brandenburgstr. 39**

Weiterfragen

Sagen Sie Ihren Freunden und Bekannten, die Rundfunk hören:

Die „Sieben Tage" bringen mehr Freude am Hören. Jede Nummer enthält 7 große Zeitungsbogen, für jeden Tag einen. Darauf übersichtlichste Europa-Programme, Nachrichten, Artikel und Bilder zum Tage. Damit haben Sie für jeden Tag der Woche jedesmal eine besondere amüsante Funk-Zeitung mit allem, was Sie wissen müssen.

Heute neue Nummer der „Sieben Tage", überall für 20 Pfennig.

FINANZ- UND HANDELSBLATT DER VOSSISCHEN ZEITUNG

BEILAGE ZU NR. 488 • MORGEN — VERANTWORTLICH: DR. HANS BUSCHMANN, BERLIN — FREITAG, 16. OKTOBER 1931

Schiffe außer Kurs

Von

Willy Hess

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung"

HAMBURG, IM OKTOBER

Besser als nüchterne Zahlen über den deroutierten Schiffs- und Frachtenmarkt spricht das Aussehen des Welthafens Hamburg selbst. Zwei große Becken des Freihafens, um die Lotsen- und Seemannssiedlungen auf der Insel Finkenwärder herum, beherbergen einen Teil der aus dem Dienst gezogenen Schiffstonnage. Anfangs waren nur kleine, unmoderne Dampfer, die hier stillgelegt wurden. Aber es haben sich viele moderne Ozeanriesen hinzugesellt, so daß allein der Hamburger Hafen einen „Schiffsfriedhof" von beträchtlich über 100 Ueberseedampfern mit mehr als ½ Million Tonnen Raumgehalt an dem Pfählen zeigt. Die „tote Tonnage" der Welt wird auf 10 Millionen Tonnen beziffert, eine Ziffer also, die sehr viel größer ist als die reine Tonnagezunahme gegenüber der Vorkriegszeit.

Die Schiffahrtsgesellschaften sind somit nicht nur außerstande gesetzt, ihre schwimmenden Aktiven zu verzinsen und abzuschreiben, vielmehr wird die umgekehrte weltwirtschaftliche Lage grundlegende Aenderungen der bisherigen Praxis gebieterisch erfordern. Der Vorwurf, daß vielleicht in den Nachkriegsjahren zu schnellfertig gebaut worden und daß in zu weitgehendem Maße Subventionen gewährt worden seien, kommt heute zu spät. Aber die Aufgabe war ja, die verlorene Handelsflotte so gut und so schnell wie möglich zu ersetzen. Es ist ein beachtlicher Erfolg, daß die Union Hapag-Lloyd-Hamburg-Süd allein wieder über zusammen fast 2½ Millionen Tonnen verfügt.

Bei dem so entfesselten Existenzkampf der Weltschiffahrt ist es um so gefährlicher, daß statt schärfster Konzentration der Reder auf das rein Wirtschaftliche seit langem die Schiffahrt von Dingen beherrscht war, die zur Stärkung der deutschen Reederei wenig beitragen konnten. Hierbei gehören zuerst die Bremer Vorgänge. Nur um die Bremer, nicht aber die deutsche Schiffahrt zu fördern, hat man Aktiengesellschaften gemacht, deren Folgen sich nachträglich im kritischsten Augenblick herausstellen mußten. Für Aktionen wie die des Norddeutschen Lloyd, der zum Erwerb der Mehrheit von Hamburg-Süd bereits erworbene Aktien zur Beschaffung weiterer Kaufmittel im Ausland behielt, büßt die deutsche Schiffahrt als solche. Denn die Hapag-Lloyd-Union, obwohl erst später geschlossen, muß für Verluste innerhalb der Großgruppe anteilmäßig aufkommen. Auch die Bremer Hansa-Linie, ein früher sehr rentables Unternehmen, hat als Folge von Aktien- und Börsenmanipulationen ihre Bewegungsfreiheit verloren. Hat doch diese Reederei, um die Werften der Schröder-Bank-Gruppe zu beschäftigen, mehr Schiffe in den letzten Jahren bauen lassen müssen als es ihr Status und ihre Interessen vertrugen. Nicht ohne weiteres zu bejahen ist überdies die Notwendigkeit der von Schröder-Bremen unter starker Financieller Beteiligung des Norddeutschen Lloyd erbauten Nordschleuse in Bremerhaven für die Riesenschiffe des Lloyd. In Hamburg waren die entsprechenden Anlagen, die jetzt brach liegen, vorhanden.

Gar nicht einzusehen ist schließlich gerade jetzt die Notwendigkeit von Schiffsneubauten, selbst dann nicht, wenn die Werften einen sehr bedrohlichen Ausfall an Aufträgen zu beklagen haben. Es muß daher sonderbar anmuten, daß die Hamburg-Amerika Linie bei Blohm & Voss, einen Steinwurf von jenem Schiffsfriedhof entfernt, zwei neue große Dampfer bauen läßt. Man muß fragen, ob nicht den Werften wie den Schiffahrtsgesellschaften besser damit gedient wäre, wenn wenigstens ein Teil der älteren Nachkriegsschiffe, die nicht amortisiert werden können und im wahrsten Sinne des Wortes Ballast sind, verschrottet werden. Man denkt dabei an einen Fall, der wohl einzig dastehen dürfte: Ein für Norwegen in Hamburg erbauter Dampfer wurde vor wenigen Tagen nach erfolgreicher Probefahrt, ohne jemals eine Kiste Ladung oder einen einzigen Passagier befördert zu haben, aufgelegt und auf unbestimmte Zeit außer Dienst gestellt! Notwendiger denn je ist eine entscheidende Umstellung auf rationelle Basis. Denn der Finanzstatus der deutschen Schiffahrtsunternehmungen hat unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise gelitten und konnte nur durch Hereinnahme amerikanischer Freigabegelder zeitweise Auffrischung erfahren. Die Pfundkrise hat überdies den Reedern einen weiteren Stoß versetzt, der sogar zu Krisengerüchten Anlaß gab. Sie können allerdings als übertrieben gelten. Auf dem Kalkulationsgebiet ist aber eine einheitliche Umstellung auf eine andere als die Sterlingbasis, etwa auf das „Goldpfund", noch nicht so weit erfolgt, daß man vor weiteren Stockungen unbedingt bewahrt wäre. So muß eine möglichst einheitliche, rationellere Wirtschafts- und Finanzpolitik in Zukunft platzgreifen, wenn die deutsche Seeschiffahrt ihre Stellung in der Welt behaupten will. Der internationale Konkurrenzkampf von heute ähnelt fast den Vorgängen, die dem Ballinschen Nordatlantik-Pool vorangingen. Der bevorstehende Zusammenschluß der vier größten U. S. A.-Reedereien erfolgt nur in dem Bestreben, Rentabilität zu schaffen. In England muß man auf die Möglichkeit einer Zusammenlegung der Cunard mit der White Star Line rechnen, wenn nicht gar noch weitergehende Fusionen zu erwarten sind. Der neue Riesendampfer der Cunard Line wird 1933 in den Dienst gestellt werden, während Luxus-Schnelldampfer, alle als neue Konkurrenten der „Bremen" und „Europa", in der französischen und italienischen Schiffahrt noch früher in den Verkehr zwischen Europa und Nordamerika führend eingreifen werden.

Es ist also zu erwarten, daß sich der Konkurrenzkampf verschärft, wenn nicht die Vermutt dem Kampfe Einhalt gebietet. Wenn man hört, daß die Amerikaner bei ihrer geplanten Konzentration einen Teil der Tonnage verschrotten wollen — ein Entschluß, der doch einmal gefaßt werden muß, liegt die Frage nahe, ob die deutsche Schiffahrt nicht durch noch engeres verkehrstechnisches Zusammenarbeiten in den verschärften internationalen Wettbewerb eingreifen will. Wohl darf man einwenden, daß grade die deutsche Schiffahrt durch Interessengemeinschaft der größten Reedereien diesen Ansprüchen etwas entgegengekommen ist. Aber es fehlen die praktischen Folgerungen.

•

Stahl- und Eisengewinnung sinken. Die deutsche Rohstahlgewinnung (ohne Saargebiet) belief sich, lt. „Stahl und Eisen", im September auf 593 320 To., gegen 689 902 To. im Vormonat. Die durchschnittliche arbeitstägliche Gewinnung war mit 22 820 To. um 3715 To. oder um 14 pCt. niedriger als die des Monats August 1931. Sie entspricht 39,9 pCt. der höchsten durchschnittlichen arbeitstäglichen Gewinnung der Nachkriegszeit (Juni 1929). — Im September betrug die Roheisengewinnung der deutschen Hochofenwerke (ohne Saargebiet) 438 154 To. gegenüber 499 098 To. im August. Die durchschnittliche arbeitstägliche Leistung des September ist mit 14 605 To. um 1495 To. oder um 9,3 pCt. niedriger als die des Vormonats. Sie entspricht 37,6 pCt. der höchsten durchschnittlichen arbeitstäglichen Erzeugung der Nachkriegszeit (Juli 1929).

Diskont-Signal aus New York

Neue Erhöhung auf 3½ pCt.

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 15. OKTOBER

Da sich die vor Wochenfrist vorgenommene einprozentige Diskonterhöhung als unwirksam erwiesen hat, faßte die Federal Reserve Bank von New York heute überraschenderweise den Entschluß, eine nochmalige Erhöhung ihres Diskontsatzes um 1 auf 3½ Prozent vorzunehmen.

★

Die Tatsache, daß die amerikanische Notenbank sich nicht gescheut hat, ihren Ankaufsatz für Warenwechsel noch einmal um ein Prozent zu erhöhen, ist nicht so verwunderlich wie die Eile, mit welcher sie aus den noch immer anhaltenden Goldverschiebungen die Konsequenzen zieht. Zwar hat man offiziell nie zugegeben, daß man mit der Erhöhung des Zinssatzes tatsächlich dem Schwinden der Edelmetallvorräte zu Leibe rücken will; trotzdem blieb es kein Geheimnis, daß die Sorge um die Goldvorräte schon in der vorigen Woche für die Diskonthemmaßsetzung entscheidend gewesen ist.

Wie der „Economist" in seiner letzten Ausgabe ausführte, waren vor einigen Tagen noch über 615 Mill. Dollar in Gold verfügbar, die zu Deckungszwecken nicht benötigt wurden, obwohl das Gesetz vorschreibt, daß neben der 40prozentigen Notendeckung auch eine Deckung der Girogutgaben durch Gold in Höhe von 35 pCt. gehalten werden muß. Gewisse Deckungsschwierigkeiten sind aber dadurch entstanden, daß die übrigen 60 pCt. vom Notenumlauf durch Bankakzepte und Handelswechsel, die auf Grund einer tatsächlich erfolgten Warenbewegung gezogen worden sind, gedeckt sein müssen. Infolge der Wirtschaftsdepression hat sich das Portefeuille der Reservebanken an deckungsfähigen Warenwechseln im Laufe der letzten zwei Jahre von 1141 auf 316 Mill. Doll. verringert, während die nicht zu Deckungszwecken verwendbaren Bestände an Regierungssicherheiten von 150 auf 728 Mill. gestiegen sind. Die National City Bank hat zwar berechnet, daß die New-Yorker Mitgliedsbanken noch etwa 200 Mill. deckungsfähige Bankakzepte und 900 Mill. Doll. deckungsfähige Warenwechsel besitzen, die notfalls an die Federal Reserve Bank verkauft werden könnten, so daß hierdurch weitere 1100 Mill. frei würden. Nach diesen Berechnungen ergäbe sich, daß noch 1700 Mill. Dollars in Form von Goldbarren aus Amerika verschifft werden könnten, ehe die Notenbank in akute Deckungsschwierigkeiten geriete. Diese Summe verliert aber etwas von ihrer imposanten Größe, wenn man berücksichtigt, daß die europäischen Zentralbanken noch über einen Devisenbesitz von ca. 1400 Mill. Dollars verfügen. Gewiß ist diese Summe nicht allein in Amerika angelegt und könnte überdies nicht völlig abdisponiert werden, dafür aber bestehen nebenher noch große Dollarguthaben privater Bankfirmen, deren Höhe nicht abzuschätzen ist.

Inzwischen hat sich die Situation noch schlimmert, da die Goldverschiffung nach Paris durch die am vorigen Freitag in Frankreich als Gegenmaßnahme vorgenommene Diskonterhöhung auf ebenfalls 2.25 pCt. noch immer andauert. So sind am Mittwoch weitere 48,5 Mill. Dollar Gold verschifft worden, von denen 42 Mill. Dollar allein nach Frankreich gingen. Das schlimmste aber ist, daß die allgemeine Mißtrauenspsychose eher noch im Wachsen begriffen ist. An allen Devisenplätzen der Welt hält das beträchtliche Dollarangebot an; selbst in Warschau erlitt die vor kurzem noch mächtigste Devise der Welt von einigen Tagen ein Disagio von etlichen Prozent. Die Goldarbitrage hat inzwischen den Kassakurs wieder auf die Parität gehoben, aber Termindollars notieren beispielsweise in Paris mit einem Abschlag von 10 bis 15 pCt.

Die plötzliche Abkehr Englands vom Goldstandard hat die Gemüter in aller Welt so erschüttert, daß man heute kaum eine Devise mehr als unbedingt sicher ansieht. Nur so ist es zu erklären, daß die Bank von Frankreich ihre Dollargutbaben nur dann aufrecht zu erhalten bereit ist, wenn ihr von den in Frage kommenden amerikanischen Banken die Goldklausel zugestanden wird. Das Beispiel der französischen Notenbank wirkte ansteckend auf die unzählig vielen kleineren Dollarbesitzer. Einigermaßen grotesk klingt die Meldung, daß am Mittwoch sogar eine Goldsendung von 1,12 Mill. Dollar nach Deutschland vorgenommen wurde, angeblich für Rechnungen einer Süddeutschen Notenbank, der ihr Dollarguthaben nicht mehr genügend sicher erschien.

Man wird mit Spannung den Widerhall abwarten müssen, den die amerikanische Maßnahme in Paris findet. Wenn dort etwa wieder als Antwort eine Diskonterhöhung auf ebenfalls 3,5 pCt. vorgenommen wird, so ist nicht abzusehen, welche wirksameren Maßnahmen Amerika zum Schutze seiner Goldbestände ergreifen wird.

Frankfurter Genossenschaftsbank übernommen

Von Dresdner Bank unter Reichsgarantie

Nachdem die von uns angekündigten Verhandlungen zwischen der Frankfurter Genossenschaftsbank e. G. m. b. H. und der Dresdner Bank wegen Uebernahme noch gestern endgültig abgeschlossen worden sind, beruft das Frankfurter Institut nunmehr eine Genossenschafter-Versammlung ein. Ueber den Status der Genossenschaftsbank erfahren wir, daß die Bilanzsumme von 20 Mill. am Jahresanfang auf 15,8 Mill. am 30. September zurückgegangen ist. Die Mitgliederzahl beläuft sich auf 4600, die Zahl der Sparkonten auf 15 000. Das Eigenvermögen setzt sich zusammen auf 2,2 Mill. Genossenschaftsanteilen und 500 000 M Reserven. Die Spareinlagen betragen 9 Mill. M und die Kontokorrentguthaben rund 2 Mill. M. Demgegenüber stehen Debitoren von 12,8 Mill. M, die sich in der Hauptsache aus Mittelstandskrediten zusammensetzen.

Um ihre Liquidität nicht zu schmälern, hat sich die Dresdner Bank auf dem Umweg über die Garantie- und Akzept-Bank bei der Reichsbank die Mittel für die Geschäftsübernahme gesichert. Darüber hinaus hat das Reich gewisse Garantien übernommen für den Fall, daß die Verluste der Frankfurter Genossenschaftsbank das Eigenvermögen übersteigen sollten.

Auf einer in Frankfurt von den beiden Instituten gemeinsam abgehaltenen Pressekonferenz wurde einer Drahtmeldung des Frankfurter Korrespondenten der „Vossischen Zeitung" zufolge erklärt, daß Mitglieder des Aufsichtsrates der Genossenschaftsbank nur in einem einzigen Fall Kredite von über 200 000 M in Anspruch genommen hätten, daß aber in diesem Fall eine mehr als genügende Sicherheit vorhanden sei. Die Schwierigkeiten seien in der Hauptsache durch die augenblickliche wirtschaftliche Lage und die katastrophale Situation auf dem Grundstücksmarkt entstanden, nicht aber durch Spekulationsverluste irgendwelcher Art. Die Dresdner Bank übernimmt als Sicherheit die gesamten Vermögenswerte der Frankfurter Genossenschaftsbank weitergeführt werden soll und in deren Vorstand und Aufsichtsrat die Dresdner Bank einen Vertreter entsenden wird. **Dafür werden die Einlagen der Genossenschaftsbank zunächst von der Dresdner Bank garantiert.**

Eine Erhöhung der Geschäftsanteile der Genossen sei nicht in Aussicht genommen, wenn auch die Mitglieder, die ihre Pflichteinzahlungen nicht voll geleistet hätten, jetzt ihren Verpflichtungen nachkommen müssen. Um einer allgemeinen Mitgliederflucht entgegenzuwirken, soll die Kündigungsfrist von 9 Monaten auf zwei Jahre heraufgesetzt werden. An Geschäftsguthaben ist vorläufig ein Verlust von 1,2 Mill. M festgestellt. Eine Abrechnung mit den Mitgliedern kann aber erst in einer Frist von 2 bis 3 Jahren erfolgen.

Den Verhandlungen mit der Dresdner Bank sei eine Fühlungnahme mit dem Reichswirtschaftsministerium wegen eines Ueberbrückungskredites vorangegangen, die aber ebenso wenig zum Ziel geführt hat wie die Verhandlungen mit der Frankfurter Gewerbekasse.

•

Konflikt bei der Creditanstalt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 15. OKTOBER

Bei der Oesterreichischen Creditanstalt ist soeben der Konflikt offen ausgebrochen, den man von Beginn der Neuregelung an hatte erwarten müssen. Dr. Gürtler, christlichsozialer Finanzminister a. D., und Dr. Mosing, früher leitender Direktor der zusammengebrochenen Bodencreditanstalt, haben ihren Rücktritt als Präsident und Vizepräsident des Rekonstruktionsausschusses erklärt mit der ausdrücklichen Begründung, daß sie sich durch die Zeitungsäußerungen des Generaldirektors der Creditanstalt, Dr. Spitzmüller, verletzt fühlen. Dieser einstige Finanzminister des Kaiserreiches hatte die heutigen Morgenmeldungen über seinen bevorstehenden Rücktritt mit der Erklärung beantwortet, er weiche keinen Intrigen.

Die Demission Gürtlers und Mosings ist als schärfste Kampfansage gegen Spitzmüller aufzufassen, und man zweifelt nicht daran, daß sie ihr Ziel, die Bestellung Mosings zum Generaldirektor, erreichen werden, zumal man die Wiederkehr des ihnen sehr nahestehenden christlichsozialen Dr. Kienböck in das durch Redlichs Abgang verwaiste Finanzministerium erwartet.

•

Kapitalserhöhung Stockholms Enskilda Bank. Eine a. o. G.-V. der Stockholms Enskilda Bank-Stockholm, beschloß auf Vorschlag der Direktion, das Kommanditkapital der Bank, das 45 Mill. Kr. beträgt, um 9 Mill. Kronen zu erhöhen durch Ausgabe 5proz. Kommanditanteile von je 1000 Kr. Diese neuen Anteile sollen den Stammkommanditisten unentgeltlich zugeführt werden.

15 000 Versicherte warten

Für die Gesundung unserer Wirtschaft ist die Abwicklung insolventer Firmen fast ebenso wichtig, wie die Gewißheit, daß sie insolvent sind. Die Wirtschaft kann es nicht vertragen, wenn sie unabgewickelt beim Konkursverwalter, Gläubigerausschuß oder gar bei Behörden ruhen. Im Versicherungsgewerbe haben wir in der letzten Zeit sehr schnelle Abwicklungen durch das Reichsaufsichtsamt erlebt, wobei vor allem an den Fall der Düsseldorfer Auto erinnert sei.

Anders aber liegt es bei der Rothenburger Feuerversicherungsgesellschaft, die scheinbar nicht sterben kann. Nachdem das Feuergeschäft und andere Teile aus dem Geschäftsbetrieb herausgenommen worden sind, liegt wesentlich nur noch das Unfall- und Haftpflichtgeschäft in Görlitz und Stuttgart. Drei Liquidatoren bemühen sich unter der Aufsicht des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung um die Liquidation. Aber sie werden damit nicht fertig. Uns wird gemeldet, daß noch 15 000 unerledigte Fälle dort liegen, daß die Versicherten warten müssen, daß auf sie vielfach ein unzulässiger Druck ausgeübt wird, um sie zu einem Vergleich zu bewegen. Weiter hören wir, daß viele Versicherte Beschwerde eingereicht haben. Dies alles spielt sich unter den Augen des Reichsaufsichtsamts ab. Man muß wieder fragen, wozu das Aufsichtsamt da ist, wenn seine Schutzbefohlenen nicht schnell zu ihrem Recht kommen.

Zudem wäre eine Aeußerung erwünscht, ob die Gesellschaft in richtiger Weise revidiert worden ist. So viel uns bekannt ist, ist das nicht der Fall, weil man sich vor allem nicht an die Generalagentur in Stuttgart (bei der Deutschen Autoversicherung) heranwagt. Offenbar stolpert man im Amt wieder über formalistische Zwirnsfäden. Inzwischen wird weiter bekannt, daß der Mutzenbecher-Konzern sich für die Rothenburger Lebensversicherung interessiert habe. In dem ganzen Komplex der Rothenburger Gruppe ist somit keine Klarheit vorhanden, auf die die Oeffentlichkeit berechtigten Anspruch hat.

Ueberhaupt scheint uns, daß der neue Reichswirtschaftsminister sein Augenmerk ganz besonders auf

Amerikanischer Funkdienst

Wallstreet schließt stetig

NEW YORK, 15. OKTOBER

Obwohl das Geschäft ziemlich ruhig war, zeigte die Effektenbörse ein festes Aussehen. Man glaubte, ein Nachlassen der Auslandsverkäufe feststellen zu können. Die feste Veranlagung von Eisenbahnwerten, die man mit Hoffnungen auf eine baldige Aktion zwecks Stabilisierung der Eisenbahnbonds in Zusammenhang brachte, verfehlte auch auf den anderen Marktgebieten nicht ihren Eindruck.

Bereits vormittags ergaben sich Kurssteigerungen von 1–4 Dollar, von denen vorwiegend nicht zahlreiche Utilitäten, Eisenbahnaktien und Spezialwerte profitieren konnten, u. a. zogen Auburn Automobile um 7 Doll. an. Im Verlaufe konzentrierte sich das Interesse auf Eisenbahnwerte, die im allgemeinen 3–8 Dollar gewannen: Atchison, Topeka u. Santa Fé notierten 7 Doll. höher. Eastman Kodak konnten ihren Kursstand um 6 Dollar bessern. Realisationen, die in der letzten Börsenstunde vorgenommen wurden, ließen die erzielten Kurssteigerungen zunächst völlig verloren gehen; bei den letzten Umsätzen machte sich dann eine gewisse Erholung bemerkbar, so daß die Schlußtendenz als stetig bezeichnet werden konnte.

Effekten-Schlußkurse

	15. 10.	14. 10.
Amerik. Eisenbahnakt.		
Atch., Topeka & St. Fé	110,00	108,00
Baltimore & Ohio	37,00	35,00
Canadian Pacific*)	13,75	13,88
Chesapeake & Ohio*)	30,63	29,00
Chic., Milwauk. & St. P.	3,25	3,00
Chic., Rock Isl. & P.	25,50	24,50
Erie com.	12,75	12,50
Great Northern pref.	62,25	62,00
Missouri Pacific pref.	37,00	34,50
New York Central	89,00	86,63
Northern Pacific	43,00	43,00
Pennsylvania	33,25	32,00
St. Louis & St. Francisco	61,00	62,00
Southern Pacific	52,00	50,75
Southern Railway com.	17,50	16,13
Union Pacific	111,0	110,25
Amerik. Industrieakt.		
Allied Chemical	75,25	73,25
American Can.	80,00	79,63
American Smelting	73,00	72,00
Americ. Steel Foundr.	10,00	9,75
Americ. Tel. & Telegr.	131,75	130,25
American Tobacco	87,00	85,00
Anaconda Corp. Mining	14,50	14,00
Bethlehem Steel Corp.	17,00	16,75
Chile Copper	11,50	11,50
Chrysler	14,00	13,50
Colombia Gas u. El.	79,75	79,75
Consolidated Gas	69,00	67,75
Du Pont de Nemour	90,00	93,00
Eastman Kodak	103,50	101,63
General Electric	29,25	29,00
General Motors (10 $)	24,75	24,75
Gillette Safety Razor	12,63	11,38
Goodyear	33,00	32,75
International Harvest.	25,25	24,50
Internat. Match. pref.	23,50	21,50
Internat. Nickel	8,50	8,50
Lehman Corporation	40,63	40,13
Nash Motors	19,00	18,25
North American Co.	36,13	34,38
North American Trust shares	3,75	3,75
Radio Corporation	12,50	12,25
Royal Dutch	18,75	18,00
Sears Roebuk & Co.	36,88	36,00
Standard Oil	30,88	30,00
U. S. Rubber	6,75	6,13
U. S. Steel Corp. com.	66,25	66,00
Woolworth	82,13	81,38
National City Bank	62,50	59,00
Westinghouse Electric	44,75	44,00
Dtsch. Industrieaktien		
Karstadt	1,00	1,00
(Nordd.Lloyd 10 $)	7,13	6,25
Rhein.-Westf. El.-W.	7,00	8,00
Ausl. Industrie-Aktien		
Kreuger & Toll (20 schwed. Kronen)	7,13	6,88
Schlumberger	—	6,00
Amerik. Obligationen		
3¼% U.S.A. Liberty B	99,88	99 15/16
4% St. Louis & Francisco	46,00	46,00
5½% J. G. Chemical	74,00	76,00

*) Neue Aktien

	15. 10.	14. 10.
Ausl. Industrie-Obligat.		
5% Kreuger u. Toll, 1959 (20 schwedische Kronenstücke)	50,00	49,00
Dtsch. Industrie-Werte		
6½% Bayer. Stickst.	32,13	34,25
6½% Commerzbank 37	38,00	40,00
6½% El. Hoch- u. U.-B.	33,13	35,00
6% A. E. G. 1948	32,75	39,50
7% dito 1945	—	50,00
7% Dtsch. Atl. Telegr.	56,00	60,00
Deutsche Bank u. Diskontoges. 1932	78,00	79,00
6% Dt. Landesb. Ser. B	37,75	40,00
7% Rentenb.-Kred.-A.	39,00	40,00
6% do. Serie II	34,00	36,50
6½% Elektrowerke 50	36,00	38,00
6% Gesfürel 1953 o. Opt.	38,00	39,00
Hansa Ceb. El.-W. 1935	—	80,00
6½% Hapag 1940	50,00	50,00
6% Ilseder Hütte 1948	—	39,00
7% Miag m. Opt. 1956	—	37,00
6% Nordd. Lloyd 1947	32,00	32,63
6% Gelsenkirchen 1934	43,63	45,63
7% Rh.-Elbe-U. o. O. 46	37,25	37,00
6% Rhein-Main-Donau	—	80,00
6% Rhein. Stahl 50	38,00	40,00
7% do. 50	—	48,00
6% do. m. Opt. 53	38,75	42,25
7% Sächs. Werke 1945	35,25	35,25
6½% Siem.-Halske 1951	66,25	67,25
6% do. Schuckert 1935	60,00	60,00
7% Hugo Stinnes 1946	20,00	21,75
7% Thüringer Gas. Ant.	—	55,00
6% Ver. El.-W. Westf.	25,13	25,50
6% Rh.-W. Wasserw. 53	—	27,00
6½% Vereinsbk. A. 50	—	26,00
6% Ving 1945	30,00	30,00
6% Karstadt-Oblig. 1943	20,63	20,63
6½% Ruhrgas-Anl. 1953	37,00	36,00
Ausländische Anleihen		
6½% Bayer. St.-Anl. 45	28,00	29,13
7% Belg. Stab. Anl. 55	93,63	91,00
do. 27	94,00	92,00
6½% Berl. Stadtanl. 50	30,63	30,00
6% Bremen. Staats-Anl. 50	36,00	35,00
6% Spark. u. Girov. 47	25,25	29,50
7% do. 47	31,88	30,88
7% Deutsche Reparat.-Anl. (Dawes-Anl. 49)	59,00	58,00
7% Dresd. Stadtanl. 45	—	30,50
6% Hamb. Staatsanl. 46	31,88	29,25
6½% Köln. Stadtanl. 50	—	26,13
6% Leipz. Stadtanl. 47	29,00	29,00
5% Mex. Ausl.-Anl. 45	4,00	4,00
4½% Mex. Irrigat. 46	2,75	2,50
4% Mex. Goldanl. 1954	2,75	2,50
7% Münch. Anl. 1945	30,00	30,00
7% Preußen Reg.-Anl. 1943 (Völkerb.-Anl.)	92,50	91,00
6½% Preußstaatsanl. 51	29,00	26,13
6% do. 52	26,50	26,00
6% Stadt Wien 1952	55,50	58,00
6% Thüringen 1945	31,00	31,00
Aktienumsatz	130 000	100 000

Tägliches Geld 2 pCt. (Vortag 2 pCt.); Bankakzepte (90 Tage) Brief 2⅝ (2¾); do. (90 Tage) Geld 2½ (2⅝). Prima Handelswechs. niedr. Kurs 2½ (2½); do. höchst. Kurs 2¾ (2¾).

Devisenkurse von 4 Uhr nachm.: London (Cable Transf.) 8,87½ (Vortag 8,89); do. (60 Tage) (4,80¾); Paris 3,93¾ (3,94); Brüssel 14,07 (14,00); Rom 5,26 (5,18); Madrid 9,00 (9,05); Bern 19,62½ (19,62½); Amsterdam 40,60 (40,61); Stockholm 23,35 (23,50); Oslo 22,25 (22,20); Kopenhagen 22,00 (22,00); Prag — (2,96½); Wien — (14,06½); Budapest — (17,45½); Belgrad — (1,76¾); Athen — (1,29¾); Japan 49,38 (49,37); Buenos Aires 23,25 (23,25); Rio de Janeiro 5,60 (5,50); **Berlin 22,90 (23,00).**

Silber ausländisches 29¼ (Vortag 29½).

Amerikanische Warenmärkte

NEW YORK, 15. OKTOBER. Getreide. (Schluß.) Weizen. Rotwinter, loko 63¾ (Vortag 63), do. Hartwinter, loko 68⅝ (63⅝); — Mais, loko 51 (50⅞); — Hafer, weiß, standard clears 3,80–4,20 (4,00–4,25). — Getreidefracht nach England 1 sh 6 bis 2 sh 3 (1 sh 6 — 2 sh 3), do. nach dem Kontinent 8–8½ c (8–8½ c).

Kaffee Santos Nr. 4, loco 7⅝ (Vortag: 7⅝); Rio Nr. 7, loco 5⅝ (5¾). Tendenz: stetig. Dezember 4,87 (4,90); Januar 32: 4,98 (5,00); März 5,08 (5,13); Mai 5,20 (5,24); Juli 5,33 (5,35).

Baumwolle. Tendenz: stetig. loco 6,20 (Vortag: 6,25); Okt. 6,04–04 (6,08–08); Dezember 6,13–14 (6,20–21); Januar 32: 6,24–25 (6,32–33); März 6,42–43 (6,51–51); Mai 6,62–63 (6,69–71); Juli 6,80–80 (6,88–88). Baumwollzufuhren i. Atl. u. Golf-Häfen 46 000 (34 000).

Metalle: Elektrolytkupfer, loco 7 Brf. (7 Brf.), do. prompte Lieferung 7¼ Brf. (7¼ Brf.), do. per 30–90 Tage 7¼ Brf. (7¼ Brf.). Zinn, loco 30,00 (29¾); Blei, loco 4,80 (4,80); Zink 5,35 (5,40). Roheisen 2 einfach Buffalo Lieferung Boston p. Bahn 20,41 (20,41). Weißblech 5,00 (5,00).

Schmalz prime Western 8,45 (8,40). Talg extra lose 2¾ (2¾). Baumwollsaatöl, loco 4,50 (4,50); Oktober 4,65 (4,93); Dezember 4,50 (4,64).

Petroleum Standard white i. Cases 16,65 (16,65), do. i. Fässern 12,35 (12,35). Tendenz: stetig. Dezember 33/33,5 gr. i. Barrels 0,56 (0,56). Pennsylvania Rohöl 1,60–1,65 (1,60–1,65).

Zucker Zentrifugal. Tendenz: willig. Oktober 1,35 (1,39); Dezember 1,34 (1,38); Januar 1,33 (1,37); März 1,33 (1,36).

Kautschuk latex crepe, loco 8⅝ (5¾)(4 do. smoked sheet 4⅞ (4⅞).

Terpentin 35½ (35½); Savannah Terpentin 30½ (30¾).

CHICAGO, 15. OKTOBER. Getreide. (Schluß.) Weizen. Tendenz: stetig. Dezember 50–50¼ (Vortag 50–50¼), März 53 (53¼). Mai 54¼–¾ (54–54¼). Juli 54⅝–¾ (54⅝). — Mais. Tendenz: stetig; Dezember 35 (34¾). März 37¼ (36¾). Mai 39¾ (39¼). Juli 40¼ (40¾). — Hafer. Tendenz: kaum stetig. Dezember 21¼ (22¼). März — (—). Mai 24¾ (24¾). Juli 24¾ (24¼). — Roggen. Tendenz: stetig; Dezember 39 (38⅝). März — (41¼). Mai 41½ (41¼). —

Der Verkehr in Mais hat mehr bei stetiger Grundstimmung einen uneinheitlichen Verlauf. Meldungen über günstigeres Wetter im Winterweizengebiet lösten zunächst Abgaben aus. Im Zusammenhang mit dem Verlauf der Effektenmärkte überwogen später Deckungen, ohwohl verschiedentlich Gewinnmitnahmen erfolgten. Deckungen und Käufe der Kommissionsfirmen, zu denen die mäßige Ernteschätzung und die Abnahme der Bestände an altem Mais Anlaß boten, führten zunächst zu Preissteigerungen, später waren aber verschiedentlich Realisationen zu beobachten.

Schmalz. Tendenz: stetig; Oktober 7,50 (7,45), Dezember 6,50 (6,50), Januar 6,30 (6,27½). — Speck. 7,62½ (7,62½).

Leichte Schweine, niedr. Preis 5,10 (5,10), do. höchster Preis 5,30 (5,20). Schwere Schweine, niedr. Preis 5,30 (5,35), do. höchster Preis 5,60 (5,60).

Schweinezufuhren in Chicago 30 000 (18 000), Im Westen 103 000 (65 000).

WINNIPEG, 15. OKTOBER. Getreide. (Schluß.) Weizen. Tendenz: stetig. Okt. 54¼ (54¼), Dez. 54¼ (54¼). Mai 58¼ (58¾). — Hafer: Okt. 30½ (30¾); Dez. 29¾ (29¾); Mai 30¾ (31). — Roggen: Okt. 34½ (35); Dez. 35¼ (35¾); Mai 38¼ (38¾). — Gerste: Okt. 30¼ (31¼); Dez. 31 (31¼); Mai 33¼ (33¾). — Leinsaat: Okt. 93¾ (93½); Dez. 93½ (94½) Mai 99 (99¾).

BUENOS AIRES, 15. OKTOBER. Getreide. (Schluß.) Weizen: Nov. 6,83 (Vortag: 6,92); Dez. 6,80 (6,92). — Mais: Nov. 4,13 (4,25); Dez. 4,24 (4,37); Januar 4,36 (4,47). — Hafer: Nov. 6,80 (6,80). — Leinsaat. Tendenz: ruhig. Nov. 11,13 (11,50) Dez. 11,16 (11,50); Febr. 10,76 (11,11).

ROSARIO, 15. OKTOBER. Getreide. (Schluß.) Weizen. November 7,15 (7,15). Nov. 4,00 (4,10); Dez. 4,10 (4,30). — Leinsaat: Nov. 11,35 (11,80); Febr. 11,60 (11,95).

Ausländische Börsen

AMSTERDAM, 15. OKTOBER. (Effekten-Schlußkurse.)

	15. 10.	14. 10.
Staats- u. Stadtanleih.		
6% Nederland 1932	100⅝	100⅝
4½% do. 1935-36	100⅛	100⅛
7% Dt. Rijksk 49 (Daw.)	43,50	41,50
5½% do. 65 (Young)	31,00	30,75
7% Bremen 1935	—	—
6% Preußen Obl. 1952	30,00	29,50
7% Dresden Obl. 1945	—	—
6½% Keul. Cert. 1952	28,00	—
Bank- u. Kreditanst.		
7% D. Rt. Bk. Obl. 50	40,00	—
7% do. Spark. & Giro-Verband 1947	32,75	35,00
7% S. Bldgr. Pfbr. 53	—	57,00
Amsterdamsche Bank	111,50	109,50
Nederld. Handel. My	88,50	88,50
Rotterdamsche Bank	66,50	65,00
Koloniale Bank	72,00	73,00
Nederl. Ind. Hd. Bk.	72,50	73,50
Dtsch. Rijksbank	—	88,00
Industrieunternehm.		
7% A. E. G. 1951	85,00	86,00
7% A. G. f. Bergbau, Blei u. Zink O. 48	35,00	—
7% R. Bosch Holland-Obl. 1951	—	—
8% C. Cassuto. O. 50	—	67,00
6% do. Gummiw. A. G. Obl. 1956	50,00	50,00
5% Gelsenk. Goldnt. 34	44,25	42,00
7% Mitteld. Stahlw. Obl. m. Opt. 1951	33,25	32,00
7% Rhein-Elbe Un. Obl. m. Opt. 1946	38,75	39,00
7% Siemens & Halske Obl. 1935	—	70,00
7% Ver. Stahlw. O. 51	33,63	35,50
Algemene Kunstzijde	40,75	41,00
van Berkels Patent	—	26,00
Calve Delft. Zeepf.	64,50	64,50
Holl. Kunstzijde Ind.	—	—
Intern. Viscose	12,25	12,25
Kühlmen. I. Mij. v. A. do. Int. Utrapihon	8,63	8,25
Philips, gem. Bez.	66,88	66,38
N. v. Unitover. Certif.	124,38	124,88
Nordd. Wollkämmerei	—	—
Winterthall A. G.	—	49,00
Americ. Bemb. Cv. Cert	—	—
do. B. Cert.	—	—
do. Pref. Cert.	—	—

Tendenz: Etwas fester.

PARIS, 15. OKTOBER. (Effekten-Schlußkurse.)

	15. 10.	14. 10.		15. 10.	14. 10.		15. 10.	14. 10.
5% frz. Rente	83,85	84,40	Energ. d. Nrd	546,00	674,00	Energie Ind.	300	299
4% 1917	101,70	101,75	Thomson	412	418	Est Lumière	475	484
5% 20 Amort.	129,95	130,00	Courrières	365*)	561	Industrie El.	48	50
4% 1920	104,70	104,90	Lens	500	523	Lorraine d'Electric	910	934
6% 27 Amort.	108,35	108,35						
B. de France	280,00	280,00	Kuhlmann	374	387	Aciéries	756	761
B. Nat. Crédit	236,00	238,00	Lyon	375	370	Longwy		
B. Paris Pays Bas	1345	1377	Alais	1300	1330	Schneider	1000	999
Comp. Algér.	1335	1334	Charg. Réun.	255	274	Saint Gobain	2106	2130
Compt. Nat.	1015	1062	Transatlant.	185,00	197,00	Soie Artif.	2375	2400
d'Esc. Paris	1010	1062	Air Liquide	669	669	Messageries Maritimes	85,00	—
Crédit Fonc.	4810	4830	UnionEurop.					
Crédit Lyonn.	1825	1870	et Phénix	445	445	Mexicains	560	560
Créd. Mobil. Français	370	378	Russes Consols	3,60	4,00	7% 1924	498	499
Soc. Générale	1149	1152	4% 1895	58,30	61,00	5½% Young-Anleihe		
Suez	14150	14190	Türken Unif.	21,00	19,26	Russ. Anl.	1,90	1,90
Est	900	940	Banq. Otom.	720	748	4½% 1909	55,00	56,00
Lyon	1285	1290	Wagons Lits	114,00	119,00	Caoutchouc	900	925
Midi	1000	999	Tramways	455	461	Hotchkiss	660	67,75
Nord	1870	1910	Rans (Cie. Gén.)	1551	1560	Mannesm.	106,00	110,00
Orléans	1190	1165	Electr. Paris	1110	1115	Terres Roug.	197,00	202,00
Métropolit.	1475	1478	Electr. Paris Electricité (Cie. Gén.)			Thorsis	186,50	189,00
Electricité	2260	2425	Electric	830	830	Tubize		
						Harp. Bergb.	—	—

*) exkl. Bez.

Die Medisliquidation an der Pariser Börse ist, wie der „Voss. Ztg." von dort gedrahtet wird, bei stark zusammengeschrumpftem Geschäft ruhig verlaufen. Am Geldmarkt hat sich die letzte Diskonterhöhung der Bank von Frankreich überhaupt nicht ausgewirkt. Tägliches Geld wurde zu 4½ pCt. reichlich angeboten. Die großen von Amerika eingetroffenen Goldtransporte verursachten die Behauptung des Dollarkurses knapp über dem Goldausfuhrpunkt. Im Devisen-Termingeschäft hat die Nervosität indessen noch nicht nachgelassen. Die Dollar-Deposite betragen für einen Monats 35 cts, für drei Monate 60 cts oder 15 bzw. 10 pCt.

Die starke Baisse der ausländischen Renten hat zu einer starken Erhöhung der Rendite geführt. Die Rendite des heutigen Kurses der Dawes-Anleihe beträgt die Nettoverzinsung 11,73 pCt., die der Young-Anleihe 11 pCt. Bei Balkan-Anleihen, gleichgültig ob auf Dollar oder französischen Franken lautend, steigt die Nettoverzinsung bis auf über 12 pCt., ein weiterer Teil dieser Rendite ist die erheblichen Kursverluste, die die Anleihebesitzer erlitten haben.

LONDON, 15. OKTOBER. (Effekten-Schlußkurse.)

	15. 10.	14. 10.		15. 10.	14. 10.		15. 10.	14. 10.
2½% Consols	54,25	54,00	Lond. North			Brit. Burmah	3/3	3/3
War Loan	96,75	96,63	East Derby	5,88	5,88	Bwana		
4% Argent. 97	41,00	41,00	Metropolit.	39,00	39,00	Mex. Eagle C.	3/6	3/6
3½% Buenos Air. 96	31,00	31,00	North Def.	12,00	12,25	Royal Dutch	6/3	6/3
4% Brazil. 89	20,50	18,50	Undergrnd.	18/9	18/6	Shell Transp.	15,25	15,38
4% Chil. 11	30,00	30,00	Brazil Tract.	11,63	11,50	Shell Tr. 5% Pr.	2,13	2,13
5% do. 1996	30,00	30,00	Canadian Pac.	16,50	16,50	Anglo Dutch Plantations	8/6	8/7
4% Chin. 98	73,50	74,00	Kugellager (Norm. Gold)	6,50	6,50	Mex. Plant	11/9	11/9
5% do. 1996 (German)	97,00	97,00	Central Mining Corp.	5,00	5,25	Industries	14/1½	14/—
Chem. Reorg. Loan	56,50	56,00	East Rand	13/3	13/9	nese Ord.	6/6	5/9
4% Egyptian	72,00	71,00	Geduldprop.	88/9	89/4½	Courtaulds	37/6	36 1/2
4% Germ. L. (Young)	62,00	58,00	Geduld Mining	12/6	12/6	Glanzstoff	9/3	9/3
6% Sect. of Hamb. L.	55,00	35,00	Rand Mines	53/9	53/9	Sria Viscosa	5/6	5/6
Kön. Berl. L.	45,00	40,00	Randf. Est.	26/9	26/9	Brit. Aluminium	24/—	24/—
5% D. Reichsanl. (Young)	39,50	38,00	West Rand Cons. Diamd	10/9	11/0	Swedish Match B	5,25	5,25
4% Japan 99	57,50	57,50	SW.-Africa	2/6	2/6	Forenin Fabr. B	6,25	6,00
5% Mex. L. 99	6,00	6,00	do. Pref.	2,88	2,88	Dunlop Rubb.	18/—	17/10½
5% Russian 1906	1,00	1,00	New Jagersfontein	4,75	4,63	Intern. Hold.	1,00	1,00
4% Turk Unif	20,50	20,50	Rio Tinto Rand	0,63	0,63	Imper. Chemical Ind.	15/9	16/4½
Great West.	50,50	50,00	Otavi Mines	17,00	17,50	Intern. Hold.	10-12	10-12
London Midl.	21,50	21,50	Anglo-Pers.	10-12	10-12	Hydro Elect.	38/9	39/4½
				38/9	39/4½	Sec. Corp.	10,50	10,50

*) Unerhältlich.

Devisen und Noten

AMSTERDAM, 15. OKTOBER.

	15. 10.	14. 10.		15. 10.	14. 10.		15. 10.	14. 10.
Berlin	56,50	56,00	Italien	12,75	12,75	Prag	7,33	7,33
London	955,00	955,00	Oslo	22,25	22,25	Budapest	—	—
New York	2461¼	2461¼	Kopenhag.	22,00	22,00	Belgrad	—	—
Paris	1731,25	1730,25	Madrid	9,00	9,00	Warschau	—	28,40
Belgien	34,65	34,65	Wien	14,05	14,05	Sofia	—	—
Schweiz	497,50	498,00	Budapest	17,45	17,45	Athen	—	—
Schweden	567,00	568,00	Bukarest	58,00	58,25	Konstan-tinopel	—	—
Dänemark	550,00	550,00	Helsingfors	52,50	52,50	Buen. Aires	—	—

PARIS, 15. OKTOBER.

	15. 10.	14. 10.		15. 10.	14. 10.		15. 10.	14. 10.
London	98,37½	98,25	Oslo	558,00	566,00	Belgrad	—	—
New York	25,39	25,39	Stockholm	590,00	590,00	Prag	—	—
Belgien	357,00	356,00	Helsingfors	—	—	Warschau	—	28,40
Spanien	238,25	238,65	Prag	75,20	75,20	Sofia	—	—
Italien	131,25	130,25	Rumänien	—	—	Athen	—	—
Schweiz	497,50	498,00	Budapest	—	—	Konstan-tinopel	—	—
Kopenhag.	567,00	568,00	Wien	—	—	Buen. Aires	—	—
Holland	10,30	10,29¾	Berlin	—	—			

LONDON, 15. OKTOBER.

	15. 10.	14. 10.		15. 10.	14. 10.		15. 10.	14. 10.
Paris	98,43	98,25	Belgien	27,56	27,59	Italien	74,75	75,00
New York	5,87¾	5,87¾	Spanien	43,25	43,93	Schweiz	19,72½	19,75
Berlin	16,87¾	16,85	Holland	9,54½	9,55	Wien	29,50	29,50

KOPENHAGEN, 15. OKTOBER.

	15. 10.	14. 10.		15. 10.	14. 10.		15. 10.	14. 10.
London	17,50	17,50	Antwerpen	63,85	64,00	Oslo	100,15	100,50
New York	456,00	456,00	Zürich	89,75	90,00	Stockholm	9,25	9,25
Berlin	105,50	104,00	Prag	13,75	13,75	Wien	13,75	13,75
Paris	18,05	18,10	Amsterdam	185,50	185,50	Wien	58,50	58,00

Besonnenes Börsenpublikum

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

KOPENHAGEN, 15. OKTOBER

Bei der heutigen Wiedereröffnung der Kopenhagener Börse ergab sich bei der Notierung der Obligationen überraschenderweise, daß ziemlich wenig Verkaufsaufträge vorlagen, andererseits die Nachfrage weit größer war als erwartet. Das ebenfalls von allen Seiten erwartete starke Angebot von Auslandspapieren befindlichen dänischen Obligationen beschränkte sich auf einige hunderttausend. Die Kursrückgänge betrugen bei einem Gesamtumsatz von 1¾ Mill. — der als normal gelten darf — 1 bis 5 pCt. Der Aktienmarkt verkehrte bei einem Umsatz von ca. ½ Mill. Kronen vorwiegend fest und wies Steigerungen von bis zu 16 Punkten auf, denen nicht nennenswerte Rückgänge gegenüberstanden. Schlecht schnitten Banken ab, die beträchtliche Abgaben. Der Verlauf der heutigen Börse darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Kopenhagener Börsenmakler sich verpflichtet hatten, keinerlei Börsengeschäfte zu tätigen.

Kreditbilfe für Exporteure der Hansestädte.

Die Deutsche Golddiskontbank hat lt. Drahtmeldung der „Voss. Ztg." aus Bremen für die Bremischen Banken, welche das Exportgeschäft pflegen, Rediskontkredite von insgesamt 600 00 RM bereitgestellt. Die Hälfte davon soll an die I. F. Schröder Bank gegeben werden, während die andere Hälfte noch zur Verfügung steht. Die Rediskontkredite sollen zur Bevorschussung von Exporttratten dienen. Diese Maßnahme hat die Leitung der Auslandsabteilung der Deutschen Bank, hauptsächlich mittleren und kleineren solchen Exportfirmen die Möglichkeit zu geben, Bevorschussungen für ihre Exportlieferungen zu erhalten. Die Goldiskontbank hat auch für die hamburgischen Exporteure 1 Million RM zur Verfügung gestellt.

Klein, Schanzlin u. Becker trägt Gewinn vor. Infolge ihres vielseitigen Fabrikationsprogramms wurde die Klein, Schanzlin u. Becker AG., Frankenthal (Pfalz), 1930/31 von den Auswirkungen der Krise nicht in dem gleichen Maße betroffen wie andere Gesellschaften der Branche (Maschinenbau). Der Fabrikationsüberschuß beträgt einschl. 55 000 RM Vorjahresvortrag 0,26 (i. V. 0,39) Mill. Reichsmark, wovon 0,14 (0,18) Mill. RM zu Abschreibungen verwendet werden. Der Reingewinn von 0,13 Mill. RM soll vorgetragen werden (i. V. 7 pCt. Dividende). Der Bericht begründet den Dividendenausfall mit der unübersichtlichen Wirtschaftslage. Das neue Geschäftsjahr gestaltete sich bei rückläufiger Beschäftigung und gedrückten Preisen unbefriedigend.

Ende einer Stahlfusion

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 15. OKTOBER

Der Präsident der Bethlehem-Steel Co., Eugeneg Grace, gab nunmehr offiziell bekannt, daß die im März vorigen Jahres unter Kapitaliserung mit einer Milliarde Dollar geschlossene Fusion mit der Youngstown Sheet Tube Company aufgehoben worden ist, weil unter den veränderten Verhältnissen der Vertrag unmöglich ausführbar sei.

Schon Ende vorigen Jahres hatten die Gerichte eine entsprechende Entscheidung getroffen. Das letzte Urteil erklärte die Sheet-Tube-Direktoren für schuldig, die Aktieninhaber fahrlässig getäuscht zu haben und entschied, daß der Vertrag ungültig sei. Während der langwierigen Gerichtsverhandlungen verstarben plötzlich die Bankiers der Sheet Tube, Myron Taylor und Mac Donald, der Vorsitzer Syndikatsgeschäftsführer, Leroy Manchester, erschoß sich in seinem Büro vor der Vernehmung.

Debag dividendenlos. Für das am 30. September abgelaufene Geschäftsjahr wird die Debag mit 0,11 RM Aktienkapital ausgestattete Holdinggesellschaft des Hamburg-Amerika-Konzerns, die deutsche Baumwoll AG.- Osnabrück, keine Dividende verteilen. (Für das 9 Monate umfassende Geschäftsjahr 1930 blieb das damals nur 6 Mill. RM betragende Aktienkapital auch schon ohne Rente. Nach Zuweisung von 100 000 RM an die Reserve verbleiben 549 707 RM vorgetragen.) Der Verlauf des Geschäftsjahres wird als unbefriedigend bezeichnet, zumal die Baumwollpreise erheblich nachließen. Die Abschlußarbeiten sind zur Zeit noch im Gange. Zu berücksichtigen bleibt, daß auf Beteiligung nicht unerhebliche Abschreibungen, wie auf die der Gebr. Elbers AG., Hagen, vorgenommen werden müssen, die auf den Abschluß nicht ohne Einfluß bleiben werden.

Konkurs der Ultraphon-Orchestrola Musik GmbH., Frankfurt. Im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten im Kuchenmeister-Konzern hatte auch die Ultraphon-Orchestrola Musik GmbH., Frankfurt a. M. ihre Zahlungen einstellen müssen. Nunmehr hat die Firma selbst Konkursantrag gestellt, um zu verhindern, daß verschiedene Gläubiger bevorzugt werden. Das Warenlager wurde bereits einem Treuhänder übergeben. Die Passiven betragen rd. 80 000 RM, denen etwa 29 000 RM Aktiven gegenüberstehen.

Verlustminderung vom Rath, Schoeller u. Skene AG. Die vom Rath, Schoeller u. Skene AG., Gummiwarenfabrik, Berlin, weist für 1930/31 einen Gewinn von ca. 140 000 RM aus, nachdem Abschreibungen von 500 000 RM und sonstige Rückstellungen vorgenommen wurden. Der Gewinn wird zur Verminderung des Verlustvortrags aus dem Vorjahr (271 952 RM) verwendet. Die Gesellschaft hat größere Pfandbriefdichtungen, die zum Teil abgelöst werden konnten. Der sich hierbei ergebende Kursgewinn kommt dem neuen Geschäftsjahr zugute.

Organisierter Kraftverkehr

Eine Chance der Selbstverwaltung

Die Notverordnung über die Regelung des Autoferverkehrs ist in mehr als einer Beziehung ein Novum in der Geschichte der wirtschaftlichen Gesetzgebung. Nicht nur weil hier zum erstenmal der Versuch einer planwirtschaftlichen Regelung für ein bisher freies Arbeitsgebiet gemacht wird, sondern weil der Gesetzgeber hier an einen Selbstverwaltungskörper der freien Wirtschaft appelliert, den es noch gar nicht gibt. Zur Kontrolle über die Durchführung der neuen gesetzlichen Vorschriften kann — so ist in der Notverordnung ausdrücklich vorgesehen — vom Verkehrsminister eine amtlich anerkannte Spitzenvertretung der Kraftverkehrswirtschaft herangezogen werden. Kommt eine solche Spitzenvertretung nicht bis zu dem Zeitpunkt, in dem die neue Regelung sich wirklich eingespielt hat, zustande, so besteht die Möglichkeit, daß die Behörde an ihre Stelle tritt. Der Gedanke der Selbstverwaltung wird der Selbstverwaltung hat hier eine Chance, die ihm allerdings nicht ewig reserviert bleiben dürfte.

Nach unsern Informationen sind sich die beteiligten Kreise darüber klar, daß schnelle Arbeit geleistet werden muß. Wir rechnen damit, daß die heutige Reichstagsentscheidung das Kabinett Brüning und somit auch weiter eine Notverordnung bestätigt. Alsdann gilt es, keine Zeit mehr zu verlieren. Seit einer Weile schon besteht die Arbeitsgemeinschaft zwischen den größten Organisationen des Kraftverkehrs und der an ihm interessierten Industrie, die sich zur Aufgabe gestellt hat, eine leistungsfähige Spitzenvertretung organisch zu entwickeln. Wir wir hören, sind innerhalb dieser Arbeitsgemeinschaft bereits die Statuten für eine solche Organisation ausgearbeitet worden und eine zum 29. d. M. einberufene Versammlung wird möglicherweise schon über die formelle Gründung einer Einheitsverbandes Beschluß fassen. Auch damit wäre freilich erst der Rahmen geschaffen. Angesichts des besonders starken Widerstreits der Interessen, der grade in diesem Wirtschaftszweig herrscht, wäre schon ein solches verbindliches Bekenntnis zur Zusammenarbeit ein bedeutsamer Fortschritt. Aber eine Organisation, die wirklich einen brauchbaren Apparat für die verkehrstechnische und finanzielle Kontrolle des Ueberland-Kraftverkehrs schaffen soll, muß zum mindesten drei Vorbedingungen erfüllen: sie muß straff sein, muß wirklich die Gesamtheit der Branche umfassen und sie muß aus ihrem Mitgliederkreis die erforderlichen Geldmittel aufbringen. Auch die Optimisten unter den Fachleuten rechnen kaum damit, daß es vor Ablauf dieses Jahres gelingen wird, all diese Voraussetzungen zu schaffen.

Aber selbst wenn eine solche, vorwiegend mit amtlichen und wirtschaftspolitischen Befugnissen ausgestattete Spitzenvertretung zustande käme, bleibt noch ein weites Problem ihnen, die betriebliche Organisation. Es liegt im Willen des Gesetzgebers, daß die neue Regelung zu einer Gesundung des Kraftverkehrs führen soll, oder doch wenigstens zu einer Gesundung derjenigen Betriebe, die nach der scharfen Drosselung noch übrig bleiben werden. Zusammenfassung der Kräfte durch vernünftige Verteilung der vorhandenen Frachtgüter auf den verfügbaren Frachtraum, Auftrags- und Gebühren-Clearing, planvolle Zusammenarbeit zwischen Kraftführer und Spediteur gehören zu den wichtigsten Punkten eines solchen Programms. An verschiedenen Stellen sind bereits Ansätze zu einer solchen Gemeinschaftsarbeit zu verzeichnen. Unter dem Protektorat des Reichsverbandes der Automobilindustrie sind Transportkontore errichtet worden, die eine Art von gemeinschaftlichen Zusammenschlüssen der Lastzugbesitzer darstellen. Diese Entwicklung es aber in letzter Zeit ziemlich still geworden ist. Bei der Deukraft, einer Zusammenfassung größerer Firmen und Kraftverkehrsgesellschaften, findet nach unsern Informationen heute eine Aufsichtsratssitzung statt, die sich ebenfalls mit den aktuellen Konzentrationsfragen beschäftigen dürfte. Es schweben Erörterungen über Gründung einer einheitlichen Kraftverkehrs-Gesellschaft, in die auch freie Lastzugbesitzer gegen Uebernahme von Aktien ihren Fuhrpark einbringen können. Diese Gesellschaft soll versuchen, sich einen eigenen Speditionskonzern anzugliedern, wobei ebenfalls der Apparat bestehender Speditionsfirmen übernommen werden könnte. Es wäre also hier eine ähnliche Konstruktion geplant. wie sie die Reichsbahn für sich mit ihrem vielumstrittenen Schenkervertrag anstrebt. Als letzter Schritt wird endlich der Abschluß eines Zuteilungs- und Verteiler-Vertrages mit der Reichsbahn erwogen, um dem Kraftwagen im Dienste der Schiene die Arbeitsgebiete zurückzugewinnen. die ihm im Konkurrenzkampf mit der Eisenbahn jetzt versperrt werden sollen.

Hierbei handelt es sich allerdings noch um mehr oder minder vage Zukunftspläne. Der Zug zum Großunternehmen, der in diesen Projekten zum Ausdruck kommt, wird sich mit den Bestrebungen zum Schutz des Mittelstandes, die namentlich im freien Spediteur- und Fuhrgewerbe bemerkbar sind, ernstlich auseinanderzusetzen haben. Daher ist freilich zu berücksichtigen, daß selbst ein etwaiger Großkonzern des Kraftverkehrs keinen Monopolbetrieb, sondern lediglich eine Organisationsform darstellen würde, neben der auch das freie Gewerbe noch Betätigungsmöglichkeiten hat. Vor allem aber berührt die Umschichtung des Kraftverkehrs auf das stärkste die Interessen der Automobilindustrie und der an ihr beteiligten Banken. Deshalb ist auch an eine Mitwirkung der Produzenten und ihrer Finanziers — sei es korporativ, sei es durch einzelne Firmen — gedacht.

●

„Erfordia" Maschinenbau AG insolvent

Die zum Richard Kahn-Konzern gehörende „Erfordia" Maschinenbau AG., Erfurt, hat ihre Zahlungen eingestellt und die Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens beantragt. Die Gesellschaft, die sich mit der Herstellung von Holzbearbeitungsmaschinen befaßt, ist durch Exportschwierigkeiten in finanzielle Bedrängnis geraten. Die Betriebe sind zwar durch Russenaufträge noch einigermaßen beschäftigt, doch fällt das sonstige Ausfuhrgeschäft fast völlig aufgehört, woran die Valuta-Bewegungen einen großen Teil der Schuld tragen. Trotzdem wird die Hoffnung ausgesprochen, daß es nach Bereinigung der derzeitigen Verbindlichkeiten möglich sein wird, das Unternehmen mit Hilfe neuen Kapitals (Aktienkapital zur Zeit 400 000 RM) fortzuführen. Der Vergleichsvorschlag sieht vor, Forderungen bis zu 100 RM innerhalb zwei Monaten nach Abschluß des Vergleichs voll auszuzahlen und die übrigen Forderungen mit 30 pCt. in sechs Raten in Abständen von zwei Monaten zu befriedigen. Die Sicherung des Vergleichs soll durch Eintragung einer Treuhand-Hypothek auf den Grundbesitz erfolgen.

Wie wir auf Anfrage von beteiligter Seite hören, wird die Zahlungseinstellung der Erfordia auf die übrigen Interessen des Kahn-Konzerns ohne Rückwirkung bleiben. Im übrigen ist seit der Fusion der Erfordia mit den Selpwerken, die im Frühjahr dieses Jahres erfolgte, auch der Klöckner-Konzern an der Gesellschaft interessiert. Die Fusion hatte nicht die erhofften Auswirkungen, weil das bedeutende, von den Selpwerken eingebrachte südamerikanische Geschäft durch die dortigen Währungswirren ins Stocken geriet und das Rußland-Geschäft infolge ungenügender Garantie- und Finanzierungsmöglichkeiten ebenfalls schwierig wurde. Auf den übrigen Märkten ist die Lage für Holzbearbeitungsmaschinen ohnehin ungünstig.

●

Dünger-Preisabbau gefordert

Kali-Abteufverbot verlängert

Im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Forderungen hat die „Vossische Zeitung" kürzlich auf die Möglichkeiten einer Verbilligung der Düngemittelpreise für den heimischen Konsum hingewiesen. Insbesondere wurde dabei an das starre System der Kalipreise erinnert, die seit Jahren keine Veränderung erfahren haben, obwohl der Reichswirtschaftsminister als oberstes Aufsichtsorgan ein Initiativrecht für Ihre Festsetzung hat. Mit ähnlichen Gedankengängen beschäftigte sich jetzt auch der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages. Er hat über die Senkung der Düngemittelpreise eine Entschließung folgenden Wortlauts angenommen:

„Die Reichsregierung wird ersucht, ihren Einfluß dem Kalisyndikat gegenüber dahin geltend zu machen, daß eine erhebliche Senkung der Kalipreise erfolgt. Weiterhin wird die Reichsregierung ersucht, eine alsbaldige Ueberprüfung auch der übrigen Kunstdüngerpreise auf ihre Angemessenheit zu veranlassen."

Gleichzeitig hat sich der volkswirtschaftliche Ausschuß mit der Frage der Abteufung neuer Kalischächte befaßt. Er stimmte gestern einer vom Reichsrat bereits genehmigten Verordnung zu, durch die das Verbot der Abteufung neuer Schächte auf fünf Jahre bis zum 31. Dezember 1936 verlängert wird.

33,4 pCt. Masse Baer Sohn

Der Gläubigerversammlung der Baer Sohn AG., Berlin, Chausseestraße 29, der, wie erinnerlich, Mitte Juli ein Moratorium bis zum 15. Oktober gewährt wurde, erläuterte der Treuhänder die Voraussetzung für die Gewährung des Moratoriums. Erste Voraussetzung für die Erfüllung war ein Ueberbrückungskredit von 50 000 RM durch die Bankverbindungen sowie ein Umsatz von 12 000 RM per Monat, ferner entsprechende Unkostensenkung. Diese Voraussetzungen konnten nicht erfüllt werden.

Der Ueberbrückungskredit konnte wegen der bekannten Banksperre nicht in Anspruch genommen werden, so daß die kleinen Gläubiger nicht im vorgesehenen Maße befriedigt werden konnten. Aus dem gleichen Grunde konnte das Lager der Firma nicht auf die Höhe gehalten werden. Daher wurden am 24. September die Zahlungen eingestellt und Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens gestellt. Der Gläubigerversammlung wurde ein Status vorgelegt, der nach Abzug von 65 014 RM Vorrechtsforderungen 613 066 RM Passiven aufweist, denen 488 000 RM am Verfahren beteiligte ungesicherte Forderungen gegenüberstehen. Es liegen also 33,4 pCt. in der Masse. Ein Gläubigerausschuß soll die Situation nachprüfen.

●

Bankgeschäft S. H. Oppenheimer jr. öffnet wieder. Das Bankgeschäft S. H. Oppenheimer jr. in Liqu., Hannover, das vor kurzem im Zusammenhang mit der Zahlungseinstellung des Bankgeschäfts Max Marcus u. Co., Berlin, seine Schalter schließen mußte, hat gestern den Schalterschluß wieder aufgehoben.

Blumenstein-Fabriken sollen selbständig bleiben. Wie wir in Ergänzung unserer Mitteilungen über den Umbau des Blumenstein-Konzerns noch hören, wird von den Bankengläubigern geplant, die lebensfähigen Fabriken der Gruppe, die bisher mit der Solidarhaftung für die englische Sammelanleihe belastet waren, als selbständige Unternehmen zu erhalten. Eine Vereinigung in einer neuen Holding Gesellschaft ist nicht beabsichtigt. Die den englischen Anleihegläubigern neben der Barabfindung von 25 pCt. in Aussicht gestellte Abgeltung ihrer Ansprüche durch Gewährung von Aktien würde sich also auf eine gewisse Beteiligung an den einzelnen Werken erstrecken.

●

Warenmärkte

Kolonialwaren

LONDON, 15. OKTOBER. Rohzucker. (Schluß.) Termine: Oktober 6/10½ B 6/3½ G; November 6/9 B 6/5 G; Dezember 6/8½ B 6/7½ G 6/8 bz; Januar 32: 6/9 B 6/8½ G; Februar 6/10 B 6/9 G; März 6/10½ B 6/10 G; April 6/10½ B 6/10 G; Mai 6/11½ B 6/11 G 6/11½ bz; Juni 7/0½ B 6/11 G; Juli 7/1 B 6/11½ G; August 7/1½ B 7/1 G 7/1 bz; September 7/2 B 7/1 G; Dezember 7/4 B 7/3½ bz. Tendenz: willig. — Reis (Shilling per cwt. C. J. F.) Tendenz: stetig. Burma, Nr. 2. Oktober-November 8/7½ W. Saigon, Nr. 1, Oktober-Nov. 9/1½ nom. Tapioca (Shilling per cwt.) Singapore, Saat, loco, Oktober-Nov. 12/6 W.

Textilien

BREMEN, 15. OKTOBER. Baumwolle. (Schluß.) Termine: Dezember 6,77 B 6,72 G; Jan. 6,84 B 6,79 G 6,76 bz.; März 6,97 B 6,93 G; Mai 7,15 B 7,11 G; Juli 7,25 B 7,23 G 7,18, 7,19, 7,25 bz.; Tendenz: ruhig, stetig.

LIVERPOOL, 15. OKTOBER. Baumwolle. (Schluß.) Gesamter Tagesimport. Locomarkt: American middl. 4,81; Aegypt. Sakellaridis F. G. F. 7,35; do. Upper F. G. F. 5,52; Ostind. M. G. Sutter F. G. 4,46. — Amerik. Terminpreise (Sack): Tendenz: gutartig. Okt. 4,41; Nov. 4,33; Dez. 4,33; Jan. 4,37; Febr. 4,40; März 4,44; April 4,48; Mai 4,52; Juni 4,55; Juli 4,58; Aug. 4,60; Sept. 4,62; Okt. 4,65; Dez. 4,69. Jan. 4,71. März 4,77. — Aegypt. Sakellaridis: Tendenz stetig. Okt. 6,96; Nov. 7,12; Jan. 7,26; März 7,38; Mai 7,51; Juli 7,66; Okt. 7,86. — Upper: Okt. 5,31; Nov. 5,36; Jan. 5,42; März 5,51; Mai 5,61; Juli 5,69; Okt. 5,87.

ALEXANDRIEN, 15. OKTOBER. Baumwolle. (Schluß.) Sakellaridis-Umsatz: Okt. 8,98; Nov. 13,37; Dez. 9,31; Jan. 14,06; Febr. 9,56; März 14,60; April 9,93; Mai 15,05; Juni 10,19; Juli 15,45.

Leder und Häute

STUTTGART, 15. OKTOBER. Zentralhäuteauktion. In der heutigen Versteigerung lagen die Erlöse für Kalbfelle durchweg einige Pfennige höher als auf der Voraktion. Auch für Großviehhäute wurden bei lebhaften Geboten höhere Preise als bei der September-Auktion erzielt, wobei Rinder und Kühe am besten abschnitten. Die Aufschläge bei Großviehhäuten betrugen 10—13 pCt., bei Bullen 10—20 pCt., im übrigen es 5 pCt.

Kautschuk

LONDON, 15. Oktober. Kautschuk. (Pence per lbs.) Tendenz: träge. Standard Nr. 1 Crepe loco 3¼ bzVk.; do. smoked Sheet loco 2⁷/₁₆ bzK.; Nov. 2¹³/₁₆ bzK.; Dez. 3¹/₁₆ Vk.; Jan.-März 3⅛ bzK.; April-Juni 3³/₁₆ bzW.; Juli-Sept. 3⁷/₁₆ bzK.

Metalle

Amtliche Berliner Metall-Terminnotierungen vom 15. Oktober. Kupfer: Okt. 60½ B 59½ G; Nov. 60 B 59 G; Dez. 60½ B 59½ G; Jan. 1932: 61 B 59¾ G; Febr. 61¾ B 60¼ G; März 62½ B 62 G 62¾ bz; April 63½ B 62½ G; Mai 63 B 62¼ G 62¾—62½ bz; Juni 63 B 63 G; Juli 64½ B 63¼ G; Aug. 65 B 64 G; Sept. 65¾ B 64 G; Tendenz schwächer. Okt. 22 B 21½ G; Nov. 22¼ B 21½ G; Dez. 22¾ B 21½ G; Jan. 1932: 23 B 21¾ G; Febr. 23¼ B 22½ G; März 23½ B 22 G; April 23¾ B 22 G; Mai 23¾ B 23 G; Juni 23¾ B 23 G; Juli 23¾ B 22¾ G; Aug. 24 B 23 G; Sept. 24 B 23 G; Tendenz lustlos. — Zink: Okt. 22 B 21 G; Nov. 22 B 21¼ G 21⅜ bz; Dez. 22¾ B 21¾ G; Jan. 1932: 23¼ B 22¼ G; Febr. 24 B 23 G; März 24¼ B 23½ G; April 24¾ B 23¾ G; Mai 25 B 24 G; Juni 25 B 24 G; Juli 25 B 24½ G; Aug. 25½ B 25¼ G 25 bz; Sept. 26 B 25¾ G; Tendenz schwächer.

Londoner Metalle, 15. OKTOBER. Kupfer (Schluß.) (Letzt. p. Tonne): Tendenz willig. Standard p. Kasse 34¾—35; do. 3 Monate 35¾—35¾; do. Settl.-Preis 34¾; Elektrolyt 41½—42½; best selected 37½—38¾; Elektrowirebars 42½. — Zinn (Letzt. p. To.): Tendenz fest. Standard p. Kasse 131—131½; do. 3 Monate 133¾ bis 133¾; do. Settl.-Preis 131; Banka 143; Straits 135. — Blei (Letzt. p. To.): Tendenz ruhig. Auskand. prompt 13¼; do. entfl. Sichten 13⅛; do. Settl.-Preis 13¼. — Zink (Letzt. p. To.): Tendenz willig. Gewöhnl. prompt 12⅝; do. entfl. Sichten 13; do. Settl.-Preis 12½. — Quecksilber 20¾; Silber 17, do. Lieferung 17¾; Gold 106/6.

Wetterkarte vom 16. Oktober

Oeffentliche Wetterdienststelle Berlin (Nachdruck verboten)

Allgemeine Wetterlage

Mit den kühlen nordwestlichen Luftmassen hat sich das umfangreiche westliche Hochdruckgebiet nach Osten verlagert. Da aber der Kern des Hochs noch über England lag, herrschten in Mitteleuropa nordwestliche Winde vor. Die Temperaturen lagen daher mittags meist zwischen 10 und 13 Grad C. Einzelne Schauer gingen noch in Ostdeutschland nieder. Im Nordwesten des Reiches kam im Laufe des Donnerstag neue Bewölkung auf. Vereinzelt fiel noch etwas Sprühregen. Bis zum Abend hatte sich das Wolkenfeld weiter landeinwärts ausgebreitet; es gebärt zu den Randbildungen der kräftigen Depression, die am Donnerstag abend über dem Eismeer lagerte. Da sich die erwähnten Randtiefs nach Südosten zu verlagern scheinen, dürfte das heitere Hochdruckwetter bei uns eine Unterbrechung erfahren.

Wetteraussichten für Deutschland

Im Südwesten und Nordosten vielfach heiter mit kalter Nacht; im mittleren Teile des Reiches vielfach wolkig, ganz vereinzelt auch etwas Regen.

Wetteraussichten für Berlin und Umgebung

Meist wolkig, ohne nennenswerte Niederschläge, Temperaturen im ganzen ein wenig höher.

Gottesdienste der Jüdischen Gemeinde

Freitag, abends: Synagoge, Fasanenstraße, 6 Uhr; Synagoge Prinzregentenstraße: 6.30 Uhr; alle anderen Synagogen: 5.15 Uhr. Predigten: Neue Synagoge: Dr. Wolf; Synagoge Lindenstraße: Dr. Salomonski; Synagoge Lützowstraße: Dr. Wiener; Synagoge Fasanenstraße: Dr. Bergmann; Synagoge Levetzowstraße: Dr. Lewkowitz; Synagoge Friedenstempel: Dr. Prüfer; Synagoge Prinzregenten-Straße: Jugendansprache Dr. Gallinet. — Sonnabend, morgens: Synagogen mit altem Ritus und Altersversorgungsanstalten: 9 Uhr; Frühgottesdienst: Synagoge Kadoriaustraße und Kottbusser Ufer, Khamos Heim: 6.45 Uhr. Synagogen mit neuem Ritus: Frühgottesdienst (außer Synagoge Friedenstempel — Jugendgottesdienst: 4 Uhr; Synagoge Kottbusser Ufer, Khamos Heim: 9.30 Uhr. Schriftlesung: Synagoge Münchener Straße; Dr. A. Lewinsohn; Synagoge Hauptgottesdienst 10 Uhr; Synagoge Friedenstempel: Dr. Meichroke; Alte Synagoge: Rabbiner Nobel; Synagoge Münchener Straße: Dr. A. Lewy. — Sabbatausgang: 5.49 Uhr. — Gottesdienst an den Wochentagen: Abends in allen Synagogen: 5 Uhr; morgens: Synagogen mit altem Ritus: 7 Uhr, Synagogen mit neuem Ritus: 7.30 Uhr.

*

Liberale Synagoge Norden. Freitag, abends 7.15 Uhr. Predigt: Dr. Rosenthal; Sonnabend vormittags 10 Uhr. — **Liberale Synagoge Elsen.** Freitag abend 7.30 Uhr. Predigt Dr. Andorn. — **Liberale Synagoge Westend.** Freitag, abends 7.15 Uhr. Predigt: Dr. Smorsenski. Unsere religiösen Vorträge finden jetzt bis auf weiteres nach dem Abendgottesdienst statt. — Die Dozenten: Rabb. Dr. Steffen, Rabb. G. Klemsky, Rabb. Dr. Rosenwasser. — **Synagoge Pfalzauer Straße 2.** Freitag, abends 5.10 Uhr, nach dem Gottesdienst ansschließend Erklärung der Sidra. Sonnabend 9 Uhr, Minch 5.05 Uhr. Lehrvortrag Wochentags früh 7 Uhr, abends 5 Uhr. — **Synagogen-Verein Gesundbrunnen „Khamos Schiim"**, Synagoge Prinzen-Allee 87: Freitag, abends 5.15 Uhr. Sonnabend, morgens 9 Uhr. Minche 5 Uhr; Sabbatausgang 5.49 Uhr; Lehrvortrag über Sinai (Rabbiner Dr. Alexander; Wertags morgens 7 Uhr, abends 5 Uhr, Sonntag morgens 8 Uhr. — **Synagogen-Verein Süd-West „Beth Jacob"**, Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 172: Freitag, abends 5.05 Uhr, Sonnabend früh 8.30 Uhr, Minche 4.35 Uhr; wochentags früh 6.45 Uhr; wochentags abends 5 Uhr; Lehrvortrage am Sonnabend 1 Stunde vor Minche Chumisch-Raschi von Herrn Jacob Tieder. — **Synagogen-Verein „New Jehudah"**, Frankfurtstraße 3: Freitag, abends 5.05 Uhr; Sonnabends vormittag 8.30 Uhr, nachmittags 4.50; Sabbatausgang 5.51 Uhr; wochentags vormittags 6.45 Uhr, nachmittags 4.45 Uhr.

Jüdische Reformgemeinde. Gottesdienste am Sonntag, dem 18. Oktober, Johannisstraße 16, vormittags 10.30 Uhr. Predigt Dr. Lehmann, Kleiststraße 10, vormittags 10.30 Uhr. Predigt Dr. Rosenthal.

Familien-Nachrichten

Kurze Familienanzeigen

Verlobt: **Anneliese Opping** mit Dr. **Robert Karl Dübes**, Zweibrücken-Leipzig. — **Charlotte Hübner** mit **Rudolf Hanke**, Leipzig. — **Germaine Schmidt** mit Dr. med. **Bastiji Lang**, Nürnberg. — **Margarete Spies** mit Dr. **Kurt Ziegs**, Dresden. — **Margot Keck** mit **Fritz Göpel**, Lömenberg. — **Alice Klarbach** mit Dr. med. **Erich Stern**, Essen.

Vermählt: **Theodor Bahlanzen** und Frau Anita, geb. Hoffmann, Hamburg. — Dr. **Alexander Wenzel** und Frau Dr. Gertrud, geb. Burchardt, Hamburg. — Pastor **Justus Günther** und Frau Elisabeth, geb. Buschbeck, Spreemig. — **Herbert Weicht** und Frau Lisa, geb. Herrmann, Kruppig.

Geboren: Ein Sohn: Baurat Dipl.-Ing. **Walter Schlemann** und Frau Käthe, geb. Siebeler, Hamburg.

Eine Tochter: **Theodor Janßen** u. Frau Annemarie, geb. Strieder, Naumhof.

Gestorben: **Hans Herding**, Nürnberg. — Handelsgerichtsrat **Karl Mumme**, Hannover. — Kaufmann **Fritz Grube**, Hannover. — **Johann Anton Ungehauer**, Frankfurt a. M. — Chemiker Dr. **Wilhelm Müller**, Frankfurt. — Dr. e. h. **Otto von Moser**, Stuttgart. — **Georg Ludwig Moerner**, München. — Frau **Therese Hencz**, geb. Lehmeyer, München. — Proksurist **Karl Lilie**, München. — Schuldirektor **Theodor Heymann**, Leipzig. — **Carl Germann Wolf**, Leipzig-Zi. — Oberst a. D. **von Loehl**, Hamburg. — Studienrat **Franz Breeh**, Hamburg. — Frau **Anna Ebbel**, geb. Hirsch, 83 J., Nürnberg. — Kunstmaler **Christoph Banfet**, Nürnberg. — Rittergutsbesitzer **Fritz Fuhrmann**, Altmaffer. — Pastor **Bruno Fluge**, Alt-Kloßfurt. — Fabrikant **Fritz Tide**, Köln.

Statt besonderer Anzeige

Heute erlöste ein gütiges Geschick meine innigstgeliebte, herzensgute, treusorgende Frau und Mutter

Margarete Freund

geb. Alexander

von ihrem langen, qualvollen Leiden.

Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen

Sigmar Freund
Werner Freund

Berlin, W 15, Bregenzer Str. 5,
den 14. Oktober 1931.

Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 18. Oktober, 1 Uhr nachmittags in Weißensee, von der Neuen Halle aus, statt.

Gerichtliche Bekanntmachungen

Zwangsversteigerungen

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen folgende Grundstücke an der Gerichtsstelle Berlin, Neue Friedrichstr. 11, IV. Stock, Zimmer Nr. 523, versteigert werden:

A. am 6. Januar 1932, 12 Uhr, das in Berlin, Kottbusser Str. 67 belegene, im Grundbuche vom Kottbusertorbezirk, Band 13, Blatt Nr. 365 (eingetragene Eigentümer am 12. Mai 1931, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: a) Kaufmann Willi Spier in Flensburg, b) Kaufmann Wilhelm Jonas in Charlottenburg je zur Hälfte) eingetragene Grundstück: a) Vorderwohnhaus Nr. 6 mit rechtem Rückflügel, b) Restaurationsgebäude rechts mit kleinem Kassengebäude und Restaurationsgarten, c) Konzertsaalgebäude, d) Orchester quer, e) zwei offene Hallen rechts und links, f) Vorderwohnhaus Nr. 7 mit rechtem und linkem Seitenflügel und unterkellerten Hofe, g) Büfettgebäude, h) Garderobengebäude, Anbau an Lit. c. Gemarkung Berlin, Kartenblatt 3, Parzellen Nr. 640/132, 642/130, 641/132, insgesamt 36 a 25 qm groß, Grundsteuermutterrolle Art. 480, Nutzungswert 44 820 Mark, Gebäudesteuerrolle Nr. 480. — 86. K. 90. 31. —

Berlin, den 7. Oktober 1931.

B. am 23. Januar 1932, 11 Uhr, das in Berlin, Wullenweberstr. 45 belegene, im Grundbuche von Moabit, Band 113, Blatt Nr. 4361 (eingetragener Eigentümer: Architekt Emil Grabe in Berlin) eingetragene Grundstück: Vorderwohnhaus mit 2 Seitenflügeln, Quergebäude und 2 Höfen, Gemarkung Berlin, Kartenblatt 12, Parzellen 128/80, 125/80, 14 a 68 qm groß, Grundsteuermutterrolle Art. 2127, Nutzungswert 28 400 M, Gebäudesteuerrolle Nr. 2127. Der Wiederversteigerungsvermerk ist am 18. September 1931 im Grundbuch eingetragen. — 86. K. 182. 31. —

Berlin, den 9. Oktober 1931.

C. am 27. Januar 1932, 9½ Uhr, das in Berlin, Klopstockstr. 56 belegene, im Grundbuche vom Brandenburgertorbezirk, Band 10, Blatt Nr. 288 eingetragene herrenlose Grundstück: Vorderwohnhaus mit rechtem und linken Seitenflügel und Doppelquerwohngebäude, sowie Hof, Vor- und Hausgarten, Gemarkung Berlin, Kartenblatt 10, Parzelle 1525/136 etc., 14 a 82 qm groß, Grundsteuermutterrolle Art. 339, Nutzungswert 23 950 M, Gebäudesteuerrolle Nr. 339. Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 3. August 1931 im Grundbuche eingetragen. — 86. K. 145. 31. —

Berlin, den 12. Oktober 1931.

Das Amtsgericht **Berlin-Mitte**, Abteilung 86.

Zwangsversteigerungen

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen folgende Grundstücke an der Gerichtsstelle Berlin, Neue Friedrichstraße 13/15, III. Stock, Zimmer Nr. 119/120, versteigert werden:

A. am 1. Februar 1932, 9½ Uhr, das in Berlin, Hollmannstr. 42 belegene, im Grundbuche von der Lausenstadt, Band 38, Blatt Nr. 1909 (eingetragene Eigentümerin am 17. September 1931, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Akazienhaus Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung in Berlin) eingetragene Grundstück: Vorderwohnhaus mit rechtem Seitenflügel und Hof, Gemarkung Berlin, in der Grundsteuermutterrolle nicht vermerkt, Nutzungswert 6120 Mark, Gebäudesteuerrolle Nr. 928. — 87. K. 153. 31. —

Berlin, den 12. Oktober 1931.

B. am 1. Februar 1932, 12 Uhr, das in Berlin, Brunnenstr. 4 belegene im Grundbuche vom Schönhausertorbezirk, Band 5, Blatt Nr. 141 (eingetragener Eigentümer am 21. September 1931, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Kaufmann Willi Gumz in Berlin) eingetragene Grundstück: a) Vorderwohngebäude mit linkem Seitenflügel und Hof, b) Querwohngebäude mit linkem Vorflügel, Gemarkung Berlin, Kartenblatt 104, Parzelle 134, 4 a 94 qm groß, Grundsteuermutterrolle Art. 148, Nutzungswert 16 000 M, Gebäudesteuerrolle Nr. 148. — 87. K. 158. 31. —

Berlin, den 13. Oktober 1931.

Das Amtsgericht **Berlin-Mitte**, Abteilung 87.

Zwangsversteigerung

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am 11. Dezember 1931, 12 Uhr, an der Gerichtsstelle Spandau, Moritzstr. 9, Zimmer 11, versteigert werden das im Grundbuche von Spandau, Band 9, Blatt 360 (eingetragene Eigentümer am 22. Juli 1931, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: 1. Konditor Ella Margarete Brauer in Berlin-Neukölln, 2. Witwe Antonie Kühl, geb. Brauer, Berlin-Pankow, 3. Ehefrau Bertha Meyer, geb. Brauer, Oebisfelde-Kaltendorf, 4. Witwe Walli Brauer, geb. Möhius, Berlin-Pankow, 5. Ehefrau Käthe Schneider, geb. Brauer, Berlin-Pankow, 6. unverehelichte Kontoristin Ilse Brauer, Berlin-Pankow, 7. Witwe Wilhelmine Pidde, geb. Wohlfeil, Schlanow b. Woldenberg (Neumark), 8. Ehefrau Auguste Prescher, geb. Wohlfeil, Berlin, 9. Karl Wohlfeil, Spandau, 10. Dentist Julius Wohlfeil, Berlin, 11. Kaufmann Horst Wohlfeil, Berlin) eingetragene Grundstück, Garten in den Spektewiesen, Gemarkung Spandau, Kartenblatt 11, Parzelle Nr. 242/80, 28 a 13 qm groß, Reinertrag 1,32 Taler, Grundsteuermutterrolle Art. 29. — 7. K 117. 31. —

Spandau, 14. September 1931.

Das Amtsgericht.

Zwangsversteigerung

Am 11. Dezember 1931, 11 Uhr, wird an Gerichtsstelle Berlin-Spandau, Moritzstr. 9, Zimmer 11, das im Grundbuche von Spandau, Band 171, Blatt 5439, eingetragene Grundstück: Wohnhaus mit Hofraum und Hausgarten, Iserlohner Str., des Geschäftsführers Heinrich Ronken, Berlin-Spandau, Iserlohner Str. 9, zwangsweise versteigert werden. Bieter haben auf Verlangen in der Regel eine Sicherheit von 10 v. H. des Bargebots in bar oder Wertpapieren zu leisten. Die Nachweisungen über Bezeichnung, Lage und Beschaffenheit können hier, Zimmer 5, eingesehen werden. — 7. K. 159. 31. —

Berlin-Spandau,
den 14. September 1931.
Das Amtsgericht.

Eigene Feststellungen.
Nachdruck verboten. (Ohne Gewähr.)

Belastungen

Zu Grundstück Kottbusser Straße 6—7 in Berlin: 1. 210 000 RM Pfandbriefbank, Unter den Linden 48-49, 2. 80 000 RM 6½ v. H. Zs. Berl. Nordsüdbahn, Gneisenaustr. 115. 3. 10 000 RM Witwe Luise Hoffmann, Prager Str. 6, u. andere. 4. 50 000 RM Ludwig Baruch, Hamburg, Alter Wall 76-78, und andere. 5. 300 000 RM mit Rang vor 4 Hypothekenkredit G. m. b. H., Unter den Linden Nr. 56, und andere. Betr. Gläub. wie zu 1.

Zu Grundstück Wullenweberstr. 4—5 in Berlin: 1. 130 000 RM 8 v. H. Zs. 2. 13 000 RM Hypothekenbank in Hamburg. 3. 56 823 RM S. Bleichröder, Unter den Linden 12—13. Betr. Gläub. wie zu 3. Einheitswert 232 500 RM.

Zu Grundstück Klopstockstr. 56 in Berlin: 1. 95 000 RM 8 v. H. Zs. Deutsche Hypotheken-Akt-Bank, Mohrenstr. 65. 2. 125 000 RM 9 v. H. Zs. 3. 125 000 RM Isidor Wiesbader, New York, Columbus Avenue 626. Betr. Gläub. wie zu 1.

Zu Grundstück Hollmannstr. 42 in Berlin: 1. 1330 RM Bezirksamt Kreuzberg. Weitere Belastungen sind z. Z. nicht nachgewiesen. Einheitswert 52 000 RM.

Zu Grundstück Brunnenstraße 4 in Berlin: 1. 105 000 RM 8½ v. H. Zs. Frankfurter Hypothekenbank, Frankfurt a. M. 2. 300 000 RM 10 v. H. Zs. Hans Knoch, Friedrichsagen, Waldowstr. 22. Betr. Gläub. Bezirksamt Mitte, wegen rd. 4780 RM. Einheitswert 188 000 RM.

Zu Wohnhaus im Spektefelde in Spandau: 1. 30 300 RM Sich. Bezirksamt, Spandau. 2. 6000 RM 7 v. H. Zs. Reichsvers.-Anstalt für Angestellte, Wilmersdorf. 3. 7000 RM 3 v. H. Zs. Städtebaumt, Berlin. 4. 9000 RM 8 v. H. Zs. Justizrat Martin Henschel, Berlin, Friedrichstr. 72. Betr. Gläub. wie zu 4.

Zu Grundstück in den Spektewiesen in Spandau. Keine Belastung. Betr. Gläub. Frl. Ella Marg. Brauer, Neukölln, Rosenstr. 12—13 auf Auseinandersetzung.

Weitere Zwangsversteigerungen

Zeichenerklärung:
F. = Fläche, **N.** = Nutzungswert, **R.** = Reinertrag.
(Nachdruck verboten.)

Amtsgericht Bln.-Tempelhof:

Termin am 3. Dezember 1931, 10 Uhr, Zim. 181, Wohnh. in der Nostiastr. 56 in Berlin. F. 408 qm N. 9220 M. — 9. K. 38. 31. — Belastung: 1. 5250 RM. 2. 5250 RM. 3. 4500 RM. 4. 5250 RM. 5. 2250 RM 5 v. H. Zs. Städt. Hypothekenamt, Bln., Rathaus. 6. 22 500 RM 10 v. H. Zs. Lettestr. 4 G. m. b. H., Lichtenberg, Rittergutsstr. 152. 7. 3000 RM. 8. 4000 RM. 9. 5000 RM. 10. 2000 RM. 11. 3000 RM Bruno Meyer, Bln., Friedrichstr. 129. 12. 6000 RM Kurt Teich, Bln., Quitzowstr. 50. Betr. Gläub. Wilh. Berent, Danzig, wegen 2000 RM Post zu 10.

Termin am 19. November 1931, 11½ Uhr, Zimmer 181, Wohnh. Kaiserkorse 63 in Tempelhof. F. 349 qm. N. 530 M. — 9. K. 111. 31. — Belastung: 1. 8000 RM 6 v. H. Zs. Beamtenversicherverein des Deutschen Bank- u. Bankiergewerbes, Bln. 2. 830 RM Berlinische Bodenges., Charlottenstr. 60. 3. 7000 RM 3 v. H. Zs. 4. 1000 RM Städtebaumt, Bln. 5. 5170 RM. 6. 2000 RM. wie zu 2. 7. 6191 RM. 8. 1984 RM. Hauptvers.-Amt, Schöneberg. Betr. Gläub. wie zu 2.

Termin am 8. Dezember 1931, 10 Uhr, Zim. 181, Wohnh. in der Schöneinstr. 26 in Berlin. F. 494 qm. N. 10 050 M. — 9. K. 33. 31. — Belastung: 1. 14 336 RM Feing. 9 v. H. Zs. 2. 1792 Gr. Feing. Berliner Pfandbriefamt, Eichhornstr. 5. Betr. Gläub. Bezirksamt Kreuzberg, wegen rd. 1960 RM.

Termin am 3. Dezember 1931, 11½ Uhr, Zim. 181, Wohnh. in der Schleiermacherstraße 6 in Berlin. F. 574 qm. N. 10 570 M. — 9. K. 81. 31. — Belastung: 1. 48 000 RM Mosl. H. Zs. Vers.-Verein Deutscher Eisenbahnbeamter, Wilmersdorf. 2. 35 000 RM. 12 v. H. Zs. Mercantile, Handels-A.-G., Bln., Pallasstr. 10/11. 3. 5000 RM Finanzamt Moabit. Betr. Gläub. wie zu 1.

Termin am 3. Dezember 1931, 11½ Uhr, Zim. 181, Wohnh. in der Schleiermacherstraße 4/6 in Berlin. F. 664 qm. N. 13 370 M. — 9. K. 83. 31. — Belastung: 1. 64 000 RM. Vers.-Verein Deutscher Eisenbahnbeamter, Wilmersdorf. 2. 35 000 RM Mercantile Handels-A.-G., Bln., Pallasstr. 10/11. 3. 5000 RM Finanzamt Moabit. Betr. Gläub. wie zu 1.

Termin am 19. November 1931, 10 Uhr, Zim. 181, Wohnh. Blumenweg 15—17 in Marienfelde. F. 5263 qm. N. 15 526 M. — 9. K. 104. 31. — Belastung: 1. 240 000 RM 7½ v. H. Zs. Bau-Credit A.-G., Unter den Linden 16. 2. 150 900 RM 3 v. H. Zs. Städtebaumt, Bln. 3. 35 000 RM 7½ v. H. Zs. Carl Spaeter, Tempelhof, u. andere. 4. 28 877 RM John & Nagel, Neukölln, Juliusstr. 58. Betr. Gläub. wie zu 1. Einheitswert 51 800 RM.

Termin am 1. Dezember 1931, 11¼ Uhr, Zim. 181, Wohnhaus in der Fidicinstr. 42 in Berlin. F. 603 qm. N. 10 510 M. — 9. K. 175. 31. — Belastung: 1. 17 500 RM. 5 v. H. Zs. 2. 13 250 RM. 5 v. H. Zs. Hardy, Berlin, Mohrenstr. 54 bis 55. 3. 50 000 RM. 7 v. H. Zs. Frau Adolfine Plechner, Wrangelschönergrasse 9, u. andere. 4. 7989 RM Bezirksamt Berlin-Mitte. Betr. Gläub. wie zu 1—2.

Termin am 17. November 1931, 11¼ Uhr, Zim. 181, Wohnhaus Waterlooufer 8 in Berlin. F. 587 qm. N. 9500 M. — 9 K. 47. K. — Belastung: 1. 60 000 RM, 7½ v. H. Zs. Deutsche Beamtenversich. Berlin, Knesebeckstr. 59-60. 2. 100 000 RM Sich. Ludw. Krumm, Berlin, Nassauische Str. 42. 3. 2170 RM Aug. Wellner Söhne A.-G., Berlin, Ritterstr. 36. Betr. Gläub. wie zu 1. Einheitswert 109 000 RM.

Termin am 17. November 31, 10 Uhr, Zim. 181, Wohnhaus in der Mariendorfer Str. Nr. 19 in Berlin. F. 516 qm. N. 6750 M. — 9. K. 107. 31. — Belastung: 1. 10 750 RM, 5 v. H. Zs. 2. 2750 RM. 3. 1250 RM. 4. 15 000 RM. Württemb. Hypothekenbank, Stuttgart. 5. 10 890 RM, 9 v. H. Zs. Johannes Knyt, Dahlem, Rheinbabenallee 18. Betr. Gläub. wie zu 5.

Zwangsversteigerungs-Ergebnisse

Zeichenerklärung:
F. = Fläche, **N.** = Nutzungswert, **R.** = Reinertrag.
(Nachdruck verboten.)

Beim Amtsgericht Berlin-Mitte: Einstweilige Einstellungen: Bendlerstraße 16 in Berlin, der Wwe. Minna Ostwaldt und dem Kfm. Wilhelm Ostwaldt in Berlin gehörig. F. 8,68 a. N. 23 320 Mark.

Wohnhaus, Fabrikgebäude usw. Elsasser Str. 11 in Berlin, dem prakt. Arzt Dr. med. Karl Lengfellner u. dessen Ehefrau in Berlin-Wilmersdorf gehörig. F. 10,44 a. N. 19 150 M.

Grundstückshälfte Paul-Singer-Str. 42, Ecke Koppenstraße, in Berlin, dem Kfm. Natan vel. Nuchim od. Nuchem-Koral in Warschau gehörig. F. 3,06 a. N. 15 300 M.

Köpenicker Str. 164 in Berlin, dem Rechtsanw. Dr. Hugo Karvaly in Wien gehörig. F. 3,93 a. N. 10 700 M.

Wohnhaus Lenastr. 7 in Berlin, dem Kfm. Leo Blumin in Charlottenburg gehörig. F. 9,81 a. N. 15 190 M.

Wohnhaus, Querfabrikgebäude usw. Alexandrinenstraße 150 in Berlin, der Alexandrinenstraße 50 Grundstücksgesellschaft m. b. H. in Berlin gehörig. F. nicht vermerkt. N. 22 200 M.

Beim Amtsgericht Berlin-Wedding: Wohnhäuser usw. Stahlheimer Str. 2, 2a, 3 und Stahlheimer Str. 3a, Ecke Wichertstr., in Berlin, der Bauhaus- und Verwaltungsgesellschaft Stahlheimerstraße 2—3 m. b. H. gehörig. F. 18,24 a. N. 32 000 M. Mit dem Gebot von 206 000 RM bar und Uebernahme von 240 000 RM Hypotheken blieb die Pankower Heimstätten Gesellschaft in Berlin-Pankow, Zellerfelder Straße 9, Ersteherin.

Wohnhaus m. Hofraum und Hausgarten, Siedlung Wolfsgarten in Berlin-Wittenau, dem Steuersekretär Hans Sachs gehörig. F. 4,19 a. N. 420 M. Mit dem Gebot von 15 000 RM bar blieb die Märkische Scholle in Berlin, Hedemannstraße 22, Ersteherin.

Greifenhagener Str. Nr. 30 in Berlin, dem Kfm. Israel Weißmann, in Kreuzberg gehörig. F. 6,01 a. N. 10 200 M. Mit dem Gebot von 60 520 RM bar blieb der Kfm. Rudolf Reimann in Wien IV, Wohllebengasse 4, Ersteher.

Handelsregister

Neueintragungen
(mit Angabe von Straße und Hausnummer)
(Nachdruck verboten.)

Abt. A: Moens & Christ-speels, Evere - Brüssel, Zweigniederlassung Berlin unter der Firma: Moens & Christ-speels, Brüssel - Berlin, Dircksensstraße 35 (Obst-, Gemüse- und Südfrüchte-Import). — Segall-Film Siegfried Segall, Berlin, Friedrichstr. 73 (Filmverleih). — Eduard Augustat, Charlottenburg, Spandauer Berg 24 (Kohlenhandel).

Abt. B: „Obotritia" Erdöl-Gesellschaft m. b. H., Berlin W 10, Tiergartenstraße 2b. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsführer: Kflte. Dr. jur. Hanageorg Moka u. Henning von Lücken, Berlin. — Verpackungsmittel G. m. b. H., Berlin S 14, Sebastianstr. 83. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsführer: Chemiker Dr. Karl Seifert, Berlin. — Allgemo Theaterverlag G. m. b. H., Berlin - Halensee, Johann-Georg-Str. 10. Stammk.: 20 000 Reichsmark. Geschäftsführer: Verlagsbuchhändler Ernst Gutman, Berl.-Halensee, und Kfm. Hans Solmitz, Charlottenburg. — Bori, Bodegas Riojanas Vertriebsgesellschaft m. b. H., Berlin W 15, Kurfürstendamm Nr. 34 (Herstellung, Kauf und Verkauf von Weinen u. a. Genuß- u. Gesundheitsgetränken usw. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftf.: Ing.-Dipl. Dr. Someon Ussolzew- u. Ing.-Chem. Victor Artacho, Berlin. — Willy Schwarz G. m. b. H., Berlin S 14, Dresdener Str. 86 (Ein- u. Verkauf sowie Groß- u. Kleinhandel mit Kristall-Glas- und Porzellanwaren usw.). Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsf.: Kaufmann Willy Schwarz, Berlin. — Strumpf-Markt G. m. b. H., Berlin NW 87, Flotowstr. 8. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsf.: Kfm. Max Gold, Berlin. — Radiozentra G. m. b. H., Berlin W 9, Schellingstr. 1 (Vertrieb von Radioartikeln usw.). Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsf.: Kfm. Kurt Kneller, Berlin.

Vergleichsverfahren

Neuangeordnete:

Hofbuchdruckerei Eisenach H. Kahle A.-G., Eisenach; Deutsche Glühstoff- und Elektro-Gesellschaft Wedemeyer & Co. G. m. b. H., Hamburg.

Aufgehoben:

o. H. Geschwister Rösch, Oels/Schles.

Neue Konkurse

Berlin-Charlottenburg: „Alldevag" Allgemeine Deutsche Versicherungs - Gesellschaft auf Gegenseitigkeit von 1898 zu Berlin in Liquid. E. 10. 10. A. 3. 11. G. u. P. 11. 11.

Berlin-Neukölln: Firma Rißling & Co., Kunst- u. Metallgießerei G. m. b. H. E. 12. 10. A. 20. 11. G. 12. 11. P. 3. 12.

Braunschweig: Mitteldeutsche Bau - Aktiengesellschaft Braunschweig, Unternehmung für Hoch- und Tiefbau. E. 10. 10. A. 15. 11. G. 10. 11. P. 17. 12.

Herford: Schokoladenfabrik Carl H. Brinkmann. E. 10. 10. A. 31. 10. G. u. P. 10. 11.

Neusalza-Spremberg: Oberlausitzer Granit- und Marmor-Industrie vormals Viktor Schleicher G. m. b. H., Taubenheim. E. 10. 10. A. 5. 11. G. 5. 11. P. 23. 11.

Wiesbaden: Kreditschutzverband für die Deutsche Getränke-Industrie e. V. E. 5. 10. A. 7. 11. G. 3. 11. P. 17. 11.

Jüdische Reform-Gemeinde

Gottesdienste am Sonntag, dem 18. Oktober

Johannisstr. 16, vorm. 10½ Uhr. Predigt: Dr. Lehmann.
Kleiststraße 10, vorm. 10½ Uhr. Predigt: Dr. Rosenthal.

Gottesdienste der Kirchen Christi, Wissenschafter (Churches of Christ, Scientist)

II. Kirche: So. 10 u. 7, engl. 11.30, Kloisterstr. 74; Mi.: 8, engl. 6.30 Südtivoli, Sandhaus, Klosterstr. 47-59. — **III. Kirche:** So.: 10, engl. 11.30; Mi.: 6.30 u. 9, engl. 7.45, Schillerstraß. Charlottenburg, Bismarckstr. 110. — **IV. Kirche:** So.: 10, engl. 11.30; Mi.: 8, engl. 6.30, Gleimstr. 49. — **V. Kirche:** So.: 10, engl. 11.30; Mi.: 8, engl. 6.30, Schönebg., Prinz-Heinrich-Gymn., Grunewaldstr. 77. — **VI. Kirche:** So.: 10 u. 6; Mi.: 8.30, Friedenau, Rheingau-Schule, Homuthstr. 3-5. — **Vereinigung:** So.: 10, engl. 11.30; Mi.: 8, Lichtenberg, Cecilien-Lyzeum, Rathausstraße 8.

Gartenanlagen

Jeden Bestellungen, Umänderungen, jede nähere Beratung, Raumskizzen, sowie sämtliche gärtnerische Arbeiten nach allen Orten führt aus **R. Grünwaldt, Bln., Schmargendorf, Davoyer Str. 12.** Pfalzburg 4794.

Hebr. Binnos

Flügel sucht privat **Stephan** 6864.

Möbel-Fabrik „Union"

Warschauer Str. 70.

Fabrikpreis. 2 Tr.

verkauft selbstgefertigte erstkl. **Speise-, Herren- und Schlafzimmer** zu bedeutend herabgesetzten Preisen wegen Einschränkung der Lagerräume.

Möbel

nur von **H. Lipke**

Beachten Sie genau **Nr. 6 bis 7 Kochstr.**

weil gut, billig und große Auswahl.

Rauchtische von **3 M** an, **Teetische** von **4 M** an
Armsessel von **12 M** an, **Couches** von **40 M** an

Sehr viele aparte Einzelmöbel.

Hochelegante Schlaf-, Speise-, Herren-, Wohn-Zimmer u. Salons, moderne Stilmöbel.

„Abfahrt 8 Uhr 10, Ankunft 11 Uhr 30, 142 km, Fahrpreis III. Klasse 5,70 Mark. Noch was, Vater?"

Jedes Kind findet sich im Ullstein-ABC-Fahrplan zurecht! Überall für 80 Pfennig zu haben.